

# **STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL**



**der 25. Sitzung der**

**XXI. Gesetzgebungsperiode**

**des**

**Burgenländischen Landtages**

**Freitag, 05. Mai 2017**

**10.02 Uhr - 17.43 Uhr**

## Inhalt

### Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4036)

### Fragestunde:

Die

**Anfrage Nr. 124** des Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Gesundheitssystem im Burgenland sowie die

**Anfrage Nr. 125** des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Gespräche mit dem Nachbarland Ungarn zum Thema Grenzsicherung und Grenzkontrollen sowie die

**Anfrage Nr. 126** des Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend die Änderungen im Bereich der Zumutbarkeitsbestimmungen wurden in der heutigen Sitzung von den Fragestellern gemäß § 31 Abs. 3 GeOLT zurückgezogen.

### Unterbrechung

### Verhandlungen

**Dringlichkeitsantrag** der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Gerhard Steier, Kollegin und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend Verlangen auf Durchführung einer Antragsprüfung an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof gemäß § 5 Abs 1 Z 2 iVm § 5 Abs 3 Z 1 Burgenländisches Landes-Rechnungshof-Gesetz (Zahl 21 - 654) (Beilage 922)

Begründung der Dringlichkeit: Mag. Christian Sagartz, BA (S. 4039)

Redner: Manfred Kölly (S. 4045), Wolfgang Spitzmüller (S. 4055), Géza Molnár (S. 4057), Markus Ulram (S. 4061), Robert Hergovich (S. 4064), Gerhard Steier (S. 4072), Mag.a Regina Petrik (S. 4077), Ing. Rudolf Strommer (S. 4078), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 4080), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 4085) und Manfred Kölly (S. 4086)

Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 4089)

**Dringliche Anfrage** des ÖVP-Landtagsklubs an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend KRAGES (Zahl 21 - 655) (Beilage 923)

Begründung der Dringlichkeit: Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 4089)

Redner: Manfred Köllly (S. 4099), Günter Kovacs (S. 4099) und Mag. Franz Steindl (S. 4101)

**Dringliche Anfrage** des ÖVP-Landtagsklubs an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend KRAGES (Zahl 21 - 656) (Beilage 924)

Begründung der Dringlichkeit: Mag. Christian Sagarz, BA (S. 4102)

Redner: Manfred Köllly (S. 4111), Mag. Christian Drobits (S. 4113), Gerhard Steier (S. 4115) und Landeshauptmann Hans Niessl (S. 4117)

### **Landesregierung**

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4036)

### **Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten**

**Präsident Christian Illedits:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen. Ich darf Sie alle recht herzlich zu der 25. Sitzung des Burgenländischen Landtages begrüßen. Alle Damen und Herren des Hohen Hauses, auf der Regierungsbank, auf der Tribüne und die uns via Livestream auch beiwohnen.

Ich eröffne die 25. Sitzung des Burgenländischen Landtages. Diese Sitzung habe ich aufgrund eines von den Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Bernhard Hirczy, Mag. Michaela Resetar, Georg Rosner, Mag. Christian Sagatz, BA, Mag. Franz Steindl, Mag. Thomas Steiner, Ing. Rudolf Strommer, Walter Temmel, Markus Ulram, Mag. Christoph Wolf, M.A., Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly und Gerhard Steier gemäß § 54 Abs. 2 GeOLT gestellten Verlangens fristgerecht einberufen.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Die Amtliche Verhandlungsschrift der 24. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig und Herr Landtagsabgeordneter Dr. Peter Rezar entschuldigt. (*Abg. Manfred Kölly: Na geh!*)

Ich ersuche den Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

### **Mitteilung des Einlaufes**

**Schriftführer Kilian Brandstätter:** Einlauf für die 25. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Freitag, dem 5. Mai 2017.

Von den Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Gerhard Steier, Kollegin und Kollegen ist der Dringlichkeitsantrag auf Fassung eines Beschlusses betreffend Verlangen auf Durchführung einer Antragsprüfung an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof gemäß § 5 Abs. 1 Z 2 iVm § 5 Abs. 3 Z 1 Burgenländisches Landes-Rechnungshof-Gesetz (Zahl 21 - 654) (Beilage 922) eingelangt.

Ebenso sind die dringlichen Anfragen

1. des ÖVP-Landtagsklubs an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend KRAGES (Zahl 21 - 655) (Beilage 923);
2. des ÖVP-Landtagsklubs an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend KRAGES (Zahl 21 - 656) (Beilage 924);

eingelangt.

Weiters ist der selbständige Antrag

1. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen (Zahl 21 - 653) (Beilage 921);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Rechnungsabschluss (Zahl 21 - 647) (Beilage 915);
2. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Wohnbauförderung (Zahl 21 - 648) (Beilage 916);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagatz, BA an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 585) betreffend Jagdgesetz (Zahl 21 - 646) (Beilage 914);
2. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 594) betreffend Bezirksgericht Jennersdorf (Zahl 21 - 649) (Beilage 917);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 595) betreffend Sport (Zahl 21 - 650) (Beilage 918);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 590) betreffend Zinstauschgeschäfte (Zahl 21 - 651) (Beilage 919);
5. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 593) betreffend VOR-Tarifreform (Zahl 21 - 652) (Beilage 920);

eingelangt.

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Abgeordneter. Den selbständigen Antrag, Zahl 21 - 653, Beilage 921, weise ich dem Rechtsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen, Zahl 21 - 647, Beilage 915, und Zahl 21 - 648, Beilage 916, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe die Beantwortung von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 646, Beilage 914, Zahl 21 - 649, Beilage 917, Zahl 21 - 650, Beilage 918, und Zahl 21 - 651, Beilage 919, und Zahl 21 - 652, Beilage 920, den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Weiters eingelangt ist:

der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagatz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Gerhard Steier, Kollegin und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend Verlangen auf Durchführung einer Antragsprüfung an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof gemäß § 5 Abs. 1 Z 2 iVm § 5 Abs. 3 Z 1 Burgenländisches Landes-Rechnungshof-Gesetz.

Vom ÖVP-Landtagsklub ist eine dringliche Anfrage gemäß § 30 Abs. 2 GeOLT, Zahl 21 - 655, Beilage 923, an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend KRAGES und

eine dringliche Anfrage gemäß § 30 Absatz 2 GeOLT, Zahl 21 - 656, Beilage 924, an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend KRAGES eingelangt.

Gemäß § 30 Abs. 6 erfolgt die Behandlung nach Erledigung des Dringlichkeitsantrages.

Erster und einziger Tagesordnungspunkt ist die Fragestunde.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

## 1. Punkt: Fragestunde

**Präsident Christian Illedits:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet.

Laut § 31 Abs. 3 GeOLT hat Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolf, M.A. seine Frage zurückgezogen.

Die zweite Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Ing. Strommer an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet.

Laut § 31 Abs. 3 GeOLT ist auch diese Anfrage vom Abgeordneten Ing. Strommer zurückgezogen.

Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet.

Auch diese Frage wurde vom Herrn Landtagsabgeordneter Mag. Wolf, M.A. laut § 31 Abs. 3 GeOLT zurückgezogen. *(Abg. Géza Molnár: Zur Geschäftsordnung!)*

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die kurze mündliche Anfrage ist, wie vom Herrn Präsidenten zitiert, im § 31 der Geschäftsordnung dieses Hauses geregelt. Es ist das gute Recht, diese Anfragen zurückzuziehen.

Sie vermeiden damit allerdings, dass wir uns heute über wichtige Themen unterhalten, und Sie legen damit gleich zu Beginn dieser Sondersitzung klar, dass es Ihnen heute nur um Inszenierung geht.

Sie wollen heute nicht in der Fragestunde, obwohl die Öffentlichkeit da ist und die Regierungsmitglieder vorbereitet sind, über das Gesundheitssystem reden.

Sie wollen heute nicht über das aktuelle Thema Grenzkontrollen reden. *(Zwiesgespräche in den Reihen der ÖVP)*

Sie wollen heute nicht über das aktuelle Thema Arbeitsmarkt reden. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?)*

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Das richtet sich von selbst. Dieser billigen Show werden wir nicht auf den Leim gehen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zur Geschäftsordnung!)*

**Präsident Christian Illedits:** Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Sagartz. Bitte. *(Abg. Manfred Köllly: Das ist unglaublich.)*

**Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Abgesehen davon, dass ich in Abrede stelle, Herr Kollege Molnár, dass das eine Meldung zur Geschäftsordnung war, *(Abg. Géza Molnár: Ist das jetzt eine?)* möchte ich einseitig und eindeutig dazu Stellung nehmen. *(Abg. Edith Sack: Einseitig.)*

In dieser Situation haben wir die drei mündliche Anfragen zurückgezogen, weil was Sie heute machen wollen, ist Nebelgranaten werfen. Sie wollen ablenken, dass es heute nur um eine Sache geht, nämlich um die politischen Verfehlungen der hier im Hause Verantwortlichen für die KRAGES, nämlich des Landeshauptmannes und des

Gesundheitslandesrates, (*Abg. Géza Molnár: Sie verzichten auf Kontrolle.*) und diese politischen Nebelgranaten werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. (*Beifall bei der ÖVP - Abg. Géza Molnár: Das war jetzt auch zur Geschäftsordnung? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

**Präsident Christian Illedits** (*das Glockenzeichen gebend*): Das waren jetzt zwei Erklärungen. Es steht jedem Abgeordneten das Recht zu, laut Geschäftsordnung Fragen einzubringen, aber auch Fragen zurückzuziehen. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Danke, Herr Präsident.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem sich sonst keine weiteren Fragen im Einlauf befinden, ist somit die Fragestunde in Ermangelung an Fragen **b e e n d e t**.

Sehr geehrte Damen und Herren! Da die Behandlung eines Dringlichkeitsantrages gemäß § 24 Abs. 4 GeOLT erst nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung beginnen kann, unterbreche ich nunmehr die Sitzung bis 13 Uhr 15 Minuten.

Die Sitzung ist unterbrochen.

*(Die Sitzung wird um 10 Uhr 13 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr 15 Minuten wieder aufgenommen.)*

**Präsident Christian Illedits:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme nun die unterbrochene Sitzung wieder auf.

**Dringlichkeitsantrag auf Fassung eines Beschlusses betreffend Verlangen auf Durchführung einer Antragsprüfung an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof gemäß § 5 Abs. 1 Z 2 iVm § 5 Abs 3 Z 1 Burgenländisches Landes-Rechnungshof-Gesetz (Zahl 21 - 654) (Beilage 922)**

**Präsident Christian Illedits:** Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagatz, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Gerhard Steier, Kollegin und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend Verlangen auf Durchführung einer Antragsprüfung an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof gemäß § 5 Abs. 1 Z 2 iVm § 5 Abs. 3 Z 1 Burgenländisches Landes-Rechnungshof-Gesetz, Zahl 21 - 654, Beilage 922.

Da die Behandlung geschäftsordnungsgemäß nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung zu beginnen hat, erteile ich nun Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagatz, BA das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christian Sagatz, BA (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Drei Fraktionen und ein parteifreier Abgeordneter, das sind insgesamt 16 Mandatare dieses Hauses, haben heute diese Sitzung beantragt und unterstützen drei Tagesordnungspunkte.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt ist die Beantragung einer Prüfung durch den Burgenländischen Landes-Rechnungshof. Die ÖVP, die GRÜNEN, die Liste Burgenland und Gerhard Steier fordern gemeinsam, dass insbesondere fünf Themenkomplexe durch den Landes-Rechnungshof überprüft werden.

Erstens, alle Umstände der Entlassung von KRAGES-Geschäftsführer Rene Schnedl.

Zweitens, alle Umstände, die zur Entlassung des KRAGES-Juristen Dr. Yalcin Duran geführt haben.

Des Weiteren die Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Einsetzung von Mag. Georg Funovits als Prokuristen in der KRAGES.

Weiters die Frage der Vereinbarkeit der Funktion des Landesrates Mag. Norbert Darabos als Aufsichtsratsvorsitzender der KRAGES mit seiner politischen Verantwortung als zuständiger Landesrat.

Und wir fordern, dass alle Umstände rund um die Kündigung des KRAGES-Prokuristen Mag. Peter Dopler, insbesondere Kündigungsgründe, allfällige Abfertigungszahlungen, durch den Landes-Rechnungshof überprüft werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist unser Antrag, das ist ein Dringlichkeitsantrag, und ich glaube, wenn man in den letzten Wochen die Medien verfolgt und auch Gespräche geführt hat, dann gab es wenige politische Themen, die so viele Verantwortungsträger, aber auch Bürger betroffen gemacht haben, wie all diese Vorfälle, die sich rund um diese Beantragung ereignet haben, denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bringe es auf den Punkt.

Ich habe Ihnen jetzt bewusst vorgelesen, was die Prüfungsgegenstände sind, aber eines möchte ich auch ganz deutlich sagen und insbesondere dadurch, dass ich nach der Sitzungsunterbrechung noch kurz ein Vier-Augen-Gespräch mit dem Landeshauptmann hatte, ist mir erst bewusst geworden, dass ich das nochmals ganz deutlich und dezidiert hier sagen möchte:

Es geht uns heute hier nicht um die Person Rene Schnedl, es geht heute um die Vorgangsweise, wie das Land, eine landesnahe Unternehmung, ein politisches System, mit Menschen umgeht und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ruft drei Oppositionsfraktionen und einen parteilosen Abgeordneten auf den Plan.

Das ist es, was wir heute hier diskutieren müssen, denn aus unserer Sicht und - das sage ich gleich vorne weg - war alles, was sich durch die Vorgangsweise ereignet hat, alles, wie es geschehen ist, und ich rede nicht von den Beweggründen, warum es geschehen ist, ich rede nur von der Vorgangsweise, wie das Land, landesnahe Unternehmungen, politische Verantwortungsträger, mit Menschen im Burgenland umgehen. Das möchten wir heute diskutiert wissen, das möchten wir in Zukunft mit aller Vehemenz und Kraft verhindern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich verstehe natürlich, dass es lästig und unangenehm ist, wenn die Opposition, dank ihrer Stärke, wir sind 16 Mandatare, wir sind nun einmal die stärkste Opposition, die das Land Burgenland jemals hatte, Landtagsinstrumente dazu einsetzt und versucht, hier Licht ins Dunkel zu bringen und volle Aufklärung fordert.

Wir haben das in einer Pressekonferenz erklärt. Es kam sogar die Frage, warum wir eigentlich nur ein „gelinderes“ Mittel einsetzen, warum wir uns „nur“ zu einem Sonderlandtag zusammensetzen und nicht gleich Untersuchungsausschüsse und Misstrauensanträge stellen, und das kann ich Ihnen erklären.

Dieser Sonderlandtag hat einen Sinn und einen Zweck: Dass Rede und Antwort gestanden wird.

Ich habe in einem Vier-Augen-Gespräch heute schon mehr über die gesamten Zusammenhänge der Abläufe bei der KRAGES erfahren, als ich jemals offiziell hier in diesem Haus erfahren werde können, und ich sage Ihnen warum?

Das Land Burgenland ist den Weg gegangen, auch mit der Unterstützung anderer Parteien, und hat Institutionen ausgelagert. Die KRAGES ist eine Landesgesellschaft. Das bedeutet, dass die Politik gesagt hat, die politischen Verantwortungsträger ziehen sich zurück, die kontrollieren und übergeben die Verantwortung einem Geschäftsführer, Prokuristen, die darauf schauen, dass 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass Ärzte, Krankenhauspersonal und Patienten in guten Händen sind.

Umgekehrt bedeutet das für uns als Abgeordnete, dass wir durch das Budget zwar Finanzen zur Verfügung stellen dürfen, aber dann keinerlei Möglichkeit haben, Nachfragen zu stellen.

Das Fragerecht ist ausgeschaltet, weil, ausgegliederte Gesellschaft. Wenn das so ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ich übrigens auch in Zweifel ziehe, dann kann nur bedeuten, dass auch die Politik dann dort nichts verloren hat.

Tatsache ist, dass in der KRAGES - und der Herr Landesrat Darabos hat es in der letzten Sitzung explizit gesagt - Anwälte des Landes eine Entlassung durchgeführt haben. Und wie haben sie das gemacht?

Sie sind dort hingefahren, zum Privathaus eines nunmehrigen ehemaligen Mitarbeiters einer Landesgesellschaft und haben im Auftrag, von wem auch immer, eine Entlassung ausgesprochen. Dann ist zufällig noch der Chefjurist dieser Landesinstitution anwesend, der wird ebenfalls gleich entlassen. (*Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Zufällig.*)

Ja, ich gehe davon aus, ich weiß nicht, ob sie alle erwartet haben, dass der Herr Yalcin Duran dann wartet, bis die KRAGES-Mitarbeiter oder die Landesanwälte zum Privathaus vom Herrn Schnedl fahren, also das ist jetzt schon ein starkes Stück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das die übliche Vorgangsweise ist, dass Anwälte des Landes persönlich Entlassungsbriefe übermitteln, Laptops und Diensthandys einverlangen, das Dienstauto mitnehmen, dann möchte ich bitte wissen: In wie vielen Fällen dieses Hauses, in wie vielen Fällen aller Landesgesellschaften ist das schon passiert?

Ich kann mir nicht vorstellen, dass das in irgendeiner Art und Weise die übliche Vorgangsweise ist. Das ist in Wirklichkeit nur eine Machtdemonstration gewesen, weil jemand seine eigene Meinung gesagt hat, weil jemand anderer Auffassung war und weil er sich nicht gefallen hat lassen, dass die Politik in eine Landesgesellschaft, die ausgegliedert wurde, hineinregiert.

Das kann nur der Ausfluss dessen sein, dass jemand seine Macht demonstrieren wollte, und heute soll Rede und Antwort gestanden werden, wer hinter diesen Machenschaften steckt. (*Beifall bei der ÖVP*) Es steht jedem frei, das zu bewerten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 16 Abgeordnete haben einen Sonderlandtag beantragt. Dieses Verlangen wurde zügig und rasch umgesetzt. Wir sind heute beieinander, und das darf man auch kommentieren und mit dem muss man auch nicht einmal einverstanden sein.

Aber eines, Herr Kollege Hergovich, möchte ich schon betonen. Sie haben ein Wort gebraucht, das mich ein wenig erschrocken hat. Sie haben gesagt, wir missbrauchen den Landtag. Herr Abgeordneter, wir alle haben die gleichen Rechte. Wir unterschreiben Anträge, Anfragen. Wir unterstützen mit Stehen oder Sitzenbleiben einen Antrag, ein Gesetz, was auch immer.

Wenn 16 Abgeordnete eine Sondersitzung verlangen und wenn 16 Abgeordnete der Auffassung sind, dass wir heute über dieses wichtige Thema für das Land bei der größten Institution des Landes nachfragen und Nachschau halten, dann bitte ich Sie, überlegen Sie, was das Wort „Missbrauch“ impliziert.

Sie können sagen, dass Sie das nicht wichtig genug erachten. (*Abg. Robert Hergovich: ... auch das, was Sie machen.*) Sie können sagen, dass das aus Ihrer Sicht kein Thema ist im Land. Dann ist das so! Dann lasse ich Ihnen das sicherlich unbenommen sein, aber eines möchte ich Ihnen schon deutlich sagen, passen Sie bei dieser Wortwahl „Missbrauch“ auf, weil das würde nämlich bedeuten, dass Sie uns absprechen, von diesem Recht Gebrauch zu machen, und das weise ich auf das Allerschärfste zurück. (*Beifall bei der ÖVP*)

Dann haben Sie auch gesagt, und das habe ich interessant gefunden, die Floskel gefällt mir, „die kleineren Oppositionsparteien lassen sich vor den schwarzen Karren spannen“. (*Abg. Werner Friedl: Richtig!*)

Wenn ich bei Ihrer Diktion jetzt bleibe, dann bedeutet das, das ist Ihre Sache, dass Sie den anderen Oppositionsparteien einmal absprechen, dass Sie sich mit dem Thema ernsthaft auseinandergesetzt haben, weil eines können Sie uns ja allen nicht absprechen: Das ist Thema! Das ist eine Sache, die das Land bewegt, die die Medienwelt, die politische Themenlandschaft beherrscht hat, also da kann man wohl nicht sagen, aber „sie lassen sich vor den Karren spannen“. Wer lässt sich dann noch vor den Karren spannen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute gab es eine Aussendung des Heinz Kulovits. Er sagt: „Die Opposition wechselt politisches Kleingeld auf Kosten der KRAGES-Beschäftigten und Patienten. 3.500 Mitarbeiter dürfen nicht zum Spielball der Politik gemacht werden.“

Eines kann ich ihm sagen. Beim ersten Satz ist er vollkommen im Unrecht, beim zweiten Satz hat er absolut Recht. (*Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ*) Genau deshalb sind wir zusammengekommen, genau das gilt es zu verhindern.

Ob es jetzt 3.500 sind, oder ob es nur mehr 3.499 sind, eines kann ich Ihnen versichern, wir werden nicht zulassen, dass, ob in der KRAGES, oder in irgendeinem anderen Unternehmen des Landes, oder hier im Landhaus mit einer Person so umgegangen wird, eine Entlassung auf diese Art und Weise ausgesprochen wird, das werden wir sicherlich nicht tatenlos akzeptieren! (*Beifall bei der ÖVP*)

Wir haben einen dringlichen Antrag auf Prüfung durch den Rechnungshof eingebracht. Sie alle wissen, keiner der Mandatare der Opposition, aber eigentlich auch nicht der Regierung, hat die Möglichkeit, die Regierungsakte, die beschlossen wurden, einzusehen.

Es ist uns nur mitgeteilt worden, dass die Landesregierung sich entschlossen hat, eine Sonderprüfung der KRAGES durch den Bundes-Rechnungshof zu veranlassen. Da habe ich mir gedacht, siehe an, eigentlich ein richtiger Schritt, ist eigentlich in Ordnung, ich könnte auch sagen, ein wenig die Flucht nach vorne, aber gegen eine Überprüfung kann doch niemand etwas haben.

Dann lese ich weiter. Man möchte den von der ÖVP beantragten Antrag beim Bundes-Rechnungshof ergänzen und abändern. Darüber war ich aber überrascht. Das würde ja bedeuten, dass jede Institution mit einer Mehrheit hier im Landtag dann den jeweiligen Prüfantrag ergänzt. Da sagt man, nein, das gefällt mir eigentlich nicht so, da erweitern wir das um zwei Jahre, da schränken wir ein auf einige Personen, also das kann es ja wohl nicht sein.

Aber: Wenn es Ihnen ernst ist, wenn Sie wirklich wollen, dass der Rechnungshof überprüft, dann machen wir das bitte über unseren eigenen Landes-Rechnungshof, nicht weil ich dem Bundes-Rechnungshof misstrauere, (*Abg. Doris Prohaska: Schaut fast so aus.*) aber weil ich einfach glaube, dass das rechtlich nicht funktioniert. Das funktioniert rechtlich nicht, einen Antrag zu ergänzen und zu erweitern.

Deshalb tun wir das, was funktioniert. Suchen wir eine gemeinsame Linie! Versuchen wir hier, den Landes-Rechnungshof mit Fragen, mit Initiativen auszustatten, und er soll all das, was wir wissen möchten, auf der einen Seite hinsichtlich der Vorgänge in der KRAGES, über das schuldhafte Verhalten der entlassenen Mitarbeiter, aber auch über die gewählte Vorgangsweise zu entscheiden, und dann haben wir die Grundlage, das zu beurteilen.

Ich sagen Ihnen, es ist mir völlig gleich, ob jemand schuldhaft entlassen wurde oder nicht. Was die Person getan hat, kann ich nicht beurteilen. Niemand von uns hat die Möglichkeit, in der KRAGES Einsicht zu nehmen. Ich kann ja nicht einmal etwas über die politische Ebene erfragen. Warum soll ich denn wissen und beurteilen können, ob in irgendeiner Art und Weise der Herr Schnedl schuldhaft oder nicht schuldhaft entlassen wurde? (*Abg. Robert Hergovich: Warum haben wir dann einen Sonderlandtag?*)

Aber eines möchte ich Ihnen sagen, das Einzige, was ich in dem Fall beurteilen kann, ist die öffentlich gemachte Vorgangsweise, und ich möchte nie wieder erleben, dass im Burgenland ein Mitarbeiter entlassen wird, wo es anschließend zu einem Polizeieinsatz kommt. Das möchte ich nicht, und dafür werde ich immer wieder das Wort ergreifen. Dagegen verwehre ich mich mit aller Kraft! (*Beifall bei der ÖVP*)

Jetzt weiß ich aus der letzten Landtagssitzung, wo hat der Herr Landesrat gesagt, er möchte ansetzen? Der Herr Landesrat Darbos ist von uns gefragt worden, und er hat geantwortet: Experten haben ihm die Entlassung empfohlen. Gesagt hat er aber nicht, weshalb diese Gründe waren. Er hat nur allgemeine Formulierungen gefunden, und dann hat man gesagt, schuld ist das Vorgehen beim RSG, beim Regionalen Gesundheitsplan haben die Verantwortlichen in der KRAGES das schlecht gemacht, gegen den politischen Willen des Landes, und da verstehe ich wieder die Vorgangsweise nicht.

Wie kann jemand, der nicht einmal mitbestimmt, wie dieser RSG aussieht, der Geschäftsführer der KRAGES hat dort de facto nichts zu melden, das entscheiden andere. Jeder von uns kann nachsehen, wer in diesem Gesundheitsfonds sitzt, wer in dieser Steuerungsgruppe sitzt. Sicherlich nicht der Herr Schnedl! Und deshalb musste er gehen?

Das hat ein gewisser Herr Dax gesagt, seines Zeichens SPÖ-Parteigeschäftsführer, weder Abgeordneter dieses Hauses, noch Regierungsmitglied. Wo der das also wieder her hat, ist eine andere Sache. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Aber, was sagt der Herr Landesrat selbst dazu? In der APA vom 19. April 2017 sagen Sie, Herr Darbos, selbst: „Mit der gesundheitspolitischen Strategie des Burgenlandes oder der Erstellung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit hat die Entlassung nichts zu tun.“ (*Abg. Robert Hergovich: Hat es doch bereits gesagt.*) Wo sind dann also die Gründe dafür? (*Abg. Doris Prohaska: Alle Gründe beziehungsweise Punkte wurden bereits aufgezählt!*) Sie haben behauptet, die ÖVP stellt sich gegen irgendeine Institution im Land, weil wir diese Causa einfach hinterfragen. Das glaubt Ihnen doch niemand, denn das steht ja völlig außer Streit. Niemand von uns hat den Gesundheitsplan attackiert, niemand von uns hat irgendeine Entscheidung dort getroffen. Tatsache ist, dass Sie behaupten - und das ist ja eigentlich nur eine Ausflucht (*Abg. Robert Hergovich:*

*Wieso sitzen wir dann heute hier?)* - ich habe Ihnen ja gesagt, damit Sie Rede und Antwort stehen können. *(Abg. Robert Hergovich: Ich?)* Der Abgeordnete sicher nicht. Na, Sie doch nicht. Ich meine, wenn Sie etwas zur KRAGES wissen, dann sagen Sie es auch, aber am Ende des Tages, glaube ich, sind zwei Personen aufgefordert worden, Rede und Antwort zu stehen und das tun wir. Der erste Punkt ist ein Antrag auf Prüfung. Eines möchte ich aber deutlich sagen: Die ÖVP Burgenland steht hinter den KRAGES-Mitarbeitern, hinter den Institutionen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ganz bestimmt lasse ich mir aber sicher keinen Bären aufbinden, von niemandem, *(Abg. Ingrid Salamon: Die Mitarbeiter aber auch nicht.)* dass irgendjemand von uns irgendetwas gutheißt, was ein Mitarbeiter tut, den ich nicht einmal eingestellt habe, weder nachfragen kann, was er tut, noch seine Kündigung aussprechen kann. Das heißt, wenn Sie sich jetzt als Retter, Herr Klubobmann Hergovich, irgendwelcher Institutionen und des Krankenhauses aufspielen, dann kann ich Ihnen sagen, entweder haben selbst Ihre Verantwortungsträger im BURGEF das so entschieden und Sie haben das vielleicht rückgängig gemacht, da hat aber dann die ÖVP auch nichts damit zu tun, *(Abg. Robert Hergovich: Das stimmt. Das ist aber das Einzige, was bis dato gestimmt hat.)* oder Sie wollen da einfach nur mit einer politischen Nebelgranate alle ein bisschen eindecken und sagen, wir retten jetzt das Gesundheitssystem. Es geht um etwas ganz anderes!

Jetzt sage ich Ihnen, was ich abschließend zum Ganzen sagen möchte, was selbst mich überrascht hat. Der Peter Rezar ist, aus meiner Sicht, die Überraschung innerhalb unserer Abgeordneten-Gruppe. Das hat mich wirklich überrascht, weil dem weder Sie, noch wir, abreden können, dass er sich auskennt. Der hat dort die Verantwortung getragen und hat, als Abgeordneter, das klar angesprochen, was sich viele denken. Dieses Zitat lese ich Ihnen vor. Peter Rezar antwortet: „Ich finde das alles sehr beschämend, denn so geht man mit Mitarbeitern einfach nicht um. Außerdem erzeugt das Ganze in der Öffentlichkeit ein fürchterliches Bild. Es ist ein Wahnsinn, wie die Mitarbeiter behandelt werden. Für mich ist das der Ausdruck des System Niessls: Wer anderer Meinung ist, fliegt. Diese Vorgangsweise erinnert fast schon an Nordkorea.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wen brauchen Sie mehr als Kronzeugen in dieser Sache als den ehemaligen Verantwortungsträger für die KRAGES, als ehemaligen Weggefährten innerhalb der SPÖ-Regierung, der dann sagt, das trägt er persönlich nicht mit. Ich möchte nur sagen, wenn wir jetzt noch weitere Zeugen hören müssten, wäre es schon fast lächerlich. Es gibt kein Thema, keine inhaltliche Grundlage, die derzeit dringlicher ist, als die Überprüfung der KRAGES. Genau deshalb haben das heute 16 Abgeordnete beantragt und genau deshalb bitte ich Sie, dass wir diesen Dringlichkeitsantrag gemeinsam an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof richten, um Klarheit, um volle Transparenz in dieser Sache erlangen zu können. *(Beifall bei der ÖVP, LBL und den GRÜNEN)*

**Präsident Christian Illedits:** Ich lasse nun über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Dringlichkeit zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Einstimmigkeit.

Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Manfred Kölly (LBL):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir war klar, dass das bei diesem Antrag ein einstimmiger Beschluss wird. Wie könnte man sonst anders, denn es gibt zwei Seiten. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Die einen werden diese Fragen, die wir heute gestellt haben, dementsprechend beantworten. Auf der anderen Seite freue ich mich schon auf diese Antworten. Zum Dritten - und jetzt kommt das, Herr Kollege Hergovich: Missbrauch des Landtages! Da muss ich auch dem Kollegen Sagartz Recht geben. Ich glaube, uns ist schon bewusst, dass der Landtag ein ganz wichtiges Instrument ist, um auch solche Dinge dementsprechend zu diskutieren und auch der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Wir sind - ja, denke ich schon, wenn heute auch nicht so viele Zuschauer da sind, aber per Live-Stream ist man mit dabei - und ein paar Dinge, die ich schon auch als Person Kölly loswerden möchte. Denn nicht immer einfach hat es eine Oppositionspartei, die schon jahrelang hier immer wieder auf die Missstände in diesem Land hinweist. Dann geht man seitens der Regierung her und sagt, lasst doch den Kölly reden, ist ja alles ein Blödsinn. Ich sage immer wieder, steter Tropfen höhlt den Stein! Wenn wir solche Baustellen wie die KRAGES sehr viele haben in diesem Land und die FPÖ auch immer wieder mit mir oder ich mit der FPÖ das aufgezeigt habe, dann sind wir immer goldrichtig gelegen. Es war eben eine andere Regierungskonstellation. Aber trotzdem sind wir in der Sache immer richtig gelegen.

Jetzt zeigt sich, dass es wieder einmal stimmt. Wenn wir, die Oppositionsparteien, heute einen Sonderlandtag verlangt haben, finde ich das für wichtig und richtig, weil hier eine Aufklärung, ein Aufklärungsbedarf gegeben ist. Die KRAGES ist ja nicht irgendjemand in diesem Land, sondern eine ganz wichtige Institution, wo viel öffentliches Geld hineinfließt. Aber, wo wir, und da bin ich beim Herrn Landesrat Darabos, ja uns auch in Zukunft Gedanken machen müssen und sollen. Wie kann man dieses Sozialsystem, dieses Gesundheitssystem, eigentlich weiter in diesem Land aufrechterhalten?

Nicht mit Tricksen, Tarnen und Täuschen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern mit offenen Diskussionen. Wir seitens des Landtages, wir Abgeordnete, haben die Verpflichtung und das Recht, auch Fragen zu stellen und auch Antworten zu bekommen. Das machen wir heute mit zwei Anfragen an den Herrn Landeshauptmann und an den zuständigen Landesrat Darabos. Ich glaube, das Beste wird sein, wenn man wirklich klar und deutlich sagt, warum das Ganze so gelaufen ist. Ich weiß schon, oft ist es so - auch in den privaten Firmen -, dass man sich bei Leuten, die man einstellt, täuschen kann.

Aber, jedes Mal, wenn jemand eingestellt wird, wo man schon lange im Vorhinein weiß, wer das wird, eigentlich der Geschäftsführer oder der und der, und wir nur den kleinen Finger heben und sagen, ist das gut, ist das nicht politisch irgendwo wieder so passiert, wie wir es in der Vergangenheit gewohnt sind - nein, wir haben ja keine Ahnung! Die besten Leute! Ich sage nur ein paar Beispiele: Schnedl - ich habe, Gott sei Dank, die Möglichkeit gehabt, mich mit ihm persönlich zu unterhalten. Ein fähiger Mensch, das muss ich auch dazu sagen, ein ganz Gescheiter, der auch jung und dynamisch ist und der etwas weiterbringen wollte. Ich sage ganz bewusst „wollte“. Aber, es ist in diesem Land vielleicht auch nicht gut, wenn man nicht genau das tut, was die Obrigkeit will. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Auch der Tourismusdirektor Baier hat sich von uns verabschiedet. Nein, bei mir nicht, leider, denn ich hätte gerne mit ihm einmal geredet, warum das eigentlich passiert ist. Was hat er für ein Paket auf die Reise mitbekommen? Wir sagen in Deutschkreutz,

„auf die Roas kriegst du ein Packl mit und jetzt schau, wie du weiterkommst“. Interessant ist aber, dass man da auch nichts erfährt.

Oder, der Herr Dopler, der da auch eine Rolle spielt, und sich wieder ins Verteidigungsministerium zurückgezogen hat. Mit dem Herrn Verteidigungsminister habe ich darüber geredet. Der sagt: „Na ja, was hätten wir tun sollen, er wurde uns so serviert.“ Punkt aus!

Das Nächste ist: Auch der Herr Stündl wurde von der Therme Lutzmannsburg verabschiedet und hochkantig hinausgeschmissen. Übrigens war da die ÖVP auch noch am Arbeiten. Da müssen wir auch aufpassen, denn da gehört Ihr auch dazu! Dann setzt man dort irgendeine Geschäftsführerin ein. Was passiert? Auch die wurde still und heimlich über Nacht wieder abgesetzt und der Herr Stündl ist wieder gekommen. Ohne große Aufregung, ohne eine große Hinterfragung, außer wir, seitens Bündnis Liste Burgenland, haben gesagt, was ist da, was geschieht da? Was sind das für Verträge, meine sehr geehrten Damen und Herren? Welche Verträge gibt es da? Leider haben wir in der Opposition oder im Landtag keine Möglichkeit, in solche Verträge Einsicht zu nehmen. Das ist genau der Punkt, Herr Kollege Hergovich, denn ich weiß nicht, ob Sie als SPÖ-Klub diese Verträge sehen, was die Regierung oder die Zuständigkeit außerhalb beschließen.

Die sind ja alle ausgelagert, da kann man ja machen was man will. Nur, die Verantwortung trägt trotzdem die Landesregierung, weil, wie wir den Voranschlag beschlossen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir eigentlich ja dafür da, dass wir ein bisschen eine Diskussion führt. Den Live-Stream schauen sich die Leute doch auch an und sagen: Na ja, was sollen wir? Schön und gut, die wissen aber nicht, dass die Regierung das ganze Geld dementsprechend auch umsetzt. Das ist ja auch in Ordnung, es wird ja nicht alles nur schlecht sein, denke ich einmal. Aber, wenn man darauf hinweist, dass solche Dinge passieren, dann ist es immer so Stillschweigen! Das ist das Beste, das ist da neueste Wort, übrigens für die Medien: Stillschweigen ist vereinbart worden! Sei es die Umfahrung Schützen - Stillschweigen vereinbart, seien es Verträge - egal welcher Manager - Stillschweigen ist vereinbart. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da geht es um öffentliche Gelder! Um unsere Gelder, um Ihre Gelder, um alle unsere Gelder geht es da! Na selbstverständlich und was machen wir? Man sitzt brav und der SPÖ-Klub, na logisch, was soll er sonst machen, muss das verteidigen, was in der Regierung passiert. Nur, was mich wundert in der Regierung ist, dass sich das Beiwagerl FPÖ jetzt noch herstellt und sagt heute vormittags „na ja, die stellen die Fragen, die ziehen die Fragen zurück und nimmt noch den Kodex mit oder die Geschäftsordnung mit.“ Den brauchst Du gar nicht mitnehmen, Herr Kollege Molnár, sondern musst einfach nur sagen, Du wurdest von der SPÖ vorgeschickt, aber das würde ich mir nicht antun, Herr Kollege Molnár, sondern, ich würde einmal sagen, hören wir uns das an, wenn nichts zum Verbergen ist.

Was hat man für ein Problem damit! Im Gegenteil, und ich denke, dass der Herr Landeshauptmann so denkt und der Herr Landesrat auch so denkt. Daher freue ich mich schon auf die Antworten, die da heute kommen werden. Aber, ich möchte bei ein paar Dingen noch in die Tiefe gehen: Dass der Herr Landesrat Rezar heute nicht anwesend ist und dass wir heute Sitzung haben, ob da nicht irgendwo irgendwas mitspielt in der Causa, das hätte ich gerne gewusst! Auch diese Offenheit, muss man einmal sagen, wenn Sie angerufen hätten und hätten gesagt: „Herr Peter Rezar, Herr Doktor, wann hast du Urlaub, wann kannst du nicht da sein, da machen wir die Landtagssitzung?“

Ich stelle das nur in den Raum. Ich habe es nicht behauptet, ich stelle es nur in den Raum! Ganz einfach! Weil, ich denke, es brodelt nicht nur im Land, mit den vielen Baustellen, sondern es brodelt auch in der SPÖ und irgendwann brodelt es in der FPÖ, weil lange können sie das nicht mehr mittragen, denke ich. Aber, es sind ja auch viele Vergangenheitsbewältigungen da mit dabei, wo man die ÖVP sich nicht ganz aus der Verantwortung ziehen lassen darf, das muss man auch dazusagen. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ruhig bleiben, (*Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Also, bitte!*) denn ich glaube, es ist vernünftiger, man hört sich das jetzt an, man kriegt wirklich offene und klare Antworten, dann können wir weiter diskutieren. Das ist ja jetzt nicht gleich vorbei, weil der Kolly geredet hat oder ein paar geredet haben da vorne oder etwas gesagt haben, sondern, hören wir uns diese Antworten von den Zuständigen an, die auch die Verantwortung für diese ganze Sache, was da passiert ist, tragen. Sei es jetzt der Herr Schnedl oder der Herr Baier vom Tourismus oder der Herr Dopler oder egal wo man hinschaut. Man hat auch einen Burgenlandmanager, einen Südburgenlandmanager, eingesetzt. Ich kann mich erinnern, an die ersten Tage, wo SPÖ und ÖVP noch beieinander waren. Da hat man den Herrn von der Kurbad Tatzmannsdorf AG nicht zugelassen. Vielleicht wäre er gut gewesen. Jetzt hat man den anderen genommen. Wir wissen nicht einmal, welche Verträge es dort gibt. Haben wir nicht das Recht, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, zu erfahren, was da beschlossen wird, welche Verträge abgeschlossen werden?

Dann höre ich, egal vom Landesrat oder vom Landespartei sekretär verschiedene Aussagen und verschiedene Meinungen dazu. Was ist also näher, als dass ich gesagt habe, gebt mir bitte den Vertrag? Ich habe ja kein Problem damit, wenn derjenige Bonuszahlungen bekommt, die ihm nicht zustehen, wenn der irgendwelche Provisionen bekommt, die ihm nicht zustehen oder wenn der nebenbei seine Familie betreut oder studiert, ich weiß ja nicht, was da los ist! Ich hätte gerne gewusst, was in diesem Vertrag steht.

In einer Gemeinde, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, muss man das sehr wohl offenlegen und im Gemeinderat beschließen. Wir sind ja das Gremium, wo das eigentlich beschlossen werden soll. Ihr tut Euch ja ohnehin leicht, denn Ihr habt ja ohnehin die Mehrheit. Das könnten wir ja dort ganz klar vorlegen und sagen, ja, wird ohnehin beschlossen, da brauchen wir ohnehin keine Angst haben. Warum versteckt man da etwas, warum vertuscht man da etwas? Aus welchem Grund? Die FPÖ hat ja vor zwei, drei Jahren noch genauso gesprochen. Warum macht man das? Die Prüfung vom geplanten Spital in Oberwart und dergleichen mehr! Da gibt es Anhaltspunkte, wo man jetzt dem Herrn Schnedl bestimmte Dinge vorwirft. Hier bin ich jetzt wieder beim Kollegen Sagartz, denn mir geht es nicht um den Herrn Schnedl, mir geht es um das System, denn das System krankt da in der ganzen Situation. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Es muss eines klar sein: Wenn Ihr mich einmal abholt mit der Polizei daheim, weil ich im Land angestellt bin, da könnt Ihr Euch einmal etwas anderes anschauen! (*Abg. Robert Hergovich: So stimmt das nicht.*) Herr Kollege! Es ist dort zu einer Auseinandersetzung gekommen, dass man die Polizei gebraucht hat. Warum ist das notwendig, dass man sich das antut in diesem Land, wo eigentlich ohnehin alles Honig und was weiß ich alles fließt und es so wunderbar ist. Bei jeder Sonntagsrede sind wir die Besten und die Schönsten und dergleichen mehr. Noch einmal: 20 Jahre bin ich da schon in diesem Hohen Haus und jedes Mal habe ich das Gleiche gesagt, wie es der Herr Landesrat Bieler immer sagt, der packt die Rede von vor fünf Jahren aus. Na no na, es ist ja auch immer das Gleiche!

Jetzt sage ich Ihnen etwas, Herr Landesrat Bieler: Jetzt kommen wir genau zu diesem Punkt. (*Landesrat Helmut Bieler: Jetzt nicht!*) Jetzt kommen wir zu diesem Punkt, wo Du Dich wundern wirst! Ich war für die Leute in diesem Land immer ein Kämpfer. Da brauche ich keine Partei dazu. Ich war immer für die Menschen da und nicht für ihre Partei.

Das muss man auch einmal klar gesagt haben. Mir hat nur eines gefallen, dass man auch in der FPÖ in diese Richtung gearbeitet hat. Ich hoffe, dass sie zu diesen Werten wieder zurückfinden. Ich glaube daran, dass das auch funktionieren wird. Herr Landeshauptmann! Ich verstehe Sie schon, dass das natürlich schon schmerzt, aber im Endeffekt müssen Sie dann für solche Dinge „auch den Kopf hinhalten“. Da müsst Ihr Euch, der Herr Landesrat und Sie, schon abreden, welche Aussagen getätigt werden. Man sollte vielleicht auch einmal den Herrn Landespartei sekretär briefen, was er für Dinge aussagen soll. Dann hätten wir nämlich das Problem nicht, dass man das hinterfragen muss. Man legt uns das am Tisch und sagt, das ist so gewesen. Ich habe kein Problem damit. Glaubt mir das. Ich habe absolut kein Problem damit. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Aber, wenn ich mir anschau, welche Streiche in der letzten Zeit passiert sind, wo ich mir denke, dass die FPÖ da mitspielt, das kann es nicht geben, das darf es nicht geben.

Der erste Streich ist im Juni 2016 mit dem Werner Unger, dem Südburgenland-Manager erfolgt. Wir kennen keinen Vertrag, das habe ich schon erwähnt. Zweiter Streich, August 2016: Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter besetzt Posten in den Büros oder irgendwo, egal, wie auch immer, soll so sein. Ich habe da überhaupt kein Problem damit, glaubt mir das. Aber, warum streitet man das alles ab? Es ist ja kein Problem, wenn man das macht, glaubt mir das. Das wird immer alles unter der Tuchent gehalten.

Eines muss auch klar sein, Herr Landeshauptmann: Sie verlangen immer burgenländische Arbeitskräfte für burgenländische Arbeitsplätze. Ich frage mich in den Regierungsbüros, wer sitzt denn beim Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz oder beim Herrn Landesrat Petschnig, Kärntner, Niederösterreicher, und so fort. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Ich sage schon bald in Deutschkreutz: Finden wir im Burgenland keine guten Leute? (*Heiterkeit bei einigen Abgeordneten*) Das kann es ja nicht geben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da frage ich Sie, Herr Landeshauptmann, dass Sie da zuschauen? Aber, ich weiß schon, die dürfen sich aussuchen was sie wollen, denn die sind ja das Beiwagerl Deiner SPÖ und stimmen überall mit. Ich sage Euch noch einmal, Zeiten. (*Ein Zwischenruf des Landeshauptmann-Stellvertreters Johann Tschürtz*)

Siehst Du, das sind Aussagen, die mir wehtun. Das ist ja ganz komisch. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Mit dieser Art und Weise werden Sie nicht weit hüpfen und nicht weit kommen. Es ist ja kein Problem, das gibt man einfach zu, dass es heutzutage so läuft.

Oder, wenn man den Tourismusedirektor loswerden will und einen anderen herbringen will, dann verstehe ich das auch. Ich habe auch kein Problem damit. Aber, was hat man dagegen, wenn man sagt, ja, wir wollen unsere Leute, wir haben auch gute Leute, die man da auch dementsprechend in Positionen bringt. Das ist einmal so. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die FPÖ ist ohnehin sehr ruhig in den Reihen da draußen, aber Du regst Dich halt immer auf. Ich weiß nicht warum. Das ist ja nicht notwendig, denn man muss einfach nur dazu stehen, dass das so gemacht wurde. Kein Problem, es werden noch andere Dinge passieren. Nur, dass ich einen 7er BMW fahren kann und zwei Chauffeure habe, das ist für Politik in diesem Lande zu wenig. Ich will,

dass man für die Leute etwas tut, dass man sich für die Leute einsetzt und dass offene und ehrliche Diskussionen entstehen können. Kommen wir nun aber wieder zur KRAGES zurück, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich war sehr glücklich, als der Herr Landesrat Darabos eigentlich fast die Seiten gewechselt hat, ist mir vorgekommen. Weil der Herr Landesrat Rezar hat sich von vielen Primaren und dergleichen mehr verabschiedet, und viele Ärzte sind uns davongegangen. Der Herr Landesrat Darabos hat versucht, neue Ärzte an uns zu binden. Es ist ihm teilweise auch gelungen, was ich weiß. Ich war darüber voll begeistert. Nur, Herr Landesrat, in der letzten Zeit habe ich schon ein bisschen meine Bedenken, und ich habe Ihnen auch eines vorgehalten. Mit der Suizidgeschichte. Dass Sie das nicht gewusst haben, das ist falsch. Stehen Sie dazu, dass Sie in Ihrem Büro das nicht im Griff gehabt haben, dass Sie das nicht gewusst haben, dann habe ich kein Problem. Aber, da ist ein Briefwechsel entstanden und Sie haben das nicht einmal gewusst. Sie haben das sogar unterschrieben, das sage ich Ihnen auch gleich. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Das sind diese Dinge, die mich ärgern. Wenn man keinen Cent für suizidgefährdete Menschen und Familien hat und nicht einmal eine Diskussion darüber vernünftig führen kann, und dass Sie uns einladen oder diese Familien einladen und versuchen, etwas daraus zu machen, das tut mir weh. (*Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Was soll das?*)

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie können sich dann bei diesem Thema gleich zu Wort melden. Bei den Pferden kennen Sie sich nicht aus, dort kennen Sie sich nicht aus, bei der Feuerwehr kennen Sie sich auch nicht aus. Vielleicht kennen Sie sich bei der KRAGES aus. Ich weiß nicht, aber das tut mir ja direkt weh, wenn ich mir so etwas anschauen muss, weil die Leute es nicht verdient haben und nicht notwendig haben, solch eine Politik über sich ergehen zu lassen. Ich bin schon beim Herrn Landeshauptmann Niessl. Er macht das sehr geschickt. Ich kann ihm dazu nur gratulieren. Er hat Euch voll im Griff. (*Abg. Ingrid Salamon: Alles im Griff!*) Es gefällt mir ja, wie das alles über die Bühne geht. Er hat aber trotzdem die Verantwortung auch für Euch. Ich sage Euch das auch gleich.

Für die ganzen Menschen und die Bevölkerung im Burgenland. Das macht er wirklich ganz gut. Aber, im Fall KRAGES, wo er, glaube ich doch, solche Adern bekommen hat, wie das passiert ist, na dann steht man halt zur Wahrheit, ist ja auch kein Problem. Aber, die Art und Weise sollte man eben dementsprechend einhalten.

Zur KRAGES wieder zurückkommend. Da habe ich den KRAGES Fortbildungskatalog 2017. Da haben wir noch nicht daran gedacht, dass wir den Herrn Schnedl an die Luft setzen. Da muss man allerdings auch schon gewusst haben, was der für ein Verbrecher ist und was der alles angestellt hat - laut Euren Aussagen. Der hat das genommen, das hat er nicht herausgegeben, und dergleichen mehr. In diesem Vertrag muss ja irgendetwas stehen, was er darf oder nicht darf. Oder? Dann sehe ich noch den Herrn Mag. Peter Dopler, Personaldirektor, Herr Kollege von der Gewerkschaft, Herr Kulovits. Diese Meldung hätte man sich auch ersparen können, das sage ich Euch auch gleich.

Ich bin lange genug in der Arbeiter- und auch in der Wirtschaftskammer gesessen, aber nur die SPÖ zu verteidigen, oder den Landeshauptmann, oder den Landesrat zu verteidigen, ist ein bisschen schwach. Sie wissen ganz genau, dass man auch in den Krankenhäusern genug Ängste und Sorgen hat, Stichwort Pflege und dergleichen mehr. Wir haben dann die Gehälter von der Pflege erhöht. Das ist alles in Ordnung, denn warum immer nachhinken. Da wären eigentlich Ihre Meinung gefragt gewesen. Ich hätte mir auch erwartet, dass die darauf beim Herrn Landesrat Darabos einwirken und sagen, wir müssen hier nachziehen, denn die anderen Bundesländer haben das schon. Das fehlt mir

bei Ihnen, bei der Gewerkschaft. Aber, macht nichts, denn ich schätze Ihre Arbeit. Aber ich weiß nur eines, die Aussage von heute, die hätte man sich ersparen können. Aber, es ist nun einmal so. (*Zwischenruf aus der Reihe der Regierungsmitglieder: Meinungsfreiheit!*) Ja, Herr Kollege Bieler, das ist die Meinungsfreiheit. Wenn ich mir nur die Rechnungsabschlüsse anschau oder die Voranschläge, wenn ich mich zu Wort melde und das eine oder andere dort aufzeige, werde ich immer kritisiert. Das ist schon sehr interessant.

Der Bundes-Rechnungshof hat 2011 eine Follow-up-Prüfung gehabt, wo es Empfehlungen gibt, die Sie, denke ich einmal, sehr wohl kennen, aber bis dato nicht umgesetzt haben. Was sind das für Empfehlungen? Wisst Ihr das? Nein, das interessiert Euch ja auch nicht. Ihr müsst ja nur brav die Hand heben. So ist es. Da heißt es, die Empfehlung des Rechnungshofes, die Betriebsabgänge der KRAGES nicht durch Darlehen, sondern durch Betriebszuschüsse des Landes Burgenland zu finanzieren, wurde 2011 nicht umgesetzt. Geschehen ist nichts. (*Landesrat Mag. Norbert Darabos: Sicher ist etwas geschehen!*) Warte ein bisschen, Du kannst Dich dann ohnehin rechtfertigen. Ich gebe Euch das übrigens auch, denn das ist Schwarz auf Weiß, das ist ja kein Problem.

Das Land argumentiert zu der ganzen Geschichte, dass im Nachtragshaushalt 2016 ein Investitionszuschuss für die KRAGES in Höhe von 22,8 Millionen Euro budgetiert wurde. Hier argumentiert das Land wie folgt: Die Burgenländische Landesregierung hat am 1.12.2009 beschlossen, für die Burgenländische Krankenanstalten GmbH, KRAGES, für die von ihr im Wege der Hypo-Investment-Bank AG vergebenen Schuldverschreibungen in der Höhe von Nominale 15 Millionen Euro Anleihe 2009 - 2016 und Nominale 7,85 Millionen Euro, Anleihe 2010-2016 Garantieerklärungen abzugeben.

Des Weiteren wurde beschlossen, der KRAGES einen Gesamtinvestitionszuschuss in der Höhe der aufgenommenen Anleihen von 22,85 Millionen Euro auf die Gesamtlaufzeit des Darlehens, endfällig 14.12.2016 zu gewähren.

Wir haben das im Rechnungsabschluss diskutiert, Herr Landesrat Bieler. Sie haben mir keine Antwort gegeben, aber, das macht ja nichts. Vielleicht bekomme ich heute eine Antwort. Wobei für die Zinsen Fixzinssatz - und jetzt sind wir wieder beim Fixzinssatz, 3,65 Prozent! Wir bewegen uns derzeit bei 0,72 oder so irgendetwas. Wir zahlen dort also enorme Zinsen. Erstmals fällig am 4.12.2010. Landesvoranschlag 2010. Bis zur Endfälligkeit wurde in den jeweiligen Landesvoranschlägen Vorsorge getroffen. Ausschlaggebend für die damalige Übernahme des Investmentzuschusses war seitens des Landes, dass in den Jahren zuvor seitens der KRAGES sowohl laufende Projekte, als auch geplante Investitionsprojekte, wie Bau- und IT-Projekte in Höhe von 22,85 Millionen Euro, aus Mittel des laufenden Betriebes beziehungsweise aus Rücklagen finanziert wurden.

EDV-Projekte, Archivierung, Ausbau der Radiologie beziehungsweise Neuanschaffung eines CTs im Krankenhaus Kittsee, Zu- beziehungsweise Umbau der Chirurgischen Ambulanz im Krankenhaus Oberpullendorf, Gesamtanierung der Elektrik im Krankenhaus Oberwart.

Jetzt bleibe ich kurz beim Krankenhaus Oberwart stehen. Ihr könnt Euch an die Diskussionen erinnern, auch die FPÖ, wo wir von Gesamtkosten von 70 oder 80 Millionen Euro ausgegangen sind. Jetzt sind wir bei 150 Millionen Euro gelandet. Ich schätze, dass wir auf 300 Millionen Euro kommen werden. Das sage ich Euch jetzt auch gleich so, wie ich da stehe.

Da weigert man sich immer, dass man eine begleitende Kontrolle einführt. Das versteht niemand. Lasst das zu, ganz einfach. Das ist das Einfachste, was wir machen können. Jetzt kommt es. Derzeit wird in Oberwart bis zum Gehntichtmehr saniert. Obwohl wir wissen, dass man das Krankenhaus wegschieben wird. Wer hat das angeschafft? Wie geht das dort weiter? Da wird auf Teufel komm raus saniert. Elektrische Leitungen, alles neu, soll so sein, wenn ich es brauche. Aber, dann sagt es uns, dass wir auch Bescheid wissen, denn wir bekommen auch ein Input-Material von Leuten, die sagen: Was geschieht denn dort eigentlich? Ich hätte nur gerne eine klare, offene und transparente Antwort. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das sind diese Dinge, Herr Landesrat, wo ich mich dann frage, ob das notwendig ist. Sie haben in diesem Land natürlich eine große Last übernommen. Vorher waren Sie Verteidigungsminister, dann Soziallandesrat. Es ist natürlich nicht einfach, das größte Sozialbudget seit eh und je zu verwalten.

Aber, ich bin immer der Meinung gewesen, Sie werden das schon schaffen, auch mit unserer Unterstützung im Land. Aber, dass dann solche Dinge passieren, die jetzt passiert sind, das ist natürlich arg. Das ist schon arg. Das bringt das Fass zum Überlaufen, denke ich einmal. Da müssen wir ein bisschen aufpassen und müssen schauen, wie man das einfangen kann. Aber, das kann man nur mit Offenheit, mit Transparenz und vielleicht mit einer ehrlichen Antwort, die wir heute noch bekommen werden.

Ich komme aber weiter zum Herrn Landesrat Bieler, weil ja die Finanzierung an der ganzen Situation sehr wichtige ist, Herr Landesrat. Die bisherige Vorgangsweise der KRAGES führte letztendlich dazu, dass der Großteil der Rücklagen beziehungsweise die liquidierten Mittel aufgezehrt wurden und es für die weiteren Finanzierungen von Projekten von dringender Notwendigkeit war beziehungsweise zur Sicherstellung des laufenden Betriebes zusätzlicher Finanzierungsmittel bedurfte. Dieser zusätzliche Bedarf wurde über die Begebung von Anleihen der KRAGES mit der Übernahme des Investitionszuschusses des Landes abgedeckt. Aufgrund der Rückzahlungstermine, der endfälligen Anleihen per 4.12.2016 ist es nun erforderlich, obige Mittel im Wege des Nachtragsvoranschlages zur Verfügung zu stellen. Soll so sein. Hier wäre dringend zu hinterfragen, wie genau diese bisherige Vorgangsweise der KRAGES ausgesehen hat, die letztendlich dazu geführt hat, dass das Land mit zusätzlichen Mitteln einspringen muss, und das nicht einmal eine Woche vor dem Termin. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Herr Landesrat! Das sind so diese Dinge, wenn man das bei einem Voranschlag diskutiert. Zwei Tage lang haben wir eine Diskussion. Dann gibt es auch noch den Nachtragsvoranschlag, aber dann wird man immer abgewimmelt und man bekommt keine Antworten. Man stellt zwar Fragen, aber man bekommt keine Antworten. Ich weiß schon, das ist keine Fragestunde, sagen Sie dann, aber es wäre schon wünschenswert, dass auch der Landtag, dass auch die Landtagsabgeordneten erfahren, worum es hier geht. Ich nenne Ihnen noch ein paar Zahlen. Landesvoranschlag 2017 - Investitionszuschuss 57 Millionen Euro im Jahr 2015, 70,5 Millionen Euro im Jahr 2016 und 72,5 Millionen Euro im Jahr 2017. Sonderzuschuss Krankenhaus Eisenstadt, weil das beim Herrn Schnedl angeblich auch ein wichtiger Punkt ist.

Was sich der dort aufgeführt hat, ist eine „Sauerei“! Entschuldigung, ich nehme dieses Wort natürlich gerne zurück, und sage: Was hat sich der dort eigentlich gedacht, wie er das gemacht hat, dass solche Aussagen, die anscheinend aber ohnehin nicht stimmen, aber, es sei so. Sonderzuschuss Krankenhaus Eisenstadt 11,5 Millionen Euro

im Jahr 2015, 100 Millionen Euro im Jahr 2016, und im Landesvoranschlag 2017 auch 100 Millionen Euro. Wir reden ja nicht von 100.000 Schilling, wir reden von 100 Millionen Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das sind ja Beträge, die muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Aber, sei es wie es sei. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Krankenhaus Eisenstadt, für die baulichen Investitionen, im Rechnungsabschluss 2015, 1,5 Millionen Euro, im Voranschlag 2016 2,2 Millionen Euro und im Voranschlag 2017 2,1 Millionen Euro. KRAGES-Zuschuss für bauliche Investitionen insgesamt, 57 Millionen Euro im Jahr 2015, im Jahr 2016 70,5 Millionen Euro und im Voranschlag 2017, 72,5 Millionen Euro.

Warum ich die Zahlen jetzt da vorlese und nenne, ist auch wichtig, weil das alles viel Geld ist. Dann geht man her und macht einen solchen Akt, wie das jetzt passiert ist, mit der KRAGES. Hätte man das nicht anders abstimmen können? Hätte man da nicht vielleicht sich zusammengesetzt - wie ich immer sage - und darüber diskutieren können und normal mit diesen Herrschaften geredet. Ihr müsst aufpassen, weil dort und da etwas nicht stimmt. Aber, dass man diese Vorgangsweise gewählt hat, das stößt mir wirklich sauer auf. Das ist nicht normal und das darf auch in Zukunft nicht passieren. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Ich glaube auch, wenn man sich das Personal anschaut, und weil der Kollege oben sitzt und sich heute zu Wort gemeldet hat, 2015 haben wir für Personalaufwand 100 Millionen Euro gehabt. Im Voranschlag 2016 waren es 99 Millionen Euro, im Voranschlag 2017, 120 Millionen Euro. Kein Nachweis für Zuführung aus Rücklagen. Daher, es wird nach wie vor über Darlehen fremdfinanziert. Die ganze Geschichte. Jetzt kommen wir zu den Auslagerungen. Man lagert aus, man hat das Personal ausgelagert. Wie wird das in Zukunft sein, wenn man das unter einem Dach haben will? Ist das überhaupt möglich, Herr Landesrat Bieler? (*Landesrat Helmut Bieler: Nein.*) Wenn man eine GmbH gründet, dass man das möglich macht?

Daher noch ein paar Punkte. Die KRAGES soll über die Burgenländische Landesholding eingebracht werden. Politisch argumentiert wird dieser Schritt mit einer Einsparungsmaßnahme. Na, schauen wir uns das an. Die Landesholding ist als GmbH organisiert. Der Landtag, und somit die Kontrollfunktionen, jetzt hört einmal zu, haben keinen Einblick, in die Geschäfte der Landesholding. Na wofür ist denn der Landtag dann da? Wofür sind die Opposition und die Kontrollorgane da? Nächster Punkt. Die BLh weist 2016 einen Jahresfehlbetrag von mehr als 38 Millionen Euro auf. 38 Millionen Euro. Das muss Euch ja nicht interessieren, weil Ihr mit den Zahlen nichts am Hut habt.

Nächster Punkt, die BLh weist 2016 einen Jahresfehlbetrag von mehr als 38 Millionen Euro auf. 38 Millionen Euro! Muss Euch nicht interessieren, weil mit die Zahlen habt Ihr nichts am Hut. Aber es ist einmal so. 38 Millionen Euro! Seitens des Landes werden jährlich zirka 120 Millionen Euro in die BLh gepumpt, ohne der Kontrolle des Landtages zu unterliegen. Liebe Freunde von der FPÖ! Ich würde Euch bitten, klar in der Regierung zu sagen, ja, wir wollen Offenlegung. Wir wollen das auch dem Landtag sagen, wir wollen das denen zeigen. Damit vertut Ihr Euch überhaupt nichts.

Ich kann mich erinnern an Zeiten Rauters. Vor jeder Regierungssitzung ist er hergegangen und hat gesagt, bei diesen Punkten, die, die, die, die, er hat aufgezeigt, wo er mitkann und nicht mitkann. Das fehlt mir ganz einfach. Man vertut sich nichts, wenn man das offenlegt, glaube ich. Dann haben auch die Menschen mehr Vertrauen in die Politik, dann wären wir nicht an der untersten Skala als Politiker, sondern täten wahrscheinlich irgendwo wieder an Land gewinnen. Ich glaube aber, das sollte man alles einmal publizieren und da würde ich auch die Medien bitten, dass sie das auch tun.

Das Nächste, der Geschäftsführer hat eine jährliche Gage von etwa 200.000 Euro. Na, Herr Landeshauptmann, was bekommen Sie? Dann bekommt er Boni dazu, dann bekommt er noch etwas dazu und dergleichen mehr. Daher will ich die Verträge sehen. Wenn der mehr bekommt wie ein Landeshauptmann, der Tag und Nacht unterwegs ist für das Land, dann frage ich mich, dann sind wir falsch gewickelt alle miteinander in der Politik.

Dann müssen wir einen anderen Job machen. Das ist halt einmal so. Genauso im Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland. Ich habe noch immer nicht gehört, was dort die Geschäftsführer verdienen. Warum traut sich das niemand sagen? Ist das so schwierig? Das verstehe ich alles nicht.

Politisch ist zu hinterfragen, wie es sein kann, dass ein Defizitbetrieb wie die KRAGES in eine GmbH eingegliedert werden kann, Herr Landesrat Bieler, das ist gar nicht möglich. Es müssen nämlich nach Gesetz alle Aktiva und Passiva vor der Übertragung geprüft werden. Diese Informationen sind dem Landtag nicht zugänglich. Also das heißt, wir haben ja gar keine Chance, dass wir dort einen Zugang bekommen.

Uns bleibt nur der Rechnungshof über, der sich wirklich bemüht und wirklich alles aufarbeitet, aber nach drei Jahren. Dann kann sie es noch geben oder nicht mehr geben oder was weiß ich, wie der Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz sagt, naja lange wird es euch eh nicht geben. Na, das sind Antworten? Das tut mir aber echt leid und solche Leute haben Verantwortung? Herr Landeshauptmann, überlegen Sie sich das, mit wem Sie eine Koalition eingehen, weil das sind für mich keine Antworten, das ist einfach eine Katastrophe, wenn man eigentlich so eine Antwort bekommt.

So, das Nächste ist... (*Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Die Wahrheit!*) Die Wahrheit werden wir heute hören, die werden wir heute hören. Hört mir zu, ich bin gleich fertig. Bisher waren die Schulden und die Haftungen, die das Land Burgenland für die KRAGES übernommen hat, im Landeshaushalt nicht bilanziert. Habt Ihr das alle gewusst? Nein. Wird die KRAGES in die GmbH eingebracht, muss man wissen, wie die Einbringungswerte aussehen, wie die verbleibenden Haftungen beim Land und wie die verbleibenden Verbindlichkeiten aussehen.

Hat da der Schnedl getrickst oder was hat er dort gemacht oder was ist passiert? Ich hätte das gerne gewusst. Ich begrüße den Herrn Schnedl, ist er nicht da? Ich habe geglaubt, sie sind da, der Herr Schnedl und der Herr Dopler. Nicht da, okay, tut mir leid, aber der ORF ist da, der Herr Schneeberger.

Das ist auch wichtig, dass man dort eine wirklich offene Berichterstattung hat. Daher sage ich, wenn die KRAGES komplett verschuldet ist, ist die Einbringung in die GmbH nach Gründungssteuerrechten nicht möglich, nicht möglich! Wir haben keine Juristen angestellt, so wie Ihr hunderte Juristen im Land sitzen habt und dann passieren halt auch Fehler, das ist einmal so.

Wir müssen uns das erarbeiten. Wir müssen von außen Leute holen, damit wir solche Dinge eigentlich auftauchen können lassen aus gewissen Unterlagen. Wir müssen arbeiten Tag und Nacht, daher arbeite ich heute auch gern am Freitag. Wir bekommen gut bezahlt dafür. Also ist der Sonderlandtag nichts Böses, im Gegenteil, normal würde ich in der Gemeinde arbeiten. Wir haben heute einen Markt, da wäre ich auch gerne dort gewesen. Aber macht ja nichts. Ich stehe dazu, dass wir solche Dinge aufarbeiten, abarbeiten. Daher noch einmal.

Die Frage stellt sich, wie der Landtag das dann überhaupt noch zuordnen kann. Wie soll man das machen? Es hat geheißen, jetzt bringen wir die ausgelagerten Betriebe

unter ein Dach. Das funktioniert aber nicht. Wir haben wieder keinen Einblick. Wollt Ihr das haben? Wenn Ihr das haben wollt, ich nicht.

Wir werden uns dagegen verwehren. Ich werde so lange laufen und so lange meine Reden halten und so lange da stehen, steter Tropfen höhlt den Stein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Landeshauptmann, Sie tragen die Verantwortung auch für uns alle miteinander. Schlussendlich sind Sie unser Landeshauptmann, unser Landeshauptmann vom Burgenland.

Da würde ich mir wünschen, dass heute Klarheit am Tisch kommt, dass heute die Wahrheit am Tisch kommt und dann brauchen wir nicht mehr nachdenken, ob ein Untersuchungsausschuss oder das eine oder andere, Klarheit, Transparenz und dergleichen mehr. Die FPÖ, hoffe ich, dass sie mittut, weil das ihr ureigenster Stil und ihr ureigenster Sinn gewesen ist. Aber ich hoffe, dass man jetzt endlich einmal auch draufkommt, dass man sich nichts vergibt, wenn man das eine oder andere klar offenlegt und der Fall ist erledigt.

Ich denke jetzt weiter, der Herr Kulovits sitzt da oben, was passiert mit den Angestellten, wenn der Pflegebetrieb auch eingegliedert wird oder findet dann ein Arbeitskräfteverleih statt? Was tut man mit denen? Habt Ihr Euch schon Gedanken gemacht? Das beschließen sie irgendwo wieder unter der Tuchent und der Fall ist erledigt und wir bekommen es irgendwann wieder nach drei, vier Jahren. Okay, es ist halt passiert, macht ja nichts.

Aber auf der anderen Seite heißt es, es rennt alles so super jetzt, das ist unglaublich wie das rennt. Ihr werdet Euch wundern. Der Herr Landesrat Darabos sagt 150 Millionen Garantie plus ein paar „Znepfte“ die dazu kommen mit der Indexsteigerung und 2021 ist das fertig. Na, in 100 Jahren nicht, Herr Landesrat. Ich meine, Sie sollten einmal in die Wirtschaft gehen, damit Sie spüren, was das überhaupt heißt. Was sich dort überhaupt abspielt.

Was das überhaupt für eine Möglichkeit aufmacht in 2021 das alles fixfertig zu haben. Diese Summe, tut mir leid, ich glaube es nicht und es wird auch herauskommen, dass dies wahrscheinlich 250 oder 300 Millionen Euro sind.

Das sind die Dinge, die wir heute diskutieren sollen, wo ich glaube, dass man viel mitnehmen sollte. Das Wichtigste ist für mich, und das sage ich auch gleich, dass wir heute erfahren, was sich tatsächlich bei der KRAGES abspielt. Wie schaut das aus? Was war am 2. Mai? Übrigens, Herr Kollege Kulovits von der Gewerkschaft, da haben etliche angerufen, nur in der KRAGES war niemand erreichbar. Ist das gut in einem Gesundheitssystem, in einem Krankenhaus und in gewissen Dingen?

Sind das Landesangestellte, da diese frei gehabt haben oder ist das ein Betrieb, wo man eigentlich rund um die Uhr erreichbar sein sollte? Auch das sollten wir andenken. Daher noch einmal und zum Schluss: Befund Rezar über KRAGES sagt sehr vieles aus. Es ist schade, dass er heute nicht da ist. Vielleicht hätte er die eine oder andere Wortspende dazugegeben in dieser Sache. Denn er ist ein profunder Kenner dieser Situation.

Er ist ein profunder Kenner einer wirklichen Machenschaft, was sich derzeit abspielt, wo die FPÖ Beiwagerl spielt und alle nur Kopfnicken. Hauptsache wir haben unseren 7er BMW mit zwei Chauffeuren. Danke, in diesem Sinne freue ich mich auf die nächste Diskussion. *(Beifall bei der LBL, der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

**Präsident Christian Illedits:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE):** Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Diesen Sonderlandtag gibt es konkret wegen dem Fall KRAGES. Aber es gibt, glaube ich, diesen Sonderlandtag auch, um ein grundsätzliches Problem zu beleuchten, dass nämlich dem Landtag immer mehr Bereiche des Landes entzogen werden, der Kontrolle entzogen werden, der Information entzogen werden.

Hier sieht man das praktisch beispielgebend anhand der KRAGES. Wir haben die Landesholding, die schon vor langer Zeit geschaffen worden ist. Acht Geschäftsfelder mit insgesamt 54 Unternehmen des Landes, die inzwischen hier ausgelagert sind und die eigentlich nur mehr vom Rechnungshof kontrolliert werden.

Das geht natürlich auch nur teilweise, mit neuen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ist das nicht so leicht hier reinzusehen. Eigentlich gibt es dafür den Landtag, um hier rechtzeitig Einblick zu nehmen, Informationen zu geben. Aber leider funktioniert das schon lange nicht mehr. Wir können Anfragen stellen, schriftlich, mündlich, die werden teilweise nicht beantwortet, weil es eben heißt, das sind ausgelagerte Gesellschaften, darüber wird keine Auskunft gegeben.

Das betrifft sehr wesentliche Bereiche des Landes, die BELIG, die WiBAG, die Technologiezentren, die Thermen mitunter, die Kulturbetriebe, das Liszt-Haus und viele, viele andere, wie gesagt, über 50 sind es inzwischen. Die KRAGES soll da jetzt auch noch in die Holding eingegliedert werden.

Das ist bedenklich und meiner Ansicht nach eigentlich unmöglich, weil hier immer weitere, immer größere Teile des Budgets und des Landes einer Kontrolle entzogen werden. Wir müssen uns als Opposition die Informationen teilweise aus den Medien holen, sind darauf angewiesen, was andere sagen.

Als die Kündigung, um die es heute geht, öffentlich gemacht worden ist, hat es gleich als Erstes geheißsen, über die Gründe der Abberufung wurde Stillschweigen vereinbart. Dann war offenbar die mediale Aufregung so groß, dass man doch klein begeben musste und Stück für Stück Argumente geliefert hat, warum es zu dieser Entlassung gekommen ist. Interessanterweise war einer der ersten, der dazu Stellung genommen hat, der Geschäftsführer der SPÖ, keine Ahnung was der genau damit zu tun hat. Er hat dann noch dazu Argumente geliefert, die nachher vom zuständigen Landesrat Darabos eigentlich wieder zurückgenommen worden sind.

Er hat nämlich gesagt, dass der damalige Noch-Geschäftsführer Schnedl eigene Ideen zum Regionalen Strukturplan Gesundheit erarbeitet hat, die auch das Krankenhaus Eisenstadt benachteiligen sollten. Jetzt ist es doppelt interessant. Erstens einmal, weil hier ein Geschäftsführer einer Partei im Burgenland dazu Stellung nimmt. Zweitens, er das Krankenhaus Eisenstadt erwähnt, das ja gar nicht im Teil der KRAGES ist. Das ist ja eigenständig. Das heißt, der Herr Schnedl kann da erzählen und sich vorstellen was er will, er hat ja keinen Einfluss darauf.

Es gibt, soweit mir bekannt ist, ich lasse mich dann gerne eines Besseren belehren. Tatsache ist, das Krankenhaus Eisenstadt ist nicht Teil der KRAGES. Die Frage stellt sich auch, wenn man in der Geschichte ein bisschen zurückschaut, wie geht die KRAGES grundsätzlich mit ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen um? Der Herr Schnedl ist ja nicht der Erste, der Prozess führt mit der KRAGES. Ich erinnere an einen Dr. Ranftl. Ich erinnere an den Kurt Resetarits, wo das Verfahren soweit ich weiß, jetzt noch läuft. Wo man gedacht hat, die drei südlichen Krankenhäuser Oberwart, Güssing und Oberpullendorf legt man zusammen und macht einen Leiter um Synergien zu nutzen. Zwei Jahre später ist man dann draufgekommen, dass das Ganze wirtschaftlich eigentlich

nicht so gescheit ist, die Synergien offenbar zu klein sind oder nicht vorhanden sind und man hat seinen Vertrag wieder gekündigt.

Und jetzt prozessiert man konkret auch mit ihm. (*Landesrat Norbert Darabos: Moment, wer prozessiert mit ihm?*) Die KRAGES gegen (*Landesrat Norbert Darabos: Wer war der Geschäftsführer?*) Resetarits, der die drei Krankenhäuser zusammen... (*Landesrat Norbert Darabos: Wer war der Geschäftsführer, der den Prozess angestrebt hat?*) Bitte? (*Landesrat Norbert Darabos: Wer war der Geschäftsführer, der den Prozess angestrebt hat?*) Das ist ja egal, das war die KRAGES. (*Landesrat Norbert Darabos: Das war der Schnedl!*) Es war die KRAGES und die KRAGES hat offensichtlich sehr oft Probleme mit ihrem Personal.

Die Frage ist, sind die Personalentscheidungen der KRAGES gescheit oder wirkt da zu sehr die Politik ein, sodass die Entscheidungen nicht gut gemacht werden und Leute zum Zug kommen, die offensichtlich politisch nicht genehm sind? Man sollte grundsätzlich, glaube ich, bei Personalproblemen, die ja laut Medienberichten schon länger laufen, versuchen, das Ganze so über die Bühne zu bringen, dass ich nicht so einen Riesenskandal zusammen bekomme. (*Abg. Günter Kovacs: Das ist ein Wahnsinn! – Allgemeine Unruhe*)

Man mag zu der Entscheidung stehen wie man will, wahrscheinlich habt Ihr auch noch extra Argumente, warum es dazu kam. Gehen wir davon aus, das war richtig. Die Vorgehensweise war auf keinen Fall richtig und es kommt nicht von ungefähr, dass wir hier jetzt einen Sonderlandtag haben, dass die Medien sehr stark darüber schreiben und die Vorwürfe, die jetzt zumindest in der Öffentlichkeit kursieren unter anderem fragwürdig sind.

Die Frage für mich stellt sich auch: Wozu gibt es einen Aufsichtsrat? Was hat der Aufsichtsrat getan? Wann wusste der Aufsichtsrat von den Unzulänglichkeiten betreffend den Geschäftsführer? Was hat der Aufsichtsrat konkret dann getan?

Diese Fragen haben wir ja heute an den Landesrat und den Landeshauptmann gestellt und ich bin gespannt, wie sie beantwortet werden. Auch weil wir leider in letzter Zeit, was Anfragebeantwortungen angeht, nicht von allen Landesräten, aber doch immer wieder praktisch keine Antwort bekommen.

Daher wird es spannend, die Anfragen zu hören. Ich glaube, dass es notwendig ist, sehr wohl auch unangenehme, ungewöhnliche Fragen zu stellen, wie es ein Geschäftsführer Schnedl damals vor kurzem auch getan hat. Zu schauen, wie sinnvoll ist es wirklich im Burgenland in zahlreichen Krankenhäusern die gleichen Leistungen anzubieten?

Ist es notwendig, in allen Krankenhäusern alle Operationen durchzuführen zum Beispiel oder viele Operationen durchzuführen? (*Abg. Doris Prohaska: Hoffentlich betrifft es nicht Sie einmal!*) Das Burgenland ist kein so ein riesiges Land, um hier das Programm so zu fahren. (*Abg. Ingrid Salamon: Hoffentlich hören alle Burgenländer zu!*) Es geht darum, sich solche Fragen zu stellen und zu überprüfen.

Man hat das ja auch mit der Zusammenlegung der drei Krankenhäuser versucht. Offensichtlich vorher zu wenig geschaut, ob das wirklich gescheit ist. Also Versuche zu machen, die man dann wieder zurückzieht, finde ich wenig gescheit. Diesbezüglich bin ich gespannt auf die Beantwortung. Danke für Ihr Interesse. (*Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP*)

**Präsident Christian Illedits:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ):** Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Ich gliedere meinen Beitrag in drei Abschnitte, erster Abschnitt welche Qualität hat diese Sitzung heute. Rechtlich ist das ziemlich klar, es ist eine Sondersitzung wie sie selten vorkommt, wie sie aber in der Geschäftsordnung vorgesehen ist und wie sie das gute Recht der Opposition und der Minderheit hier im Haus ist.

Qualitativ war ich mir zuerst nicht ganz sicher, seit heute Morgen bin ich mir sicher, der Koalitionspartner hat ja bereits vor einigen Tagen von Inszenierung gesprochen und ja, wenn man sich das vor Augen führt, was die letzten Tage passiert ist, speziell seit letzten Donnerstag und speziell was heute Morgen passiert ist, dann hat der Koalitionspartner Recht. Aber gut, die Inszenierung gehört zum politischen Geschäft, vor allem auch zum politischen Geschäft der Opposition. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das sagt der Herr Kern!)*

Wir hatten gerade erst vergangenen Donnerstag, am 24. April, eine Landtagssitzung. Wir wissen alle miteinander, dass die Tagesordnung ungewöhnlich schütter war, nicht sonderlich spektakulär, fast schon langweilig. Aber die Opposition und die ÖVP hat diese Tagesordnung nicht genutzt oder diesen Anlass nicht genutzt, um eine Aktuelle Stunde zu beantragen, um eine dringliche Anfrage einzubringen, um einen Dringlichkeitsantrag zu stellen, weil es ihr nicht um die Sache ging und weil sie das Ganze auch nicht für so sonderlich dringend erachtet hat, sondern weil sie bereits den Plan gefasst hatte, eine Sondersitzung zu diesem Thema zu machen, meine Damen und Herren, weil sie eben sich und das Thema im Rahmen einer Sondersitzung inszenieren wollten.

Sie haben nicht einmal eine normale Vorlage eingebracht, die wir im Übrigen bereits kommende Woche im Ausschuss behandeln hätten können und am 18. Mai in der nächsten Landtagssitzung. Die Sache war Ihnen egal, Sie wollten das große Kino, das ist legitim, gar keine Frage, aber es ist ebenso durchschaubar.

Zweiter Abschnitt, welche Vorwürfe erhebt die Opposition? Das sind im Wesentlichen zwei Vorwürfe, das eine betrifft die Zustellung eines Schriftstückes, das sind die Vorgangsweise und die mangelnde Transparenz. Es war jetzt schon viel die Rede davon, wie es im ausgelagerten Bereich aussieht. Sie wissen das auch, dass ich der Meinung bin, dass in ausgelagerten Bereichen die parlamentarische Kontrolle nicht unbedingt zum Besten steht.

Dieser Auffassung waren wir Freiheitlichen schon immer. Wir sind dieser Auffassung nach wie vor, daran hat sich nichts geändert. Ein Zustand übrigens, der Kollege Sagartz hat es eingestanden, an dem ja die ÖVP nicht ganz unbeteiligt ist. Ein Zustand jedenfalls, der auch aus Sicht von uns Freiheitlichen eben nicht befriedigend ist und durchaus Thema der nächsten Gespräche zu einer kommenden Verfassungsreform sein sollte. Wobei ich schon auch der Vollständigkeit halber auf zwei Dinge hinweise. Es geht hier auch um gesellschaftsrechtliche Fragen, die nicht in unserem Einfluss stehen.

Man muss auch sagen, dass gewisse Dinge im ausgelagerten Bereich sicherlich besser aufgehoben sind, weil der Staat nicht immer der beste Unternehmer ist und die Dinge privatwirtschaftlich oft besser geregelt werden können. Aber man muss hier eben den Spagat schaffen zwischen Auslagerung und parlamentarischer Kontrolle. Das was momentan zum Vorwurf formuliert wird in Sachen KRAGES, hat jetzt, meiner Meinung nach, wenn es um den Vorwurf der mangelnden Transparenz geht, bisher nur am Rande mit der Auslagerungsproblematik zu tun.

Ich behaupte, das sage ich ganz offen, ich behaupte nicht, dass die Kommunikation in dieser Angelegenheit zu jedem Zeitpunkt optimal gelaufen ist. (*Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das hast Du jetzt schön gesagt!*) Aber so sehr ich als neugieriger Parlamentarier, und der bin ich auch, gerne mehr wüsste, so sehr verstehe ich die Zurückhaltung der KRAGES und der Landesregierung in dieser Sache, aus mehreren Gründen.

Da geht es einerseits einmal darum, dass man auch ehemaligen Mitarbeitern gegenüber eine gewisse Verantwortung hat, sprich darauf schauen muss, dass sie das Gesicht in der Öffentlichkeit nicht verlieren, dass sie nicht so beschädigt werden, dass sie nirgends mehr gerade in der Branche unterkommen und zweitens, ist in so einer Fallkonstellation vollkommen klar, dass gerichtliche Verfahren alles andere als unwahrscheinlich sind und eine Landesregierung, die in so einem Falle eine zu offensive Informationspolitik die Position im eigenen Verfahren verschlechtern würde, die würde grob fahrlässig handeln im Endeffekt zum Schaden des Landes und der Steuerzahler.

Das wissen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, ganz genau. Das heißt, im Ergebnis ist der Vorwurf der mangelnden Transparenz zwar emotional verständlich, es ist auch politisch logisch, was da von der Opposition geäußert wird, das gilt im Übrigen auch für die Medien. Ich verstehe, dass man neugierig ist, ich bin es ja selber auch. Ich weiß auch nicht mehr, als in den Zeitungen steht. Aber politisch läuft dieser Vorwurf im Endeffekt aufgrund der Umstände ins Leere.

So und jetzt dritter Abschnitt zur Sache selbst und insbesondere zum Dringlichkeitsantrag der Opposition. Gerade als gelernter Oppositionspolitiker habe ich ja für die Sondersitzung und diese Inszenierung noch ein gewisses Verständnis für den Dringlichkeitsantrag, mit dem der Landes-Rechnungshof beauftragt werden soll. Inhaltlich allerdings nicht. Das sage ich klar und deutlich. Denn was wollen Sie vom Landes-Rechnungshof?

Das was Sie als Prüfumfang umschreiben, ist fast schon eine Provokation. Es ist jedenfalls unseriös. Denn Sie wollen im Kern, dass der Landes-Rechnungshof quasi gutachterlich nicht nur in gesellschaftsrechtlichen Fragen, das ist sicherlich in Ordnung, sondern vor allem in arbeitsrechtlichen Fragen aktiv wird und praktisch begleitend kontrolliert in einer Situation, wo es zu einem Arbeitsrechtsprozess kommen wird. Ich bin mir persönlich nicht einmal sicher, ob der Landes-Rechnungshof das überhaupt darf.

Der Herr Direktor wird sich damit zu befassen haben. (*Abg. Mag. Michaela Resetar: Er wird es schon wissen!*) Ich bin auf jeden Fall der Meinung, dass es auf jeden Fall nicht ist, wenn hier begleitend der Rechnungshof zu einem gerichtlichen Verfahren in dieser Form tätig wird. Die Frage ob gesellschafts- und ob vor allem arbeitsrechtlich korrekt gehandelt wurde in dieser Angelegenheit, meine Damen und Herren, das ist einzig und alleine Sache der Gerichte, nur Sache der zuständigen Gerichte. Mir ist schon klar, dass das jetzt politisch für den einen oder anderen unbefriedigend ist.

Aber man muss auch darauf hinweisen, dass zum jetzigen Zeitpunkt ja auch in der KRAGES interne Prüfungen, soweit ich weiß, noch nicht endgültig abgeschlossen sind. Das heißt, es handelt sich in mehrfacher Hinsicht um ein offenes Verfahren. Das heißt, man könnte auch in Frage stellen, ob es zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt einen Sinn macht den Landes-Rechnungshof mit der Sache zu befassen.

Ich glaube, dass Sie das auch in Wirklichkeit ganz genau wissen, dass Sie halt nur politisch darauf abzielen, dass die Koalition Ihrem Antrag nicht stattgibt, was wir im Übrigen auch nicht werden. Wir werden einen Abänderungsantrag dazu einbringen. Der Landes-Rechnungshof wird also befasst werden, nur in einer anderen Form als Sie sich

das vorstellen. Im Übrigen, Kollege Sagartz hat es erwähnt, wurde der Rechnungshof in Wien bereits gebeten sich der Sache anzunehmen.

Ich verstehe in diesem Zusammenhang die Aufregung überhaupt nicht. Soweit ich das in der Zeitung gelesen habe, bezieht sich die Landesregierung hier auf denselben Artikel im Bundesverfassungsgesetz, auf den sich auch der ÖVP-Klub bei seinen Anträgen an den Rechnungshof beruft, nämlich die besonderen Akte der Gebarungsprüfung, ja und ob der Rechnungshof unter Umständen entscheidet, einen bereits bestehenden Antrag auszuweiten, die Dinge zu verheiraten oder nicht. Ich sage ganz ehrlich, das ist aus meiner Sicht nicht das Problem. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Lösung...!)*

Die Regierung hat hier auf jeden Fall richtig gehandelt, es liegt hier ein verbindlicher Antrag, ein verbindliches Verlangen der Landesregierung vor und *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber kennen tun wir es nicht und Sie auch nicht!)* der Rechnungshof in Wien wird sich damit befassen müssen.

Nein, Herr Kollege Sagartz, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Naja, einen Antrag haben Sie zerpfückt und den anderen kenne ich nicht mehr!)* ich weiß nicht was Sie glauben, wie die Regierung arbeitet. Aber wenn sich die Regierung auf Grundlage des Bundesverfassungsgesetzes an den Rechnungshof in Wien wendet, dann wird das in Ordnung sein und der Rechnungshof wird sich der Sache annehmen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das hätten Sie vor ein paar Jahren wahrscheinlich genauso formuliert in der Opposition! Garantiert, oder?)*

Nochmal die Frage, Herr Kollege Sagartz, die Frage ob der Rechnungshof in Wien jetzt eine bereits bestehende Prüfung im Burgenland im Zusammenhang mit der KRAGES oder dem Spital in Oberwart prüferteammäßig, organisatorisch mit dem Antrag der Regierung jetzt sozusagen verheiratet, ist eine, wie gesagt, organisatorische Frage. Ich verstehe den politischen Vorwurf nicht.

Sie werfen einerseits vor, dass die Regierung nicht handelt, dann handelt sie, beauftragt den Rechnungshof und jetzt konstruieren Sie wieder einen Vorwurf daraus. Das ist gekünstelt bis zum geht nicht mehr. Dieser Auftrag ist sicherlich in Ordnung. Ich meine ich weiß nicht, was Sie glauben, dass im Haus lauter Idioten arbeiten? Das ist sicherlich nicht der Fall. Ich möchte auf einen Aspekt noch hinweisen, weil es heute einen Auftrag an den Landes-Rechnungshof geben wird.

Wir haben das letzte Mal den Tätigkeitsbericht des Landes-Rechnungshofes behandelt und ich habe dort gesagt, dass es ein wesentliches Merkmal der Unabhängigkeit des Landes-Rechnungshofes ist, ob er auch Platz für Initiativprüfungen hat. Wir werden, wie gesagt, diesen Antrag heute abschicken. Aber ich weise darauf hin, dass sich im Landes-Rechnungshof die Antragsprüfungen jetzt langsam zu stapeln beginnen und dass wir auch das im Auge haben sollten und daher uns umso genauer die Frage stellen sollten, in welchen Fällen und zu welchen Zeitpunkten es ratsam ist, den Landes-Rechnungshof zu Rate zu ziehen.

So, zur Abberufung und Entlassung des Geschäftsführers. Ich habe es schon erwähnt, ich weiß auch nur das, was Sie wissen, was in der Zeitung gestanden ist, was uns der Landesrat letzte Woche im Rahmen der Landtagssitzung gesagt hat. Es wurden im Wesentlichen vier Entlassungsgründe genannt: Prüfungsbehinderung, es geht um unberechtigte Gehaltsauszahlungen, es geht um Verträge zum Nachteil der KRAGES und es geht um unerklärbare Abwesenheiten.

Das ist die Begründung, die die Landesregierung abgegeben hat, die eben auch in den Medien nachzulesen war. Es sind möglicherweise noch gar nicht alle Gründe. Aber ich halte hier von dieser Stelle aus einmal fest, dass schon jeder Grund für sich, so er zutrifft, eine Entlassung jedenfalls rechtfertigt. Ich vertraue hier der Landesregierung, ich vertraue hier dem Eigentümer und seinen Vertretern, weil diese Skepsis, muss ich ganz ehrlich sagen, bei allem politischen Verständnis verstehe ich nicht, weil ich weiß nicht was Sie glauben, wie hier in der Regierung gearbeitet wird.

Dass der Herr Landeshauptmann oder irgendein Regierungsmitglied in der Früh ins Büro kommt, vielleicht einen schlechten Tag hat wie wir das alle haben und dann sagt na heute lasse ich irgendeinen Kopf rollen? So läuft es ganz bestimmt nicht. (*Allgemeine Heiterkeit*) Es gab eine Prüfung im Vorfeld über die geplante Eingliederung der KRAGES in die Landesholding, meine Damen und Herren.

Es gab Feststellungen der Prüfer. Diesen Feststellungen sind Empfehlungen von Seiten der Prüfer gefolgt und diesen Empfehlungen wurde Folge geleistet und der Rest ist Sache der Gerichte. Diese Regierung hat richtig gehandelt. Sie hat umfassend gehandelt. Ich würde mir jetzt nämlich gerne die umgekehrte Geschichte anhören, wenn Sie gehört hätten, dass es Empfehlungen der Prüfer gibt zu handeln, abzugeben, zu entlassen und die Regierung hätte es nicht gemacht.

Dann hätten wir wahrscheinlich genauso eine Sonderlandtagssitzung mit umgekehrten Vorwürfen. Dann hätten Sie das Blatt umgedreht. Im Endeffekt bleibt von Ihren Vorwürfen wenig über. Sie sind ja wenigstens so ehrlich, dass Sie schon in der letzten Landtagssitzung auch heute wieder gesagt haben, dass es Ihnen im Großen und Ganzen um die Zustellung dieses Schriftstückes geht, sprich die Vorgehensweise. (*Abg. Walter Temmel: Das ist ein Skandal!*)

Ich wundere mich im Übrigen (*Abg. Walter Temmel: Das ist ein Skandal!*) heute noch darüber, Herr Kollege Sagartz, ich wundere mich heute noch darüber, dass Sie die, ich sage jetzt einmal so, die Härte haben, auch im Schutz der parlamentarischen Immunität den Anwälten Hausfriedensbruch vorzuwerfen, immerhin ein Straftatbestand. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA*)

Im Übrigen, der Kollege Steiner kennt ja einen der Anwälte auch ganz gut. Das ist ein Vertrauensmann, der die Vergaberechtsverfahren in Eisenstadt (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Bitte?*) für die Stadtgemeinde abwickelt. Das ist auf jeden Fall für mich kein Stil. Wir waren bei diesem Ereignis in Gloggnitz alle nicht dabei und jemandem Hausfriedensbruch zu unterstellen, einen Straftatbestand, meine Damen und Herren, das würde ich mir zweimal überlegen, auch wenn ich noch so immun bin, rechtlich. Es sind unterm Strich also nur Mutmaßungen, die die Opposition hier zum Besten geben kann und haltlose Verdächtigungen.

Es handelt sich eben um eine Inszenierung. Eine Inszenierung, die natürlich auch damit zu tun hat, dass Sie mit einer Koalition oder einer Regierung konfrontiert sind, die ihre Arbeit jetzt seit zwei Jahren hervorragend erledigt, die erfolgreich ist, die vor allem auch Umfragewerte vorweisen kann die, ich sage jetzt einmal so, historisch ungewöhnlich sind, weil wir eine Situation haben, wo innerhalb einer Koalition zwei Parteien zumindest gleichbleiben oder sogar dazugewinnen.

Im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren. Ja, wie gesagt, Inszenierung gehört zum Geschäft. Aber es ist eben nicht mehr als Inszenierung. Wir werden uns von unserem Weg nicht abbringen lassen und in der Sache, meine Damen und Herren, werden die Gerichte entscheiden, ob die Regierung hier korrekt gehandelt hat oder eben nicht. (*Beifall bei der FPÖ und SPÖ*)

**Präsident Christian Illedits:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Ullram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Markus Ullram (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Herr Klubobmann Molnár, es ist spannend, was Sie jetzt zum Besten gegeben haben. Zum einen habe ich noch nicht gehört, dass ein Klubobmann einer Regierungspartei zum Besten gibt, dass eine Landtagssitzung langweilig ist. Ich weiß nicht, wo Sie beim letzten Mal waren.

Sie haben es eigentlich in der Hand, nein eigentlich nicht, eigentlich hat es die SPÖ in der Hand, Sie müssen ja nur zustimmen in der Hinsicht. Die Kontrolle insgesamt, dass Sie selbst sagen, dass sie viel zu wenig ist, und dass es eigentlich unterstützt gehört, dass das ausgeweitet wird und dass der Parlamentarismus eigentlich auch mehr dazu beitragen kann, ist auch etwas Seltsames als Regierungspartner. Dass Transparenz vom Klubobmann so hinterfragt wird, dass ich nicht mehr weiß, wie das was in der Zeitung steht, ich gehe einmal davon aus, dass es schon mehrere Regierungssitzungen waren. Abgesehen, dass die Regierungssitzungen ja nicht mehr so häufig sind wie früher, aber ich nehme einmal an, dass es einmal eine gegeben hat, in der man auch über diese Causa gesprochen hat und dass man sich... (*Abg. Géza Molnár: Bin ich in der Regierung?*)

Von dem gehe ich einmal aus. (*Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Aber Du hast die Information bekommen!*) Dass ein Abänderungsantrag zu so einem Dringlichkeitsantrag gestellt wird, finde ich schon etwas eigenartig, muss man ehrlicherweise sagen. Gegen Kontrolle insgesamt kann man ja nichts sagen, das ist ja legitim. Heute ist das schon einmal in den Mund genommen worden.

Wenn die Gemeinden überprüft werden, was die alles machen müssen mit Verträgen, mit Dienstverträgen und so weiter, ein jeder muss in der Gemeinde, wenn eine Prüfung ist, die Hose runterlassen. Wo lässt da das Land die Hosen runter? Bei keinem einzigen Punkt. Wir als Parlamentarier werden einfach ausgeschaltet, weil alles ausgelagert wird.

Da darf man nichts mehr fragen, da erfährt man nichts mehr, da passiert auch nichts mehr. (*Abg. Géza Molnár: Wer hat die Rechtskontrolle gemacht?*) Dann waren wir vorher in der Opposition, wie Sie immer sagen, und dann, wenn wir in der Regierung sind, ist es eigentlich schon wieder uninteressant, weil dann muss man ja eigentlich mit dem Regierungspartner mithalten. (*Abg. Géza Molnár: Sie widersprechen sich.*)

Bezüglich Ihrer angesprochenen Anfragen, heute schon um zehn Uhr in der Früh. Nach Ihrer Aussage, Herr Klubobmann, müssen wir ja dann die nächste Anfrage stellen, Herr Klubobmann Molnár. Die nächste Anfrage müsste dann sein: Wie viele schlechte Tage hat der Herr Landeshauptmann oder ein Regierungsmitglied? Wie viele Köpfe rollen dann noch? Oder, wie ist das nachher? Wie ist das jetzt auszulegen, wie Sie das vorher gemeint haben? (*Abg. Doris Prohaska: Nicht verstanden! Peinlich!*)

Tatsache ist, dass zu den ganzen Vorgehensweisen, Herangehensweisen an dieser ganzen Sache, wie das Ganze passiert ist, viele verschiedene Aussagen getätigt worden sind. Wie eigentlich ein Parteisekretär dazukommt, dass er mehrere Presseaussendungen macht, im Facebook Aussendungen macht und so weiter, wie der zu diesen Informationen kommt? Wir haben das nicht gehabt.

Ich habe nirgends noch eine Information bekommen, als Mandatar dieses Hauses, was da jetzt genau passiert ist, wie diese Vorgehensweise war. Der Parteisekretär der

SPÖ hat das alles gehabt. Der kann eine Aussendung machen, wo er sagt, die Vorstellungen des Landes im Gesundheitsbereich sind nicht wie erwartet umgesetzt worden. Wo er sagt, Unregelmäßigkeiten hat es gegeben, wo Prüfungen hintangehalten worden sind. Wo er sagt, der Regionale Strukturplan Gesundheit ist nicht dementsprechend, den Erwartungen des Landes entsprechend, umgesetzt worden.

Wo er sagt, die Schließung der HNO-Abteilung genauso wie der Herzkatheter-Station im Krankenhaus Eisenstadt war ein großes Thema, wie auch die Betten, die Intensivbetten, die Aufstockung, wo er sich dagegen verwehrt hat. Das hat der Herr Parteisekretär der SPÖ gesagt. Das kann man in mehreren Aussendungen in der APA und so weiter, auch im „Standard“ nachlesen.

Dann hat es vorgestern einen Bericht gegeben, ein Interview in den „Bezirksblättern“. Der Herr Chefredakteur ist heute auch zugegen, wo er den Direktor Maurer der Barmherzigen Brüder interviewt hat. Hoch interessant! Da wird er gefragt, wie das vor sich gegangen ist, mit der Herzkatheter-Station und mit der HNO-Abteilung, ob diese geschlossen werden hätte sollen. Das bestätigt er, und dann sagt er aber dazu, die Politik hat es aber gerichtet. Nicht der Schnedl hat es gerichtet, oder sonst irgendwer, die Politik hat es gerichtet. Dazu wird der Klubobmann der SPÖ dann sogar zitiert und - das ist bemerkenswert - hat gesagt, und jetzt ist es Chefsache.

Das heißt, der Chef entscheidet, was dort jetzt passiert. *(Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Gott sei Dank! - Abg. Ilse Benkö: So schaut es aus.)* Genau! So schaut es aus. Genau! Das ist die Aussage dazu, so schaut es aus bei uns.

Was ich positiv finde ist, dass nichts zugesperrt worden ist, dass dort nichts passiert ist, ist ja auch in Ordnung, Herr Landeshauptmann. Fände ich auch in Ordnung, dass man die HNO behält, die Herzkatheter-Station behält, ist ja auch in Ordnung so. Soll auch so sein! *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Hättest Du wollen, dass die Herzkatheter-Station weggommt?)* Eben nicht, habe ich ja gerade gesagt, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Du musst mir bitte zuhören. Ich habe gerade gesagt, dass ich das in Ordnung finde, dass das so ist.

Wenn der Chef das so entscheidet und es bleibt so zum Wohle unserer Burgenländerinnen und Burgenländer, dann ist das ja in Ordnung. Absolut. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Ich stehe auch dazu!)*

Dann hat es einen Antrag von den Barmherzigen Brüdern gegeben, 1,1 Millionen Euro für die Erweiterung der Intensivbetten. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Ich stehe auch dazu!)* Es hat einen Antrag gegeben. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Wo ist das Problem?)* Dieser Antrag ist nicht umgesetzt worden, sondern es ist dieser reduziert worden und somit konnten die weiteren vier Betten, Intensivbetten, nicht damit finanziert werden. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Ich stehe dazu. Wo ist denn das Problem? – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein weiterer Punkt in diesem Interview war, dass es schon stimmt, dass der KRAGES-Geschäftsführer keinen direkten Einfluss auf das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder hat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat wen jetzt ... - Abg. Walter Temmel: Aha!)* So! *(Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Niessl)*

Jetzt nehme ich die Aussagen her von Parteisekretär Dax, dann nehme ich die Aussagen her von Direktor Maurer und dann kommt der Herr Landesrat, der zuständige Landesrat Darabos dran, Aufsichtsratsvorsitzender der KRAGES, oberstes Kontrollorgan - gibt keinen höheren. Der Aufsichtsrat: Was hat der Aufsichtsrat eigentlich für Aufgaben? Ein Aufsichtsrat hat keine, Herr Landesrat, Sie werden das wissen, nehme ich an, Sie

haben ja auch - Sie als Vorsitzender mit Ihren Kollegen - fachliche Kompetenz, ausreichende Kenntnis des Unternehmens und entsprechender Zeiteinsatz, so sind die Aufgaben eines Aufsichtsrates ja auch wahrzunehmen. So lernt man es auch und so steht es auch in allen Büchern.

Wenn ich heute Aufsichtsratsvorsitzender bin und der Parteisekretär der eigenen Partei hergeht und sagt, was da eigentlich alles war, warum dieser Herr Schnedl eigentlich so hinausgeschmissen worden ist, dass es so dringlich ist, dass sogar ein Polizeieinsatz notwendig war, (*Abg. Géza Molnár: Polizei heißt noch gar nichts.*) dann wundere ich mich, Herr Landesrat, dass Sie dann sagen, wo immer gesagt wird, der Strukturplan war schuld und so weiter, und das hat der Schnedl alles nicht wollen und der hat nicht gehört und so weiter. Dann sind Sie hergegangen, am 19. April, Ihre Aussage in der APA, sagt der Herr Landesrat Darabos, wortwörtlich: „Mit der gesundheitspolitischen Strategie des Burgenlandes oder der Erstellung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit habe die Entlassung nichts zu tun.“

Jetzt frage ich mich schon, und für das brauchen wir sehr wohl eine Aufklärung und darum gibt es auch heute einen Sonderlandtag, dass wir hoffentlich erfahren, warum was jetzt passiert ist. Warum ist diese harte Vorgangsweise gewählt worden? Warum ist eigentlich so mit den Leuten umgegangen worden?

Und da passt es, eins zu eins, und das darf ich auch zitieren, nochmals zitieren, wie heute schon angesprochen, die Aussage des SPÖ-Mandatars - ehemaliger Gesundheitslandesrat -, was sehr gut dazu passt. Er hat nämlich wortwörtlich gesagt: „Es ist ein Wahnsinn, wie die Mitarbeiter behandelt werden. Für mich ist das ein Ausdruck des Systems Niessl. Wer anderer Meinung ist, fliegt. Diese Vorgangsweise erinnert fast schon an Nordkorea.“

Dann habe ich noch eine spannende Geschichte zu den Aussagen von Parteisekretär Dax gefunden. Der gibt im Facebook preis, wie er das alles geschrieben gehabt hat und so weiter, warum er das getan hat. Nicht nur, weil jetzt von der SPÖ gerade niemand da war, sondern er sagt dort: „Und im Endeffekt ging es ja nicht um eine inhaltliche Verteidigung, sondern um Präsenz.“ Wo wer was inszeniert, möchte ich dann hinterfragen. (*Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau!*)

Weiters finde ich spannend, habe ich auch nicht gewusst, heute ist im Antrag des Herrn Präsidenten, er hat es vorgelesen, wer den Antrag zur heutigen Sondersitzung gestellt hat. Es waren die ÖVP, die Liste Burgenland, die GRÜNEN und der freie Abgeordnete Steier. (*Abg. Ingrid Salamon: Der beleidigt ist.*)

Der Parteisekretär der SPÖ hat das noch nicht ganz mitbekommen, weil der schreibt: „Ich verstehe bis heute nicht, was das System Niessl sein soll. Der Gerhard Steier war ja auch bei der ÖVP-Pressekonferenz dabei, der gehört ja auch zum System Niessl.“ Spannende Geschichte. (*Heiterkeit in den Reihen der ÖVP*) Also irgendwo ist da etwas vorbeigegangen.

Und zu dieser Aussage des ehemaligen Herrn Landesrates Rezar, die ich vorher zitiert habe, sagt der Parteisekretär weiters - eine wichtige Person übrigens in dieser Regierung, anscheinend -, dass das „eine persönliche Meinung ist“, die gewissermaßen eine beleidigte Leberwurst, die im persönlichen Kampf gegen den Landeshauptmann ist, - also da muss ich schon fragen.

Wenn ich in meinen eigenen Reihen, wenn ich Parteivorsitzender, Herr Landeshauptmann, (*Landeshauptmann Hans Niessl: Das werden Sie eh nie werden.*) und

ich hätte in der ersten Reihe vor mir solche Leute sitzen, dann ist das auch eine spannende Sache, wie man mit den eigenen Persönlichkeiten natürlich umgeht.

Wir wollen eigentlich nichts anderes, als wie mit diesem Sonderlandtag zumindest einen Teil dazu beitragen können, dass Transparenz, Aufklärung herrscht und dass wir endlich einmal erfahren, was da wirklich vorgefallen ist, warum dieser Herr Schnedl so in Ungnade gefallen ist.

Es gibt mehrere Aussagen des Herrn Landesrates, des Parteisekretärs und was alles in der Presse gestanden ist. Die Blauen wissen auch nicht mehr, die wollen es wahrscheinlich auch wissen, weil sie lesen nur in der Zeitung, was gerade passiert, und darum sind wir genauso neugierig. (*Abg. Géza Molnár: ... so wie Sie.*)

Für Transparenz und Offenheit und vor allem für eine Kontrolle und eine Prüfung durch den Landes-Rechnungshof! Dagegen kann kein Mensch etwas sagen, und ich erwarte mir dadurch auch eine einstimmige Beschlussfassung dieses Antrages. (*Beifall bei der ÖVP*)

**Präsident Christian Illedits:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubomann Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute im Sonderlandtag, und der Sonderlandtag ist etwas Besonderes. Er findet nicht jeden Tag statt, sondern ist wirklich etwas Besonderes. Es ist ein besonderes Instrument des Burgenländischen Landtages, und der letzte Sonderlandtag liegt schon einige Jahre zurück, nämlich sieben Jahre. (*Abg. Manfred Kölly: Eberau!*)

Damals gab es einen Sonderlandtag, richtig Herr Kollege Kölly, zu einem ÖVP-Projekt, (*Abg. Manfred Kölly: Das haben wir eh abgedreht.*) nämlich zu einem ÖVP-Projekt, das die damalige ÖVP-Innenministerin im Burgenland umsetzen wollte. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Passt eh. Alles gelingt uns nicht.*) Es ging damals über ein überdimensioniertes Asylzentrum, (*Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat das inszeniert?*) dabei kam ein Sonderlandtag zustande. Nicht aus Inszenierung, Jux und Tollerei, sondern nach diesem Sonderlandtag gab es dann noch eine Volksbefragung, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Keine Inszenierung?*) und die Burgenländerinnen und Burgenländer haben sich damals klar ausgesprochen, was sie von dem ÖVP-Projekt halten.

Also, ein Sonderlandtag findet nicht jeden Tag statt, sondern der letzte ist sieben Jahre zurück, aufgrund eines ÖVP-Projektes, das damals verhindert wurde.

Auch dringliche Anträge sind kein Mittel, das jeden Tag benutzt wird, es ist ein dringliches Begehren von Abgeordneten, das durchaus wichtig ist, aber sehr selten eingesetzt wird, in den letzten zehn Jahren sehr gering eingesetzt wurde, weil es eben etwas ganz Besonderes ist.

Auch die dringlichen Anfragen sind ebenfalls ganz besondere Möglichkeiten für Abgeordnete des Hohen Hauses, und daher kommen sie auch ganz selten zum Tragen, weil es eben etwas ganz Besonderes ist.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten erst am 27. April die letzte Landtagssitzung, also sage und schreibe vor acht Tagen. Vor rund einer Woche haben wir hier im Hohen Haus beieinandergesessen, mehrere Beschlüsse gefasst, diskutiert und unter anderem gab es ein Riesenthema. Ein Riesenthema! Ich weiß gar nicht, wie viel Zeit

wir dafür verwendet haben, aber eine Diskussion rund um die Gesundheitspolitik, eine Diskussion rund um die KRAGES, (*Abg. Manfred Kölly: Suizid! Abgedreht, nur dass man es weiß. Habt Ihr abgelehnt.*) die einen sehr großen Part in dieser Landtagssitzung eingenommen hat.

Lange Diskussionen von allen im Landtag vertretenen Parteien waren an der Tagesordnung. Insbesondere die Opposition hat ihre Positionen hier formuliert und sich auch positioniert. Argumente wurden ausgetauscht, Standpunkte wurden klar formuliert - für, gegen -, wie auch immer. Landesrat Darabos hat sich ausführlich dazu gemeldet, hat ausführlich Stellung genommen.

Warum sage ich das? Einige Stunden nach dieser Landtagssitzung - einige Stunden nach dieser Landtagssitzung! - geht eine Einladung zu einer Pressekonferenz an die burgenländischen Medien, wo die Oppositionsparteien, federführend natürlich von der ÖVP, zu einer Pressekonferenz einladen, (*Abg. Manfred Kölly: Nein! Hallo! Ich habe das vorgeschlagen.*) wo sie ankündigen, einen Sonderlandtag zu machen. (*Abg. Manfred Kölly: Ich habe das vorgeschlagen. Hallo, aufpassen!*)

Wissen Sie, zu was für einem Thema? Richtig! Zur KRAGES! (*Abg. Manfred Kölly: Du liegst falsch. Das war meine Idee!*) Ich habe mir nur gedacht, als ich das gelesen habe, was wird sich jetzt der politische Beobachter von dieser Aktion denken? (*Abg. Manfred Kölly: Ihr müsst aufpassen, von Eurer Partei.*) Rund eine Woche nach der letzten Landtagssitzung sitzen wir, stehen wir, hier im Sonderlandtag, zum gleichen Thema, das wir ausführlichst vor rund acht Tagen behandelt haben.

Eine Woche danach, die nächste offizielle Sitzung wäre schon am 18. Mai, auch wenn das normal eingelaufen wäre, wäre es kommende Woche in den Ausschüssen behandelt worden und wäre in der nächsten Sitzung, die schon am 18. Mai planmäßig stattfindet, behandelt worden. Also fragen sich natürlich alle, vor allem die Burgenländerinnen und Burgenländer, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Sicherlich.*) was ist denn jetzt so dringlich? Warum gibt es denn jetzt einen Sonderlandtag? Gibt es etwas Neues? (*Abg. Walter Temmel: Das System.*)

Wir waren alle gespannt, was heute die ÖVP an Besonderheiten liefern wird. Ich glaube nicht nur wir, sondern die Burgenländerinnen und Burgenländer werden heute ordentlich enttäuscht. Es gibt nichts Neues. Keine neuen Fakten, keine neuen Angelegenheiten, die hier präsentiert werden. Also, warum gibt es etwas Neues? Nein, es gibt nichts! Komisch!

Also, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, es geht Ihnen ausschließlich - ausschließlich! - um Parteipolitik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ob Sie es hören wollen oder nicht, Sie missbrauchen den Burgenländischen Landtag für eine inhaltslose Inszenierung, für eine parteipolitisch motivierte Inszenierung auf Steuerzahlers' Kosten. (*Abg. Manfred Kölly: Geh!*) Und das müssen Sie dem Steuerzahler, der Steuerzahlerin einmal erklären, (*Abg. Manfred Kölly: Wir kriegen sowieso bezahlt.*) dass Sie diese inhaltsleere Inszenierung hier durchführen. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ*)

Ich sage Ihnen ganz offen, Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, im Rückblick der letzten Landtagssitzung und der kommenden schon am 18. Mai würde ich mich schämen. Ich würde mich schämen, so eine Inszenierung hier zu machen, das ist der Missbrauch des Hohen Landtages für eine Inszenierung, die inhaltsleer und parteipolitisch motiviert ist. Ich würde mich in Grund und Boden schämen für Ihr Vorgehen. (*Beifall bei der SPÖ*)

und FPÖ – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Herr Präsident, das geht zu weit. - Abg. Walter Temmel: Kontrollorgan! Wir sind die Kontrolle. Der Landtag kontrolliert.)

Hohes Haus! Aber es wird sichtbar, es geht der ÖVP nicht um verantwortungsvolle Gesundheitspolitik, sondern es geht der ÖVP ausschließlich um Fake-Skandale. (Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sagst Du in der Sache auch etwas? – Abg. Ingrid Salamon: Horch zu! – Abg. Doris Prohaska: Damit Du es verstehst.) Fake-Skandale, die man versucht zu inszenieren und jedes Mal einen Bauchfleck macht.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen der GRÜNEN und der Liste Burgenland! Ich bedaure wirklich, dass Sie sich für so etwas hergeben und sich vor diesen schwarzen Karren spannen lassen, (Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die ersten sechs Minuten sind schon um.) für diese Inszenierungen, das hätte ich mir so nicht gedacht.

Aber ich halte schon fest, wir können uns jeden Tag hersetzen. (Abg. Manfred Kölly: In den Gemeinden, wo Ihr in Opposition seid, müsst Ihr mal reinschauen. – Abg. Ingrid Salamon: Wir sind im Landtag.) Herr Kollege Kölly, wir können uns jeden Tag zu einem Sonderlandtag zusammenfinden, wir werden dafür bezahlt, wir sind auch gewählt, also, wir können uns jeden Tag hier zusammensetzen.

Aber, Herr Kollege Sagartz, zumindest eine Substanz sollten diese Sonderlandtage haben. Substanz wäre wenigstens angebracht! (Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Tragen Sie etwas dazu bei! Sagen Sie etwas dazu!) Das ist wirklich nur mehr Jux und Tollerei, das ist eigentlich wirklich beschämend. (Abg. Walter Temmel: Frag' den Rezar!)

Herr Kollege Sagartz, wissen Sie, was noch passiert ist? Es sind sogar dieselben Argumente ausgetauscht worden. Sie können das Protokoll der letzten Woche hernehmen, sogar dieselben Argumente wurden gebracht. (Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sind auch dieselben Fragen.)

Das ist ja wirklich unglaublich, außer eines gibt es, gibt es Neues: Herr Kollege Kölly hat uns schon überrascht, das muss ich schon sagen, er hat nämlich die Gruppe 5, Gesundheit, Seite C-139 angesprochen und hat gesagt, 100 Millionen, stellt Euch das mal vor, was das für Geld ist, und das schreibt man einfach so hinein. (Abg. Manfred Kölly: Ja!) Jetzt bin ich etwas misstrauisch geworden, (Abg. Manfred Kölly: Hast Du raussuchen lassen? Schnell raussuchen lassen.) weil wenn das wirklich so gewesen wäre, naja, dann müsste man diskutieren.

Herr Kollege Kölly, ich möchte Sie nur darauf hinweisen, schauen Sie nach! (Abg. Manfred Kölly: Ich brauche nicht nachschauen. Ich habe es da.) Der Voranschlag für das Land Burgenland für 2017, Gruppe 5, Gesundheit - (Abg. Manfred Kölly: Ich gebe es Dir. Schwarz auf Weiß.) schauen Sie nach! -, auf der Seite 139, Herr Kollege Kölly, das sind 100 Euro. 100 Euro sind ein bisschen etwas anderes wie 100 Millionen, etwas weniger wert. (Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)

Schauen Sie sich das bitte nochmals gut an, es ist etwas anderes, aber es skizziert und beschreibt auch die heutige Landtagssitzung, wie hier von der Opposition gearbeitet wird. (Abg. Manfred Kölly: Ihr solltet nicht nachschauen müssen. Ihr solltet es auswendig wissen. Ich habe Euch nur getestet. – Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dem Herrn Präsidenten Illedits wirklich dankbar, dass er diese Sitzung auch relativ rasch und umgehend einberufen hat. (Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Korrekt!)

Herr Kollege Sagartz, und ich sage Ihnen noch was, ich sage Ihnen noch etwas. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, ich bin da.)* Wir haben heute dieser Dringlichkeit zugestimmt, sowohl die FPÖ als auch die SPÖ, aber nicht, weil wir der Meinung sind, dass das wirklich so dringlich behandelt werden müsste, sondern ausschließlich darum, weil wir die Verunsicherung der ÖVP auf Rücken der Patienten und Patientinnen und vor allem der Mitarbeiterinnen und der Mitarbeiter beenden wollen. Das muss endlich aufhören! Das haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Patientinnen und Patienten nicht verdient! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun zu den Fakten, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Neun Minuten! Jetzt kommt er zur Sache. Aber wir sollen inhaltslos sein.)* weil herumgeredet ist heute viel geworden. Nun zu den Fakten. Zur Entlassung des ehemaligen Geschäftsführers in der KRAGES.

Sie wissen alle, wie es dazu gekommen ist. Die KRAGES wurde überprüft, oder wurde einer Prüfung unterzogen, weil sie in die Landesholding eingegliedert werden soll. Über das wird ja nicht gesprochen, das ist der wahre Grund, warum es zur Prüfung kam.

Bei dieser Prüfung wurden von den Prüfern Unregelmäßigkeiten entdeckt, Unregelmäßigkeiten sind aufgetaucht. Die Prüfer, meine sehr geehrten Damen und Herren, - nicht irgendwer - die Prüfer haben daher auf Grund dieser Unregelmäßigkeiten empfohlen, den Geschäftsführer abzubellen. Nicht irgendwer! Die Prüfer haben Unregelmäßigkeiten gefunden und haben empfohlen, den Geschäftsführer abzubellen.

Der zuständige Landesrat hat diese Empfehlung angenommen und hat diese Empfehlung umgesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Darabos hat in hoher Verantwortung dem Lande gegenüber, in hoher Verantwortung des Steuerzahlers, hier die Empfehlungen der Prüfer umgesetzt. Wäre er untätig gewesen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wäre er in Erklärungsnotstand gekommen.

Ich bin überzeugt, hätten Sie davon Kenntnis erfahren, hätten wir wieder eine Sonderlandtagssitzung, wo Sie den Kollegen Darabos beschuldigt hätten, er hätte nicht reagiert. Das zeigt schon, wie Sie denken, wie Sie arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dann wird es eher unangenehm für Sie. Die Landesregierung hat nämlich Transparenz und Kontrolle sehr, sehr ernst genommen und hat den Bericht dem Bundesrechnungshof übermittelt. Das sagen Sie auch nicht! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das wissen wir nicht. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Von woher sollen wir das wissen? – Abg. Christian Sagartz, BA: Warum wissen Sie das überhaupt? – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Von woher wissen Sie das?)* Also was kann man denn noch mehr tun, als die Landesregierung hier getan hat.

Herr Kollege Sagartz, Hand aufs Herz, Herr Kollege Sagartz, Entschuldigung, weil Sie es gesagt haben, Sie werden ja nicht schmettern, also. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wo? Von wem? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wann ist das gesagt worden?)* Wer die burgenländischen Medien liest, der hat das auch gelesen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Vom Bericht ist in den Medien nicht berichtet worden.)* also hin und wieder die Zeitung lesen, wäre nicht schlecht, würden wir keine Sonderlandtage brauchen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wäre nicht schlecht, wenn man dem Landtag ...)*

Herr Kollege Sagartz, aber jetzt wirklich, Hand aufs Herz, was hätten Sie und Ihre Parteikollegen gemacht, hätten Prüfer Unregelmäßigkeiten beanstandet, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Eine ordnungsgemäße Kündigung!)* Ihnen empfohlen, Sie sollen hier tätig werden, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ordnungsgemäß!)* ich frage Sie,

Hand aufs Herz: Wie hätten Sie reagiert? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ordnungsgemäß gekündigt! – Abg. Walter Temmel: Ohne Polizei!)*

Jetzt kritisieren Sie, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Weil es nicht ordnungsgemäß war.)* und ich gebe zu, ja, die gesundheitspolitische Ausrichtung zwischen der Geschäftsführung und dem Land Burgenland war nicht kompatibel. Ja, das ist so.

Er wurde heute schon zitiert. Es gibt ein Interview in den aktuellen „Bezirksblättern“, am Mittwoch erschienen, wo der Chefredakteur Mag. Christian Uchann, den Direktor des Krankenhauses Eisenstadt, Mag. Robert Maurer interviewt hat. Ich werde nicht das gesamte Interview vorlesen *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Danke!)*, mir ist auch das völlig wurscht. Ich brauche auch kein Denkmal oder sonst irgendwas, um das geht es mir alles nicht, *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP – Abg. Ingrid Salamon: Witzig ist das nicht.)* aber ich möchte eines zitieren, die Bezirksblätter fragen den Herrn Direktor unter anderem, ich zitiere: „Unter anderem stand der Vorwurf im Raum, dass die Herzkatheter-Station und die HNO-Abteilung geschlossen werden sollen.“ Direktor Robert Maurer antwortet, ich zitiere wieder wörtlich: „Ja, die Umsetzung wurde schon sehr konkret präsentiert. Und es ist der Politik zu verdanken, dass es nicht so weit gekommen ist.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Lies weiter! Namentlich zitiert.)* Ich sage ja, ich brauche kein Denkmal. Da geht es nicht um mich, sondern da geht es darum, *(Abg. Walter Temmel: Lies weiter!)* dass die Gesundheitsversorgung im Burgenland gewährleistet wird.

Ich sage Ihnen jetzt aber schon etwas, Kollegen der ÖVP, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sind eh da.)* wer entlasse Geschäftsführer jetzt verteidigt - ich sage es Ihnen ja -, der verteidigt in einem Atemzug die Schließungspläne der HNO und der Herzchirurgie im Krankenhaus Eisenstadt mit. Ich sage das nur, und ich betone das auch! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Walter Temmel: Das glaubst Du doch selber nicht.)*

Aber mich wundert bei der ÖVP eh nichts mehr, aber gar nichts mehr. Da gibt es den Bürgermeister von Eisenstadt, der auch Abgeordneter ist, und das ist der einzige Bürgermeister weltweit, den ich kenne, der sagt, in meiner Stadt sollen die Betriebe mehr Steuern wie im Südburgenland zahlen. Das ist der einzige Bürgermeister weltweit, den ich kenne, *(Abg. Walter Temmel: Weniger, nicht mehr!)* der so etwas tut und so etwas sagt. *(Abg. Walter Temmel: Im Südburgenland weniger!)*

Jetzt verteidigt der betroffene Bürgermeister der Landeshauptstadt Eisenstadt einen Geschäftsführer, der in seiner Stadt, *(Abg. Doris Prohaska: In der eigenen Stadt mehr! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Von woher kommst Du? Aus Eisenstadt, oder?)* im Krankenhaus, das in seiner Stadt angesiedelt ist, zwei Abteilungen schließen wollte. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Geh, bitte! Wo steht das? – Abg. Walter Temmel: Wo steht das?)*

Herr Kollege Steiner, Sie sind wahrscheinlich der einzige Bürgermeister, den ich kenne, der auch das wieder so zur Kenntnis nimmt, alle anderen Bürgermeister hätten gekämpft darum, gekämpft darum, dass diese beiden Abteilungen aufrechterhalten werden. Dank der Landesregierung ist das eh der Fall. Da brauchen Sie sich keine Sorgen machen - passt schon!

Ihre Rolle ist trotzdem sehr eigen, aber es passt zum Bild der ÖVP, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil die Gesundheitspolitik war Ihnen schon immer ein Dorn im Auge. Und wieder eine Rederei, die man irgendwo daherredet, sondern wieder, diesmal nicht aus den „Bezirksblättern“, sondern diesmal aus der „BVZ“, als die damalige

Regierungskollegin der ÖVP, Resetar, drei Spitäler im Burgenland schließen und nur mehr zwei aufrechterhalten wollte.

Man sieht schon, in der gesundheitspolitischen Ausrichtung sind wir uns auch nicht einig. Wir wollen, dass die HNO und die Herzkatheter-Station aufrechtbleiben. Wir wollen, dass die Spitäler aufrechtbleiben (*Abg. Manfred Kölly: Wer finanziert es?*), da haben Sie eine andere Meinung, ist in Ordnung.

Aber Sie können sich verlassen, solange die Sozialdemokraten, solange Rot-Blau hier im Burgenland etwas zu reden hat, wird kein Spital geschlossen, da können Sie sich sicher sein. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ*)

Meine Damen und Herren, und jetzt hat sich heute auch die Personalvertretung zu Wort gemeldet, (*Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja! Vor den Karren gespannt, hast Du vorher gesagt.*) in dem Fall der Zentralbetriebsratsvorsitzende der KRAGES, der Heinz Kulovits, (*Abg. Ingrid Salamon: Das tut weh. – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP*) und der Dr. Martin Ivanschitz, auch Betriebsrat der Barmherzigen Brüder. Ich möchte schon die Pressemitteilung vorlesen.

Ich weiß, dass Ihnen das unangenehm ist (*Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein, überhaupt nicht. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Tu weiter! - Abg. Ingrid Salamon: Die möchte ich mir schon anhören.*) und nicht ins Konzept und in die Dramaturgie passt und ins Drehbuch passt, aber wenn sich die Personalvertreter von 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur heutigen Landtagssitzung zu Wort melden, dann ist meiner Meinung nach auch so viel Platz, dass man sie auch zitiert. Das möchte ich auch tun. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nein! Kulovits hat sich zu Wort gemeldet.*)

Die beiden Personalvertreter sagen Folgendes: Überschrift. „Opposition wäscht politisches Kleingeld auf Kosten der KRAGES-Beschäftigten und der Patienten - 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zum Spielball der Politik machen.“

Ich zitiere wörtlich, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: „Dieser Sonderlandtag wurde nur aus einem Grund verlangt, nämlich um politisches Kleingeld zu machen. Dadurch entsteht Unsicherheit bei den Patientinnen und Patienten, die auf die Einrichtung der KRAGES angewiesen sind; aber auch bei den Beschäftigten des Unternehmens. Dieser Sonderlandtag wird das bisher gute Image der KRAGES anpatzen“, so der Zentralbetriebsratsvorsitzende, der Heinz Kulovits.

Dr. Ivanschitz, der Arzt in Eisenstadt ist, sagt dazu, ich zitiere wörtlich: „Es ist bedauerlich und strikt abzulehnen, dass die MitarbeiterInnen und PatientInnen des Eisenstädter Krankenhauses zum Spielball der Oppositionspolitik gemacht werden.“ Sagt auch Dr. Martin Ivanschitz in seiner Funktion als stellvertretender Betriebsratsvorsitzender des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt: „Anfangs geplante Einschnitte im Krankenhaus Eisenstadt hätten für große Verunsicherung gesorgt. Die angedachte Schließung der HNO-Abteilung, der Herzkatheter-Station konnte durch das Einschreiten der Landespolitik“ - hören Sie gut zu - „durch das Einschreiten der Landespolitik verhindert werden. Dadurch ist wieder Ruhe unter den MitarbeiterInnen und den PatientInnen eingekehrt, dieses positive Arbeitsklima darf nicht neuerlich gestört werden. (*Abg. Mag. Michaela Resetar: Der kann nicht einmal lesen. Ist es nicht so? Kann nicht einmal lesen. – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP – Abg. Wolfgang Sodl: Das ist wieder typisch. Nur Du kannst es, Frau Kollegin. – Abg. Günter Kovacs: Das ist die ÖVP.*) Das Vertrauen der Patientinnen und Patienten ist unser höchstes Gut.“

Und jetzt war ich schon etwas erstaunt, dass man dann noch sagt, wir kritisieren Personalvertreter, Betriebsräte von 3.500 Menschen, (*Abg. Ingrid Salamon: Die gewählt*

worden sind von ihnen.) dass sich die zu Wort melden, im Sinne ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, da bin ich schon etwas verwundert, (Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was ist mit unseren? Der LBL, GRÜNEN, Schwarzen?) aber passt ja auch wieder in das Bild der ÖVP.

Ich kann mich noch erinnern, vor einigen Monaten, wie der Kollege Wolf gesagt hat, Gewerkschaften braucht man eh nicht mehr und dergleichen und da wissen wir, wie das einzuordnen ist.

So, meine Damen und Herren, jetzt könnten wir sagen, ja, die Betriebsräte, und so weiter. Es gibt aber noch jemanden, der sich zu Wort gemeldet hat, nämlich gestern. Es war immerhin der Ärztekammerpräsident des Burgenlandes. (Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo arbeitet der?) Entschuldigung, er ist Ärztekammerpräsident. Wollen Sie auf den jetzt auch losgehen? Wollen Sie auf den auch losgehen, ich weiß nicht.

Er sagt: (Abg. Mag. Michaela Resetar: Wo arbeitet der? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Lesen Sie auch das vor!) „Chancen für Neustart nutzen statt parteipolitisches Hick-Hack.“

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! „Statt parteipolitisches Hick-Hack. (Abg. Walter Temmel: Alle müssen anrücken. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Alle müssen ausrücken.) Es müsse endlich Ruhe in diese leidliche Causa einkehren. Der Schaden, der für das Unternehmen und damit auch für die Gesundheitsvorsorge im Burgenland entstanden ist, ist schon enorm groß.“

Also, das sind lauter Betroffene - Patientinnen, Patienten, Ärztinnen, Ärzte, Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich ersuche Sie wirklich, denken Sie ein bisschen über die Agitation nach, die Sie hier im Hohen Landhaus machen und denken Sie auch ein wenig an die Verantwortung!

Ich fordere Sie auch auf, lassen Sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Krankenhauses endlich in Ruhe arbeiten! Sie haben sich dieses politische Hick-Hack nicht verdient, das hier betrieben wird.

Missbrauchen Sie nicht unser Gesundheitssystem, das gut funktionierende burgenländische Gesundheitssystem, für Ihre parteipolitischen Spielchen! Dazu dient das Gesundheitssystem im Burgenland wirklich nicht. Hören Sie endlich auf, mit Ihrer Rufschädigung am Gesundheitssystem des Burgenlandes! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ)

Aber wir sind in den letzten Monaten, den letzten beiden Jahren, ja sehr oft mit Fake-Skandalen konfrontiert. Egal welches Thema hier angesprochen wird, es gibt immer einen Skandal dahinter. Die ÖVP vermutet hinter jedem Baum einen Skandal, hinter jedem Baum, wo jemand hervorspringt, ist schon ein Skandal.

Ich habe eine Liste vorbereitet, die ich eigentlich vorlesen wollte, ich erspare uns das allen. (Abg. Walter Temmel: Lies vor!) Sie wissen, was ich meine, überall ein Skandal.

Aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Overkill, den Sie hier betrieben haben, sind Sie so etwas von unglaublich geworden. Sie haben die letzte Glaubwürdigkeit zu Tode getragen, (Abg. Mag. Michaela Resetar: Ganz sicher.) die Sie noch gehabt haben!

Der eigentliche Skandal ist etwas anderes, dass die ÖVP einen KRAGES-Geschäftsführer verteidigt, der Abteilungen schließen wollte. Der eigentliche Skandal ist, dass die ÖVP einen Geschäftsführer verteidigt, (Abg. Manfred Köilly: Wer hat den Schnedl

eingestellt? Wer hat zugestimmt?) der die Auszahlung von höheren Gehältern für die Pflegekräfte verzögert hat, (Abg. Manfred Kölly: Wer hat den Dopler eingestellt? – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und der LBL) und der eigentliche Skandal ist, dass die ÖVP den guten Ruf unserer Spitäler damit zerstört. (Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt doch ein Skandal; gerade hast Du gesagt, es gibt keinen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Rot-Blau geht hier einen anderen Weg, einen völlig anderen Weg. Der zuständige Landesrat, die Landesregierung und Rot-Blau geben nämlich ein klares Bekenntnis zum burgenländischen Gesundheitssystem ab! Zu unserem gut funktionierenden Gesundheitssystem!

Wir geben vor allem ein klares Bekenntnis der 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Krankenanstalten, egal ob es Mitarbeiter sind, die am Bett stehen, Ärzte sind, die in der Administration tätig sind oder auch im niedergelassenen Bereich arbeiten. (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Wir wollen auch die Akutambulanz ausbauen. Ich glaube, auch das ist ein ganz wesentlicher Punkt, der zu mehr Versorgungssicherheit führt - eine Win-Win-Situation für Ärzte und Patienten und auch für unsere Spitäler und wir wollen auch die Standortgarantie für das Burgenland beibehalten. Wir wollen, im Gegensatz zur ÖVP, die fünf Spitäler, die wir im Burgenland haben, weiterhin aufrechterhalten. Wir wollen größtmögliche Transparenz. Daher werden wir entweder den Landes-Rechnungshof beauftragen oder auch den Bundes-Rechnungshof, je nach Schnelligkeit, je nach Möglichkeit, wer das besser macht.

Wir sind ja aus zwei Gründen gezwungen, heute einen Abänderungsantrag einzubringen: Erstens ist der Antrag, den hier die Opposition vorgelegt hat, ja sehr fehlerhaft, denn es gibt keinen Prokuristen. Der war nicht Prokurist, sondern Personalchef. Ist ja ohnehin egal, denn es gab auch keine Kündigung, sondern es war eine einvernehmliche Auflösung. Also sind das viele Fehler, die man da reinformuliert hat, aber, das macht ja nichts, das ist ja kein Problem. (Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Weil ich nicht in die KRAGES hineinfragen darf! Daher kann ich es auch nicht wissen.) Ich kann ja nichts dafür, ich habe ihn ja nicht falsch geschrieben, Herr Kollege Sagartz. (Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich kann nicht fragen! Wenn ich frage, erhalte ich von Euch keine Antworten.) Ich kann ja nichts dafür, sagen Sie Ihren Mitarbeitern, dass Sie falsch informiert wurden. Ich kann ja nichts dafür, tut mir leid. (Abg. Walter Temmel: Transparenz wollen wir!) Fragen Sie mich das nächste Mal, ich sage es Ihnen. (Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wenn ich eine Antwort bekäme, dann hätte ich es gewusst.)

Außerdem wollen wir einen Antrag einbringen, der weitergehend ist. Daher werden wir einen Abänderungsantrag dazu einbringen. Ich darf auch gleich die Beschlussformel dazu vorlesen:

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag richtet hiermit an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof das Verlangen auf Durchführung einer Antragsprüfung gem. § 5 Abs. 1 Z 2 iVm § 5 Abs. 3 Z 1 Burgenländisches Landes-Rechnungshofgesetz über folgenden Gegenstand und Umfang:

Überprüfung der KRAGES Burgenländische Krankenanstalten Gesellschaft m.b.H. unter Berücksichtigung insbesondere folgender Schwerpunkte:

1. Grundlagen der kürzlich erfolgten Entlassung leitender Bediensteter

2. Bonuszahlungen an die Geschäftsführung beziehungsweise leitende Mitarbeiter seit 1. Juli 2014
3. Auftragsvergaben über einen Auftragswert von mehr als 50.000 Euro seit 1. Juli 2014
4. Kostenverrechnung für die Administration des Burgenländischen Gesundheitsfonds
5. Insourcing/ Inhousevergaben seit 1. Juli 2014
6. Ausarbeitung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit (RSG) für das Burgenland vor Neuerstellung des Österreichischen Strukturplan Gesundheit (ÖSG)
7. Änderungen bei der Verteilung der Mittel aus der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung (LKF) ab 1. Juli 2014

Ich darf diesen Abänderungsantrag auch gleich einbringen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

**Präsident Christian Illedits:** Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt und wird gemäß § 61 GeOLT in die Beratung miteinbezogen. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Gerhard Steier:** Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was wir gerade gehört haben, ist nach Pipi Langstrumpf: „Mach mir die Welt, so wie sie mir gefällt!“ *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Wenn dem allen so einfach wäre und wenn das alles von den Gegebenheiten so einfach umzusetzen und darzustellen wäre, wie es der Herr Hergovich gerade getan hat, dann würde das Burgenland auch anders aussehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abgesetzt vom parteipolitischen Hick-Hack, dem muss ich nicht beipflichten und da kann ich mich auch frei heraushalten, ist es aber eine Tatsache, dass es hier einiger oder einer Richtigstellung bedarf, die in diesem gesamten Konzept auf die Verunglimpfung und den Missbrauch des Landtages als Antwort gelten sollte.

Herr Kollege Hergovich! Es mag sein, dass man aus parteipolitischem Interesse die sogenannte vereinte Opposition züchtigt und ihr vorwirft, sie würde den Landtag missbrauchen. Es ist eine Grundkonsequenz und eine Grundverantwortung des Mandatars, dass er hinterfragt und versucht, die Gegebenheiten, die sich abgespielt haben, zu ordnen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist, dass diese Verantwortung durch die Wahl jedem Abgeordneten aufgetragen ist. Die einzigen, die eine Verunglimpfung des Landtages und der Abgeordneten hier vornehmen, sitzen hier vorne. Diejenigen, die Sie nämlich so ausschicken und das umsetzen lassen, was im Grunde genommen absolut falsch ist. *(Beifall bei der ÖVP, LBL und den GRÜNEN)* Jeder einzelne von uns, für den Bürger, für die Bürgerin des Burgenlandes, ist in der Verantwortung, klar und deutlich zu hinterfragen, was sich innerhalb dieser KRAGES abspielt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Eine 100-prozentige Tochter, die ausgelagert Verantwortung trägt, wo ich Ihnen auch an Beispielen widerlegen werde, was Sie hier behauptet haben, *(Abg. Doris Prohaska: Nicht so aufregen!)* das ist, glaube ich, mehr als zu hinterfragen und das Recht, die Verantwortung und die Verpflichtung der Abgeordneten, sich in dieser Causa nicht nur

inhaltlich richtig zu stellen, sondern auch zu hinterfragen, (*Abg. Robert Hergovich: Schmähparaden!*) was Verantwortliche dort getan haben. (*Abg. Doris Prohaska: Gekränkte Eitelkeit!* - *Abg. Robert Hergovich: Das muss wehtun.* - *Abg. Doris Prohaska: Na, sicher!*) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann durchaus nachempfinden, dass diese Sache weh tut. (*Heiterkeit bei einigen Abgeordneten* - *Abg. Ingrid Salamon: Wem?* - *Abg. Doris Prohaska: Ja, wem?*)

Aber, sie hat in der Konsequenz mit Sicherheit von dem heutigen Tag an mehr Folgen, als manche hier meinen, das stattfinden wird. Das, was quasi in der Umsetzung auf sogenannte ausgelagerte Gesellschaften von meinen Vorrednern jetzt in vielerlei Hinsicht definiert und angesprochen passiert, ist das Prinzip „hire and fire“. Das, was quasi grundsätzlich damit verknüpft ist, dass jeder, der angestellt wurde, im Prinzip innerhalb von ein paar Jahren nicht nur gekündigt, sondern dass er rausgeschmissen wurde und in der Verantwortung - da sind einige aufgezählt worden, die hier quasi den Platz dafür einzunehmen haben, ob es jetzt der Schnedl zum Schluss war, der Mario Baier vorher im Tourismusbereich, auch der Peter Dopler in der KRAGES oder wie immer auch Personen, haben eines in der Konsequenz jetzt noch zusätzlich mitzutragen gehabt: Die haben alle eine Abfertigung erhalten! Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Landtag, die Regierung und alles was sich hier innerhalb dieses Landes begibt, ist eine klare Angelegenheit, wo die Ordnung klar und deutlich festgelegt ist: Die Legislative beschließt, die Regierung führt aus, die Regierung setzt, meiner Ansicht nach, inkonsequenter Weise nur mehr auf Holdings, auf ausgelagerte Gesellschaften.

Sie von der Regierungsfraktion - von beiden - beschließen das, was in den nächsten Minuten nach der Beschlussfassung quasi budgetär in die ausgelagerten Gesellschaften herübergeleitet wird. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Dann wird Ihnen, genauso wie uns, das Fragerecht entzogen. Die Antworten, das können Sie ja bei den Anfragebeantwortungen nachlesen, ob das a, b, oder c lautet inzwischen obligatorisch: Das geht Sie nichts an!

Meine Damen und Herren! Wenn das objektive Verantwortung und Transparenz ist, dann ist es mit Sicherheit nicht richtig. Doch nun zum Sachverhalt und zu den Gegebenheiten, die sich hier abspielen. Eines vielleicht noch zu den Gegebenheiten: Die Schnelligkeit, die Sie sich in der Regierungsverantwortung gesetzt haben, auch in der Konsequenz jetzt beurteilt, ich habe nicht gewusst und habe es erst heute in die Hand bekommen, dass die Gegebenheiten um die KRAGES und um den Geschäftsführer Schnedl in Buchform schon erschienen ist, aber dann ist mir das neue Buch des Burgenländischen Landtages von Thomas Brezina begegnet und dabei kommen zwei Figuren vor: Der Demokratino und der andere heißt Diktator, Diktatus oder Diktatorus - ja im Prinzip ist quasi die Zusammenfassung dessen schon in Buchform zusammengestellt. (*Abg. Mag.a Regina Petrik: Das ist wirklich lustig.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zur Darstellung ausgelagerter Gesellschaften, Hoheitsverwaltung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskrepanz, die es offensichtlich hier gibt, Hoheitsverwaltung ist eine klare Disposition, die auch vom Wähler und von der Wählerin in der Verantwortung auf die Regierung übertragen wird. Hier gibt es einen Landesamtsdirektor, der dieser Hoheitsverwaltung als Oberster vorsteht. Inzwischen, und das kann man auch in klarer Form nachvollziehen, gibt es in der KRAGES 2.300 Mitarbeiter.

Sie sind in der Ausführung auf die Krankenhäuser aufgeteilt, auf drei Pflegeheime mit 340 Mitarbeitern, dem Psychosozialen Dienst mit 300 Mitarbeitern und Selbsthilfewerkstätten mit rund 20 Mitarbeitern. Das heißt, wir haben hier ein Konvolut,

das ausgelagert in der Verantwortung steht und wo jetzt die Verantwortungsträger dieser Gesellschaft einen Geschäftsführer beauftragen. Der Widerspruch, der jetzt in allen Wortmeldungen zu Tage getreten ist, wird bestimmt, dass dem Geschäftsführer in seiner gesamten Agenda unverantwortlicher Weise direkt hineinregiert wird. Dem wird angeschafft, dem wird aufgetragen, der soll tun! (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) In der Regierung beziehungsweise von einzelnen Regierungsvertretern wird der Beschluss gefasst, der Mann, die Person gehört eliminiert. Es gibt keinen Organbeschluss, das gesamte gesellschaftliche Rahmenkonzept wird außer Kraft gesetzt, nur um zu dem Ergebnis zu kommen, wir entledigen uns einer Person.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die KRAGES hat, unter anderem, auch nicht nur ein riesengroßes Budget mit fast 200 Millionen Euro, sondern hat in der Verantwortung auch eine Gegebenheit, eine Darstellung, die wir in verschiedenen Bereichen sonst nicht finden, aber im Endeffekt heute das heikelste Programm in politischer Verantwortung betreffen wird. Das gesamte soziale, gesundheitsmäßige und arbeitsmarktpolitische Konzept ist - und das wird ja immer wieder von Regierungsseite betont - mit der größten budgetären Summe verflochten. Tatsache ist, dass wir in der KRAGES die Verantwortung für viele Personen gebündelt haben, auf der anderen Seite ausgelagert auch einen Geschäftsführer in der Bestellung. Dem wird jetzt in verschiedensten Wortmeldungen, aber auch in Pressemeldungen, angelastet, er hätte nicht ordnungsgemäß gehandelt, er hätte seine Kompetenzen quasi möglicherweise überschritten und so fort.

Ich verstehe eines nicht: Wenn ich jemanden einstelle und ihm eine Verantwortung übertrage, die in der Vorbereitung, in der Gesamtdarstellung des Aufgabenbereiches auch klar definiert ist, wieso kommt dann jemand her und sagt, beim Regionalplan, der für das Gesundheitswesen vorhanden ist, dass der Geschäftsführer daran eine Schuld trägt, dass irgendwo etwas nicht in der Form stattgefunden hat oder stattfinden sollte, was ich nicht will? Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Organsituation, einer ausgelagerten Gesellschaft gibt es eindeutig Verantwortliche. Der Geschäftsführer beschließt nichts, der kann vorbereiten, ist verpflichtet, die Gesamtbreite einer Anlage so vorzubereiten, dass sie auch von allen als Gesamtes gesehen wird.

Die Entscheidung treffen dann diejenigen, die in dem Organ Verantwortung tragen. In der KRAGES ist es stellvertretend für die Regierung mit Sicherheit der Landesrat für Soziales. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Standortgarantien: Ich habe es in der letzten Sitzung schon angesprochen - es gibt einen Rechnungshofbericht über den BURGEF, den Burgenländischen Gesundheitsfonds, wo eindeutig festgestellt ist, dass wir in der Entwicklung der gesamten Gesundheitspolitik ein Problem haben, wo es, unter anderem, jetzt eine 15-a-Vereinbarung gibt, um sogenannte Kostendämpfungsmaßnahmen von drei Prozent einzuhalten.

Ich frage heute schon korrekt: Ich bin neugierig, wo Sie diesen Kostendämpfungsansatz finden werden. Drei Prozent in der Summe sind etwas, das man nicht in der Verantwortung darauf delegieren wird können, dass man sagt, das interessiert mich nicht, sondern es wird dann eines nicht passieren, dass nämlich die Gelder von Wien ins Burgenland fließen werden. Dann wird es uns sehr wohl interessieren, weil wir wieder ein Problem in der Gesamtfinanzierung haben. (*Landesrat Mag. Norbert Darabos: Was heißt das jetzt in Ihren Augen?*) Sie können sich dann melden, Herr Landesrat, (*Abg. Ingrid Salamon: Nur nicht nervös werden.*) denn Tatsache ist, dass wir im Grunde genommen in der KRAGES diese vier Spitäler in der Hauptverantwortung haben und das 5. Spital - das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder - in der Finanzierung seitens des Landes gegeben ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur eines, ohne jemanden schaden zu wollen, für den Inhalt und für die Bestimmung, die auch vorher vorgetragen wurde. Was ist von einem Leumund, von einem sogenannten Kronzeugen zu halten, dem in der KRAGES in der Verantwortung quasi nachempfunden wurde, dass er zwölf Millionen Euro, und davon hat er dann freiwillig sechs Millionen Euro angeboten, dem Land zurückzahlen will? Das, Herr Kollege Hergovich, sollten Sie in Ihrem Wissen um die Gegebenheiten im Krankenhauswesen hinterfragen, wo klar und deutlich die Barmherzigen Brüder durch eine Falschverbuchung dem BURGEF zum Schluss sechs Millionen Euro als quasi Schuldensituation, weil der Betrag falsch eingebucht, und nicht gezahlt wurde, zurückzahlen möchte.

Das ist keine Gegebenheit so ohne weiteres. Was halten Sie von der Situation, wo klar und eindeutig in der Vergangenheit über drei Jahre in der Hauptinvestitionsphase des Krankenhauses Eisenstadt, wo immer die Vorwürfe gegen den Bürgermeister erhoben werden, was kann er dafür, was Eisenstadt anlangt im Krankenhaus, aber wo gleichzeitig dort die Vorwurfsituation gefahren wird. Im Krankenhaus Eisenstadt sind drei Jahre hinweg von Landesregierungsseite Gelder für die Investition bezahlt worden. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Dazu hat ja die Landesregierung auch einen Beschluss gefasst. Aber, was entscheidend ist, drei Jahre hindurch hat keiner von Landesseite und von verantwortlicher Seite dieses Kapitel kontrolliert. Es hat nichts stattgefunden, was den sogenannten Finanzfluss in dieses Krankenhaus gerechtfertigt hat. Anschließend ist man draufgekommen, dass das nicht das ist, was Sie jetzt vom Tisch wischen wollen, sondern das sind Fakten, das sind Gegebenheiten, die im Rechnungshofbericht auch aufscheinen und festgehalten werden.

Sie sollten sich über Inhalte informieren, dann über Gegebenheiten reden. Bei der KRAGES, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden Sie mit Sicherheit über Sachen noch informiert werden, wo Ihnen in der Verantwortung mit Sicherheit auch schlecht werden wird. Das quasi in der Verantwortung auf den Steuerzahler, wo Sie vorher das auch so dargestellt haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wichtiges Konstrukt des Gesundheitswesens sind einmal Spitäler. Wenn Sie vorher von der Herzkatheter-Station gesprochen haben, Sie wissen auch, Herr Kollege Hergovich, unabhängig davon, dass das hier verbleiben sollte, unabhängig davon und das jetzt nur auf die Vorbereitung des gesamten Prozesses im regionalen Gesundheitsplan, ist die Situation festzuhalten, dass wir in Eisenstadt und in anderen vier umgebenden Spitälern Herzkatheter-Stationen haben. Jetzt nur zu Ihrer Kenntnis und zur allgemeinen Kenntnis. In Oberwart und in Güssing gibt es dementsprechend keine Einrichtung. Wissen Sie wo alle im Süden hin verpflichtet sind, Kathederleistungen zu empfangen? *(Abg. Robert Hergovich: Künftig in Oberwart!)* In Graz und zu Oberwart.

Bei der Gelegenheit gleich eines: Ja gut, das können Sie dann sagen. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Schon geschlossen!)* Tatsache ist, dass alle Südburgenländer bisher keine Kathederleistung bekommen, sondern ausgelagert nach Graz fahren müssen. Das nur zu Ihrer Kenntnis und Tatsache zu Oberwart. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche mir, dass die Garantiesituation, die uns der Herr Landesrat geboten hat, weil ich die Erfahrung in Güssing gesammelt habe, mit 2021 wird das Spital in Oberwart um die gegebene Bausumme von 158,5 Millionen Euro stehen und in Betrieb sein.

Inzwischen hört man Folgendes: Tatsache ist, das Krankenhaus Oberwart ist von den Kosten, bevor noch ein Ziegel gesetzt wurde, schon in Größenordnungen explodiert, da wird dem Herrn Landeshauptmann schlecht dabei. Da setzt man auf Sachen, die

eigentlich in der Finanzierung jetzt, nur in der gedanklichen Form, jetzt schon über 200 marschieren und damit eigentlich den Herrn Landesrat auf die Bühne bittet, in dem er, zum Beispiel, die Kostenexplosion mit einem Bauherrenzuschlag erklären will.

Ich habe verschiedene Bauleute gefragt, aber einen Bauherrenzuschlag habe ich noch nirgends vernommen und den gibt es auch in dem Sinne, rein als bautechnische Maßnahme nicht. Was es gibt, sind sogenannte Erfindungen im Sinne der Kostensteigerungen. Das sind, unter anderem, zum einen jetzt schon die Übersiedlungskosten, denn die werden eklatant sein und wahrscheinlich wenn man jetzt dort hinget und auf der anderen Seite auch noch quasi Widrigkeiten, die im Grunde genommen bis zur Fertigstellung, die heute in internen, in internen Unterlagen innerhalb dieses Hauses schon mit 2022 fixiert werden.

Da ist also nicht mehr von 2021 die Rede, sondern man ist schon weit darüber hinaus in Gegebenheiten, wie das hier. Wenn das der burgenländischen Patient und die burgenländische Patientin verdienen, dann frage ich mich, wo das hinsteuert, wenn dieses Krankenhaus einmal stehen wird. (*Landesrat Mag. Norbert Darabos: Wie kommen Sie darauf?*)

Dann wird es nämlich eine Kostenexplosion geben, die niemandem erklärt werden kann. Daher hoffe ich mit Inbrunst, dass diejenigen Maßnahmen, die quasi die Einschränkung der Kostenexplosion bringen sollen, auch frühzeitig greifen und uns nicht überraschen lassen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über den Rausschmiss, über die Vorgänge, wie der Geschäftsführer der KRAGES entfernt worden ist, haben meine Vorredner schon ein Sittenbild abgegeben. (*Abg. Ingrid Salamon: Nein!*) Im Grunde genommen ist ein Aspekt interessant, der auch den sogenannten Rechtsvertreter der KRAGES betrifft und in der Verantwortung kennzeichnet.

Man muss zur Kenntnis nehmen, dass vor der Installierung eines eigenen Juristen innerhalb der KRAGES die Rechtsgeschäfte ausgelagert gewesen sind und dass eine Rechtsanwaltskanzlei hier mehr oder weniger ein Monopol auf die Gegebenheiten hatte. Dass dann anschließend einem Rechtsanwalt im Haus, einem Hausjuristen, natürlicherweise die Fremdleistungen weggefallen sind, das sollte man auch in der Diskussion offener Art zugeben und sich nicht hinter etwas verschanzen, was im Grunde genommen dort nicht angebracht ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde heute noch Gelegenheit haben, zu einzelnen Punkten Stellung zu nehmen. Eines ist im Grunde genommen, gesamtgesehen, festzuhalten. Wir haben einen Vorgang, der weit über die Landesgrenzen des Burgenlandes hinaus, nicht nur Aufsehen erregt, sondern auch absolutes Unverständnis erzeugt hat. Wir haben in der Verantwortung nicht über die Oppositionsparteien ein Handicap oder eine Darstellung gegen die Beschäftigten in den Tageshäusern oder bei den Barmherzigen Brüdern erzeugt, sondern wer das erzeugt hat, war die Politik.

Die Politik von Regierungsbankseite, die sich mit einem ursprünglich von ihrer Seite geholten Geschäftsführer wieder von ihrer Seite, und das sei jetzt auch dahingestellt, rechtmäßig oder unrechtmäßig, entfernt hat. Wo sie ohne Rücksicht auf eine Person quasi freigestellt hat, der im Grunde genommen, diese Person, die im Grunde genommen nur einen Weg beschreiten kann, um zum Recht zu kommen, nämlich, zum Arbeitsgericht zu gehen und in der Folge dann quasi seine Rechte auch einzumahlen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Das wäre auch eine Aufgabe der Gewerkschaft gewesen, die im Grunde genommen auch im Aufsichtsrat und in anderer Gegebenheit in der KRAGES vertreten ist. Hier gibt es auch verschiedene Player, deren Rolle und Situation hinterfragt werden

muss, aber dazu wird es sicherlich auch von Landtagsseite her Gelegenheit geben. Zusammenfassend, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Sittenbild, das sich hier abgespielt hat, da hätte es den Peter Rezar nicht gebraucht, das festzuhalten, denn das Sittenbild, das sich hier ergeben hat, ist ein Trauerspiel. Nicht diejenigen, die von Ihrer Seite, von Regierungsseite und von den Regierungsfractionen im Vorwurfssinne damit bedacht worden sind es ausgelöst zu haben sind die Verantwortlichen, sondern die sitzen hier.

Der wahre Erzeuger der gesamten Gegebenheiten ist heute schon in einem Facebook-Posting, wo ich quasi als Systemteilnehmer gehandelt oder dargestellt wurde, genannt worden. Herr Landeshauptmann! Sie haben in den letzten Wochen einige Auszeichnungen empfangen. Unter anderem auch einen Orden von China und von Viktor Orban von Ungarn. Ich verleihe Ihnen heute in Bezug auf die KRAGES und auf die Gegebenheiten, die Sie umsetzen auch eine Auszeichnung. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Danke!)*

Ich bezeichne Sie als Master of Disaster. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP, LBL und den GRÜNEN)*

**Präsident Christian Illedits:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE):** Danke, Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren. Von Regierungsfractionen hört man immer wieder die Frage, warum es so einen Sonderlandtag braucht? Ja, er ist etwas Besonderes. Das hat uns der Herr Kollege Hergovich ja ausführlich erklärt, dass ein Sonderlandtag etwas Besonderes ist und dass eine dringliche Anfrage eine sehr dringliche ist. Das ist tatsächlich so. Wir haben nun bereits in dieser kurzen Zeit der Auseinandersetzung Informationen bekommen, die wir vorher noch nicht hatten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das stimmt.)*

Zum Beispiel wurde hier mehrfach erwähnt, diese Empfehlung der Wirtschaftsprüfer, der Anwälte, die bislang nicht einmal den Mitgliedern des Rechnungshofausschusses bekannt waren, aber offensichtlich einzelne Teile des SPÖ-Klubs kennen sie, weil sie reden so davon, als wäre es eine Selbstverständlichkeit, dass wir das alles wissen. Das wissen wir nicht und deswegen braucht es so eine Landtagssitzung, in der alles auf den Tisch gelegt wird. *(Beifall bei den GRÜNEN und ÖVP)* Ein weiteres Beispiel: Mehrfach wird zitiert, man habe ja nur die Empfehlungen von Wirtschaftsprüfern und Anwälten umgesetzt. Nur, was diese Empfehlung wirklich beinhaltet, das wurde uns nie gesagt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau!)*

War die fristlose Kündigung die Empfehlung oder war die Empfehlung, das genauer anzuschauen und Konsequenzen zu ziehen? Wir wissen es nicht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau.)* Wir bitten um Klarheit und deswegen gibt es diesen Sonderlandtag. *(Beifall bei den GRÜNEN)* Eine andere Sache noch, Herr Kollege Hergovich. *(Abg. Robert Hergovich: Das haben wir alles beim letzten Landtag vorige Woche diskutiert. Warum weißt Du das jetzt nicht?)* Ich kann schon nachvollziehen, dass es für Sie sehr schwer ist, zu erkennen, was die Aufgabe der Oppositionsparteien hier in diesem Landtag ist.

Sie kennen die Politik des Landes ausschließlich aus der Perspektive einer mächtigen Regierungspartei, denn etwas anderes haben Sie hier noch gar nicht erlebt. Sie fragen ja immer wieder nach, warum die Opposition das eine oder das andere tut.

(*Abg. Robert Hergovich: Das ist doch alles eine Schmähparade!*) Wir haben als Opposition die Verpflichtung, Kontrollrechte auszuüben.

Wir haben auch als Oppositionsabgeordnete das Recht, überall zuzuhören. Ich weiß nicht, ob es innerhalb der SPÖ-Fraktion, unter einigen Mitgliedern dieser Fraktion ausgemacht ist, oder ob es einfach passiert, dass permanent laut geplaudert wird, während andere Abgeordnete beim Rednerpult stehen. Wenn ich dann von hinten bitte, ein wenig leiser zu sein, weil ich eine Abgeordnete bin, die gerne zuhören möchte, wird mir gesagt, der redet ohnehin nur Blödsinn, (*Abg. Robert Hergovich: Das hat keiner gesagt!*) über einen Kollegen der am Rednerpult steht, dann ist es etwas, dass ich als Oppositionspolitikerin auch in den hinteren Reihen nicht akzeptieren kann. (*Beifall bei den GRÜNEN und ÖVP*)

Ich bitte Sie sehr, Herr Hergovich, ich weiß Sie können sich kaum halten, Sie rufen auch jetzt immer dazwischen, (*Abg. Robert Hergovich: Ich melde mich ohnehin gleich. Ich melde mich schon gleich.*) ich bitte Sie wirklich dringend zu respektieren, dass es hier in diesem Hohen Haus unterschiedliche Funktionen gibt. Die Funktionen der Regierungsfaktionen und die Funktionen der Oppositionsparteien.

Hier gibt es wieder welche, die einen Klub zur Verfügung haben, andere die ohne Angestellte arbeiten. Aber jeder und jede von uns hat das Recht darauf seine und ihre Arbeit als Abgeordnete nachzugehen, ohne von Ihnen lächerlich gemacht oder gar marginalisiert zu werden. (*Beifall bei den GRÜNEN und ÖVP*) Ich bitte dringend, dass wir bei aller unterschiedlicher politischer Meinung und Haltung, die wir hier vertreten, den Respekt voreinander nicht verlieren. Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN und ÖVP – Abg. Manfred Kölly: Da hat sie Recht!*)

**Präsident Christian Illedits:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident.

**Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kennen Sie Transnistrien? (*Abg. Robert Hergovich: Eine alte Geschichte.*) Einer kennt es. Transnistrien ist ein kleiner Staat, Pridnestrowien nennen sie sich selbst, östlich des Flusses Dnister. Ein stabilisiertes De-facto-Regime, hat sich seit 1990 selbst als Republik bezeichnet, ohne jegliche internationale Anerkennung.

Die Hauptstadt heißt Tiraspol. Präsident ist ein gewisser Wadim Nikolajewitsch Krasnoselski. 475.000 Einwohner, ein bisschen größer als das Burgenland. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Warum sage ich das, meine sehr geehrten Damen und Herren? (*Abg. Robert Hergovich: Das fragen wir uns auch alle.*)

Ich habe, vor 12 Jahren ungefähr war das, erklärt, dass Transnistrien mehr demokratisch geprägt ist, als die KRAGES. (*Abg. Robert Hergovich: Das ist ein Skandal. Das ist jetzt wirklich ein Skandal! - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Warten Sie ein bisschen, bevor Sie sich aufregen. (*Abg. Robert Hergovich: Ich warte überhaupt nicht! Das reicht mir jetzt.*) Na, macht ja nichts.

Daraufhin hat mich die KRAGES geklagt. Die KRAGES hat mich geklagt, privatrechtlich, 30.000 Euro Streitwert. Da greift keine parlamentarische Immunität, 30.000 Euro Streitwert. Ich habe mir einen guten Anwalt gesucht, auch das Land hatte sich, nein, die KRAGES hat sich einen guten Anwalt gesucht.

Im Übrigen war der Vertreter der KRAGES der damalige dritte Präsident des Landtages, der Dr. Moser. Die Situation war eigenartig. Der dritte Präsident des Landtages ist der Rechtsvertreter der KRAGES, einer Gesellschaft des Landes, die einen Mandatar klagt, der nicht fragen darf.

Ich habe das im Landtag dann auch thematisiert, worauf der Dr. Moser sein Mandat zurückgelegt hat, aber nicht die Kanzlei, sondern ein anderer Anwalt seiner Kanzlei hat das dann weitergeführt. Zeugen, da waren schon Kaliber da als Zeugen, der damalige Büroleiter des Landeshauptmannes, Martin Ivancsics. Er hat relativ bald erkannt, dass es nicht so weitergeht, denn in erster Instanz habe ich den Prozess gewonnen. Daraufhin ist die KRAGES in die zweite Instanz gegangen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Da geht es dann schon ein bisschen ums Geld, da muss man schon überlegen wie man agiert als Mandatar, Familie, drei Kinder. So einfach ist ja das nicht. 30.000 Euro! (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer war damals in der Regierung?*) Das sage ich schon. Damals hat die KRAGES erkannt, dass der Prozess nicht zu gewinnen ist und es hat einen Vergleich gegeben. Die KRAGES hat alle Gerichtskosten gezahlt, hat meine Anwaltskosten bezahlt, weil der Prozess nicht zu gewinnen war.

Ich sage nicht, dass nach wie vor die KRAGES nicht demokratisch geführt ist, das sage ich nicht. Ich sage nur was damals war. Meine sehr geehrten Damen und Herren, was war damals? Damals haben Mandatare des Landtages Anfragen gestellt, so wie heute - vor 12 Jahren. Die Antwort des zuständigen Regierungsmitgliedes war immer, das ist eine ausgegliederte Gesellschaft, das geht euch nichts an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden da von einer Budgetsumme, damals waren im Burgenländischen Landtag budgetiert, Herr Kollege Hergovich, das ist nicht fair, was Sie gerade gemacht haben, es sind nur 100 Euro budgetiert. Damals waren 150 Millionen Euro budgetiert. Der Landtag hat das beschlossen, am 1. Jänner ist das überwiesen worden. Landtag, Kontrolle der Regierung, Du brauchst hier nicht mehr nachzusehen.

Wissen Sie, und das tut weh, wenn der Landtag, es tut mir leid das die Frau Kollegin Dunst jetzt nicht da ist, die hat diese Woche gesagt, die Opposition ist zur Kontrolle der Regierung aufgerufen. Falsch, Frau Lehrer, setzen, 5. Der Landtag ist zur Kontrolle der Regierung berufen, auch Sie, Kollege Hergovich. Sie sind ganz besonders gefordert. Es kann doch nicht sein, dass sich die Regierung eine Abstimmungsmaschinerie mit einer Mehrheit im Landtag hält und andere sollen kontrollieren.

Ich sage Ihnen, in einer Proporzregierung war es leichter zu kontrollieren und ich sage Ihnen auch warum. Weil die SPÖ-Mandatare die ÖVP-Regierungsmitglieder und die ÖVP-Regierungsmitglieder die SPÖ-Regierungsmitglieder kontrolliert haben. Ich sage Ihnen, es war einfacher die Kontrolle auszuüben als das jetzt der Fall ist. Sie machen es nämlich nicht mehr, sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*)

Frech hieß damals der Geschäftsführer der damaligen KRAGES. Soswinski, der war auch Geschäftsführer, ich habe innerlich schon Abbitte geleistet, der war ja noch der Vernünftigste von all denen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Mit dem konnte man zumindest reden und auch streiten und man hat auch Informationen bekommen.

Beim Nachfolger Frech haben wir überhaupt nichts bekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Abg. Manfred Kölly: Da seid Ihr eh noch in der Regierung gewesen!*) Deshalb, seit mehr als zehn bis 15 Jahren ist dieses Thema hier da, dass

Mandatare des Landtages Fragen in Bezug auf die KRAGES stellen und immer dieselbe Antwort bekommen, ausgelagerte Gesellschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen in die Gesellschaftsverträge hineinschreiben, dass das Fragerecht der Landtagsabgeordneten auch bei ausgelagerten Gesellschaften gilt. Dann, und nur dann, wird der Landtag seiner Kontrollaufgabe nachkommen können. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich im Vorfeld dieser Landtagssitzung in den Medien von Inszenierung vernommen habe, von Missbrauch des Landtages, heute haben Sie noch eines draufgesetzt, Herr Kollege Hergovich, beschämend. Das ist schon ein starkes Stück. Ich sage Ihnen im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer ist der Landtag zur Kontrolle der Landesregierung nicht nur berechtigt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind verpflichtet, verpflichtet. *(Abg. Robert Hergovich: Aber für keine Schmähparaden!)*

Sie kommen Ihrer Verpflichtung dieser Kontrolle nicht nach. Zu dieser Kontrolle stehen den Mitgliedern des Landtages, meine sehr geehrten Damen und Herren, verschiedene Rechte zur Verfügung. Das Interpellationsrecht, das ist das Fragerecht, eingeschränkt bei ausgelagerten Gesellschaften - muss repariert werden, mündlich oder schriftliche Fragen.

Die Einschaltung des Rechnungshofes, meine sehr geehrten Damen und Herren, sowie das Einberufen von Sonderlandtagen, wo solche Situationen, wie wir sie heute vorfinden, ganz einfach auf parlamentarischer Ebene ausdiskutiert werden. Es ist verbrieftes Recht, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Verfassungsrang verbrieftes Recht, wenn sechs Mandatare des Hohen Hauses eine Landtagssitzung mit zumindest einem Tagesordnungspunkt oder mit dem Hinweis, dass man etwas dringlich debattieren möchte, innerhalb von sieben Tagen der Herr Landtagspräsident diese Landtagssitzung einzuberufen hat, innerhalb einer weiteren Woche stattzufinden hat.

Der Herr Landtagspräsident hat sich in vorbildlicher Art und Weise an die Frist nicht nur gehalten, er hat sie nicht ausgeschöpft, hat in zügiger Art und Weise zu einer Sitzung einberufen, weil er erkannt hat, dass hier ein Kontrolldefizit seitens des Landtages da ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses verbrieftes Recht der Landtagsabgeordneten, das im Verfassungsschutz steht, im Verfassungsrang steht, werden wir uns nicht nehmen lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Als einer der Präsidenten des Landtages und ich weiß, dass die beiden anderen Präsidenten das genauso sehen, bin ich überzeugt, dass wir diese Kontrollarbeit auch künftighin gut erledigen werden. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsident Christian Illedits:** Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Mag. Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ):** Ja, sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich werde versuchen sachlich zu bleiben, aber einige Dinge muss ich schon vorweg schicken. Ich werde nicht so lange reden wie der Herr Kollege Kölly, 33 Minuten. Aber, Herr Präsident, ich muss schon eine Frage stellen, die jetzt mit dem Thema nichts zu tun hat, aber wer hat die Landesverfassung verändert in Richtung Abschaffung des Proporztes? *(Zwischenruf eines Abgeordneten: Wir gemeinsam!)*

Ja, genau, danke. Das war eine richtige Antwort. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das ist eine Feststellung!)* Also Sie haben damals mitgestimmt, also das hier sozusagen jetzt anzuprangern, ist eine eigene Geschichte. Ich muss trotzdem auch einige Dinge klarstellen, bevor ich dann in die Sache eingehe. Ich persönlich habe kein Problem mit dem Sonderlandtag, ganz im Gegenteil. Ich bedanke mich für die Möglichkeit hier auch transparent... *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es gibt eine Differenz zwischen dem Hergovich und Dir!)*

Es gibt keine Differenz. Ich bedanke mich, dass wir die Möglichkeit haben, hier jetzt auch politisch Rede und Antwort zu stehen und auch klar zu machen, was Sie in den Wortmeldungen, die vorher hier abgegeben worden sind, versucht haben zu vernebeln und zu verschleiern. Es ist einfach auch wichtig, dass man diese Möglichkeit bekommt.

Im Übrigen möchte ich vorher auch noch einige Dinge sagen. Ich bin auch sehr froh, das möchte ich als Gesundheitslandesrat sagen, dass wir ein super Zeugnis von der Volksanwaltschaft, man kann ja auch einmal positive Nachrichten im Landtag diskutieren, bekommen haben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Pflegeheime!)* was die Pflegeheime betrifft.

Die Pflegeheimbetreiber, die wir kontrollieren und die hervorragend im Burgenland arbeiten, sind auch von uns aus zu würdigen und das sollte auch der Landtag würdigen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und der LBL – Abg. Manfred Kölly: Was es hat, das hat es!)*

Ich glaube, Sie haben einen Volltreffer gelandet. Ich habe den Wahlkampf des Herrn Landeshauptmann 2000 leiten dürfen. Da war der Volltreffer einer der Slogans. Der Volltreffer der ÖVP ist aus meiner Sicht jetzt nach hinten losgegangen und ist zu einem Eigentor geworden, weil Sie haben es geschafft in dieser Landtagsitzung auch 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Geiselnhaft zu nehmen.

Es sitzt hier der Betriebsratsvorsitzende *(Zwischenruf der Abg. Mag. Michaela Resetar)* da, der von Ihnen hier im Landtag angegriffen worden ist, obwohl er keine Möglichkeit hat, sich gegen Ihre Anschuldigungen zu verwehren und das ist aus meiner Sicht ein schlechter politischer Stil. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz: Ich hab ihn nicht eingeladen, eine Aussendung zu machen!- Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber Sie schon, oder?)*

Der Herr Kollege Kölly hat ein paar Sachen vermischt. Die *(Abg. Manfred Kölly: Ich sage es Dir gleich!)* Suizid-Geschichte muss ich zurückweisen, damit habe ich nichts zu tun. Das muss ich schon sagen, *(Abg. Manfred Kölly: Wer?)* weil das ist schon ein schwerwiegender Vorwurf, der hier getätigt wurde. Der Brief ist nicht an mich gegangen. Sie, Herr Abgeordneter, wissen das aber. Das ist jetzt egal.

Dann noch etwas vorher zum Krankenhaus Oberwart, diese Unterstellung pausenlos, dass da etwas nicht in Ordnung ist. Es ist ein Beschluss, den die Regierung im Jahr 2014 gefasst hat, die SPÖ-ÖVP Regierung mit den Dingen die Sie angesprochen haben. Nämlich mit 158,5 Millionen Euro plus einer Bauherrenreserve, die damals schon in der Regierungssitzung drinnen war, plus die Übersiedlungskosten und plus einem Index, der natürlich zum Tragen kommen kann, wenn das Krankenhaus im Jahr 2021/2022 fertig wird. *(Abg. Manfred Kölly: Ich hab ja nichts anderes gesagt!)*

Das wollte ich nur kurz hier ansprechen, weil auf diese Überprüfung freue ich mich schon, weil sie mich auf keinen Fall betrifft. Das möchte ich trotzdem in dem Landtag hier auch ansprechen, weil es geht ja auch um mich. Seit der Zeit, wo ich für das verantwortlich bin, haben wir völlige Transparenz, haben wir mit dem Lenkungsausschuss, mit Gremien, die dauernd auf eine begleitende Kontrolle schauen, alles gemacht, was

man demokratisch machen kann und ich garantiere Ihnen, dass wir dann auch die Kosten einhalten werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte jetzt nicht auf jeden einzelnen Abgeordneten eingehen, aber ich muss dem Kollegen Spitzmüller noch sagen, er hat es sicher nicht böse gemeint, aber der Schnedl hat den Resetarits geklagt. Also das ist ja nicht so, dass wir das gemacht haben, sondern die KRAGES hat das gemacht.

Also Sie nehmen jemanden in Schutz, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ich nehme ihn nicht in Schutz!)* der dann jetzt wahrscheinlich den Prozess auch verlieren wird gegen den Primarius Resetarits. Das ist halt etwas, was natürlich, ich verstehe das schon, dass Sie nicht im Detail so eingearbeitet sind, aber das sollte man auch ganz kurz vorher sagen und... *(Abg. Gerhard Steier: Sie wissen, worum es hier geht?)*

Ich weiß, um was es geht, ja. *(Abg. Gerhard Steier: Dann ist das intolerant was Sie sagen!)* Ja, politisch stehe ich aber dazu, das möchte ich Ihnen auch sagen, Herr Kollege Steier. Ich stehe dazu, dass wir wieder zurückgekehrt sind von der Lösung mit drei Krankenhäusern... *(Abg. Gerhard Steier: Ein Fünf-Jahres-Vertrag...!)*

Jaja, es ist ja darum gegangen, dass der Herr Kollege Resetarits drei Krankenhäuser geführt hat und jetzt nur mehr eines führt, weil ich es für politisch, gesundheitspolitisch, sinnvoll erachte und zu dem stehe ich zu 100 Prozent, dass jedes Krankenhaus einen eigenen ärztlichen Leiter hat. *(Abg. Manfred Köllly: Bravo! – Beifall bei der SPÖ)*

Ja, und dann noch ein Punkt und dann komme ich zum wirklichen Thema. Sie haben von Kostendämpfung gesprochen, Herr Kollege Steier. Wissen Sie was Kostendämpfung heißt? Ein Plus von 3,6 Prozent, kein Minus von 3,6 Prozent. Das ist ein guter Punkt, auch für das Burgenland das einzuhalten. *(Abg. Gerhard Steier: Vom Gesamten! – Beifall bei der SPÖ)*

Jetzt kommen wir aber zum tatsächlichen Thema. Ich komme zum tatsächlichen Thema. Wir haben im Burgenland seit Jahren ein Barometer wo es darum geht, wie zufrieden die Burgenländerinnen und Burgenländer mit der Gesundheitsversorgung im Burgenland sind. Dieses Barometer, Professor Filzmaier ist der Chef dieses Institutes, ich glaube, er ist unumstritten, nehme ich an auch bei Ihnen, 83 Prozent sagen, im Burgenland sind sie mit der Gesundheitsversorgung sehr zufrieden.

Also mehr als acht von zehn im jüngsten Barometer Befragten sagen, dass sie sehr zufrieden sind. Das ist ein hoher Wert, der im Bundesländervergleich keinen Vergleich zu scheuen braucht. Wir sind daher, aus meiner Sicht, zu Recht stolz auf die Gesundheitsversorgung. Wir wollen aber, dass es so bleibt. Es hat einige Dinge auch in dem Bereich gegeben. Aber das ist jetzt nicht der Grund, warum wir den Herrn Mag. Schnedl entlassen haben.

Aber hier hat es durchaus auch Unterschiede gegeben in der Wahrnehmung. Ich möchte auf das auch kurz zu sprechen kommen. Wenn man diese Zufriedenheit auch aufrechterhalten möchte, dann muss man Entscheidungen treffen. Dazu wurden wir ja auch gewählt und dazu sind wir auch in der Politik. Es heißt, dass wenn wir eine 83-prozentige Zufriedenheit haben, dann möchte ich auch meinen, dass die Opposition im Landtag meint, dass die Gesundheitsversorgung im Burgenland nicht so schlecht dasteht und ich trete als Gesundheitslandesrat jedem und jeder entschieden entgegen, die das nicht so sehen.

Wir wollen in Zukunft auch, dass jeder Burgenländer, jede Burgenländerin die beste Gesundheitsversorgung bekommt. Wir brauchen dieses umfangreiche Angebot, das wir

auch haben, und wir haben eine Standortgarantie, der Herr Klubobmann hat es schon angesprochen, für fünf Krankenhäuser ausgesprochen. Das war nicht immer so. Im letzten Wahlkampf, wenn ich mich recht erinnere, ich war damals in der Bundespolitik tätig, hat es auch MandatarInnen in dem Fall in diesem Haus gegeben, die das in Abrede gestellt haben und die gemeint haben, man kann auch mit zwei Krankenhäusern im Burgenland das Auslangen finden. Das sehe ich nicht so.

Das war die ÖVP-Forderung im Wahlkampf, auch wenn es jetzt da und dort wieder abgestritten wird. Aber ich glaube, dass diese fünf Krankenhäuser für das Burgenland wichtig sind, mit den zwei Schwerpunktkrankenhäusern in Eisenstadt Barmherzige Brüder ist richtig, ist keine KRAGES-Anstalt, aber mit Oberwart als zweiten Punkt. Insofern halte ich es für ganz wichtig, dass diese fünf Standorte auch garantiert im Burgenland bleiben werden und dass wir das in Zukunft auch aufrechterhalten. Solange wir politisch dafür verantwortlich sind, wird das auch so sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte auch noch kurz dazu sagen, es wurde kurz angesprochen, ich habe nicht ganz verstanden, wenn es eine politische Entscheidung gibt, ausverhandelt mit den Belegschaftsvertretern der KRAGES und mittlerweile auch mit den Barmherzigen Brüdern, dass es ein Plus um 250 Euro gibt für knapp 3.000 Mitarbeiter, weil die mehr leisten müssen und das hart ausverhandelt wurde und das von der KRAGES bis zum Schluss bekämpft wurde, obwohl es Regierungsbeschlüsse gegeben hat, Aufsichtsratsbeschlüsse gegeben hat, dann frage ich mich, auf welche Seite Sie sich stellen, sage ich ganz offen, weil das ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Beitrag für die Menschen, *(Abg. Manfred Kölly: Spät, spät war das!)* die hier im Gesundheitssystem für uns, für Euch, für alle im Burgenland arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Jetzt komme ich dann auch zu den Punkten, die den Bereich der Entlassung betreffen. Wir haben eine Prüfung von Landesseite einberufen, weil es um die Eingliederung der KRAGES in die Landesholding gegangen ist. Aus meiner Sicht ist diese Prüfung notwendig gewesen, um diese Eingliederung auch gewährleisten zu können.

Ich könnte Ihnen hier auch viele Beispiele noch nennen, wie man sich versucht hat, sich gegen diese Prüfung zu wehren von Seiten der Geschäftsführung der KRAGES unter dem Titel beispielsweise, dass die Gemeinnützigkeit nicht gegeben sei. Das sind Dinge, die müssen wir hier nicht im Landtag diskutieren, aber sie sind natürlich hier auch ganz, ganz wichtig.

Im Rahmen dieser Prüfung ist folgendes zutage getreten. Ich lese Ihnen jetzt wörtlich vor, was mir von den Rechtsanwälten Wutzlhofer, Sporn und vom Wirtschaftsprüfer Kohlhauser vorgeschlagen wurde.

"Auf Basis der verfestigten Sachverhaltselemente und der festgestellten Verfehlungen war der Ausspruch der Entlassung im Interesse der Burgenländischen Krankenanstalten - Gesellschaft m.b.H. und unsere Empfehlung zu dieser Vorgangsweise geboten". So. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Im Nachhinein!)*

Nein, es war schon im ersten Bericht so drinnen, es ist jetzt ein zweiter und ein dritter Zwischenbericht da, und damit ist das noch bestätigt worden. Der Kollege Hergovich hat es schon angesprochen, ich hätte gar nicht anders handeln können, das hätte ich mir gerne angeschaut, wenn ich es anders gemacht hätte. Dann hätten Sie mich genau wegen dem angegriffen und hätten gesagt... *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Haben wir ja nicht gesagt! Aber wissen tun wir es nicht!)*

Ich werde jetzt die vier Gründe noch einmal nennen, *(Abg. Klaudia Friedl: Das war das letzte Mal schon Thema!)* entgegen der Empfehlung, das öffentlich zu machen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Den Bericht, es wurden keine Ergebnisse verkündet!)*

Der erste Punkt ist, dass der Herr Geschäftsführer verweigert hat, die Prüfung weiterzuführen. Ich habe den Kollegen Wolf schon beim letzten Mal gefragt, wie er als Steuerberater das sehen würde, wenn jemand aufgefordert wird, vom Eigentümer her eine Prüfung zuzulassen und er diese Prüfung nicht zulässt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was war die Antwort? Konsequenzen ziehen, oder?)* Na eben, das würde aus meiner Sicht schon reichen, die Entlassung hier auszusprechen.

Der zweite Punkt ist, es gibt Fragen, die seine Urlaubsaufzeichnungen, Krankenstände und so weiter betreffen.

Der dritte Punkt ist eine aus meiner Sicht auch durchaus relevante Frage, was die Versorgung mit MR betrifft und wer da etwas sozusagen an Honoraren, beziehungsweise Prämien bekommen hat. Das sind Punkte, die kann man nicht vom Tisch wischen.

Diese Punkte sind einfach wichtig und ich halte es insofern für durchaus gerechtfertigt, diese fristlose Entlassung auszusprechen. Darüber hinaus hat dieses Triumvirat an Rechtsanwälten und Wirtschaftsprüfern, das mir auch vorgeschlagen und die ganze Landesregierung ist dem nachgekommen. Auch mit Beschlüssen innerhalb der Landesregierung.

Wenn man das sieht, dann sehe ich überhaupt keinen Grund, warum Sie sich für den Herrn Geschäftsführer einsetzen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hab ich schon dreimal gesagt!)* Na, das haben Sie schon gemacht, ja.

Ich möchte Ihnen abschließend sagen, ich bin jedenfalls auch - und das ist die politische Dimension, die heute auch noch besprochen werden wird - ich bin für die Gleichbehandlung aller Landesteile. Ich bin dafür, dass beide Schwerpunktkrankenhäuser auch gleich behandelt werden, dass wir eine HNO beispielsweise in Eisenstadt haben, aber auch in Oberwart haben, dass wir dafür sorgen, dass beide Landesteile gleich versorgt werden.

Ich habe das Gefühl, das ist nicht in jedermanns oder jederfraus Interesse, *(Allgemeine Heiterkeit)* ich habe das Gefühl, dass auch beispielsweise die Fragen, die die Besoldung der Pflegerinnen und Pfleger betrifft, offensichtlich nicht geteilt sind. Wenn man sich hinter den Geschäftsführer stellt, dann stellt man sich auch hinter jene, die diese 250 Euro Gehaltserhöhung verhindern wollten.

Wir sind für den Erhalt aller Krankenhäuser. Ich hoffe, das ist im gesamten Interesse. Ich hoffe, dass ich Ihnen zumindest jetzt die Aufklärung gegeben habe, die ich ja schon beim letzten Mal im Landtag gegeben habe, die Sie aber offensichtlich verdrängt haben, was jetzt die Kündigungsgründe betrifft. Ich halte das für eine richtige und gute Entscheidung.

Wir werden in diesem Sinne für das burgenländische Gesundheitswesen für die Zukunft dafür sorgen, erstens, dass alle Krankenhäuser erhalten bleiben, zweitens die Verpflegung beziehungsweise die Ausstattung aller Krankenhäuser sowohl im Norden als auch im Süden gleich stark ist und insofern halte ich diese Entscheidung für richtig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

**Präsident Christian Illedits:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Robert Hergovich hat einen Abänderungsantrag eingebracht und ich möchte hier anmerken, dass wir als ÖVP-Fraktion diesen Abänderungsantrag unterstützen werden. Dass der Landes-Rechnungshof eingeschaltet wird, ist offensichtlich Mehrheitsmeinung hier im Burgenländischen Landtag und somit hat diese Sondersitzung mit einem ganz konkreten Beschluss und mit einer ganz konkreten Vorgangsweise hoffentlich vieler Mandatäre ein sehr eindeutiges Ergebnis. Weil das hier heute mir unterstellt wurde, dass ich jemanden persönlich attackiert habe:

Ich möchte eines feststellen, auch als Gewerkschaftsmitglied übrigens, Herr Darabos, ich selbst bin ja auch Mitglied der Gewerkschaft, ich möchte nur eines festhalten: Wer auch immer sich am politischen Parkett bewegt, wer sich zu Wort meldet und mit Politik machen möchte, ist herzlich willkommen. Er muss aber dann auch aushalten, ob er Ärztekammerpräsident ist, Wirtschaftskammerpräsident, Landwirtschaftskammerpräsident, Arbeiterkammerpräsident oder eben auch Gewerkschaftsvorsitzender, dass er dann auch aushalten muss, dass andere nicht seiner Meinung sind.

Ich habe niemanden eingeladen und niemanden ausgeschlossen, seine politische Meinung zu sagen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Wenn mir jetzt unterstellt wird, dass ich trotzdem irgendjemanden beleidigt habe, dann erwarte ich mir eine Entschuldigung, weil das lasse ich nicht auf mir sitzen.

Es ist nicht korrekt. Es ist mir unterstellt worden, dass jemand, der politisch sogar dazu da ist, dass er seine Meinung sagt. Ein frei gewählter Personalvertreter hat ja die Aufgabe, aber es ist nicht meine Aufgabe, derselben Meinung zu sein, nur wenn jemand sich hier einmischt und auch seine Meinung kundtut. Das kann niemand von uns erwarten. (*Beifall bei der ÖVP*)

Herr Landesrat Darabos, Sie haben jetzt mehrfach erwähnt, Sie haben sogar von mittlerweile drei Teilberichten einer Prüfung gesprochen. Sie haben gesprochen von Regierungsbeschlüssen. Kollege Hergovich hat einige auch genannt. Ich möchte noch einmal festhalten, warum braucht es einen Sonderlandtag, wenn ich all das Sie fragen würde? Was bekomme ich als Antwort zurück?

Ich habe den Herrn Landeshauptmann gefragt, wann war folgender Regierungsbeschluss - keine Antwort, geht uns nichts an. Dasselbe gilt für Prüfberichte. Also Sie können uns nicht vorwerfen, dass ich nichts erfragen darf, und gleichzeitig, dass ich nichts weiß. (*Abg. Robert Hergovich: Wir haben eine Fragestunde gehabt!*) Herr Landesrat, entweder Sie legen das alles auf den Tisch und wir können uns alle auf Grundlage derselben Informationen eine Meinung bilden oder Sie zitieren das nicht und sagen, das geht dem Landtag, insbesondere der Opposition nichts an.

Aber was ist der Unterschied? Sie zitieren aus Berichten, sagen uns dann die Conclusio und verlangen von uns, das zu glauben, obwohl ich außer Ihrer Aussage nichts auf dem Tisch habe. Das kann man nicht erwarten, das ist nicht seriös. Wenn Sie sagen, es geht uns nichts an, das sind interne Berichte an die Landesregierung, aber das Ergebnis ist für Sie bindend und die Gerichte sollen entscheiden, das ist eine Vorgangsweise.

Aber uns zum Vorwurf zu machen, dass wir etwas, was Sie uns nicht zeigen, nicht kennen, und deshalb nicht beurteilen können, das ist mehr als fadenscheinig, das ist kein seriöser Zugang zu dieser Diskussion. (*Beifall bei der ÖVP*)

**Präsident Christian Illedits:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Manfred Kölly (LBL):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde nicht wieder 33 Minuten für dieses Thema verwenden, obwohl es notwendig wäre, wahrscheinlich den ganzen Tag und die ganze Nacht zu diskutieren, weil es sehr wichtig ist.

Wenn heute der Klubobmann Hergovich sich herstellt und sagt man missbraucht diesen Landtag und es ist eigentlich beschämend, dass man so etwas macht, dann glaube ich, da liegen wir leider Gottes in der Opposition sehr wichtig und richtig, dass wir das machen. Weil die Bevölkerung hat das Recht, zu erfahren, was tatsächlich rennt.

Ich verstehe Sie schon, Sie müssen vieles verteidigen und Sie müssen vieles wieder geraderichten, wo Sie glauben was danebengegangen ist. Nicht nur glauben, sondern wo Sie es wissen, dass vieles danebengegangen ist. Aber das ist ja nicht mehr Sache von der Diskussion.

Ich möchte ja nur eines klarstellen. Herr Landesrat Bieler, Sie haben gut aufgepasst, und Sie haben auch kapiert, worum es mir gegangen ist wie ich gesagt habe, im Voranschlag 2016 und 2017 waren 100 Millionen Euro. Es waren 100 Euro genau drinnen, vollkommen richtig. Was habe ich damit ausdrücken wollen, Herr Landeshauptmann? (*Allgemeine Heiterkeit*)

Dass man, dass man - warte ein bisschen, nur zuhören, dass man in diesem Voranschlag kein Geld mehr verwendet hat, sondern ausgelagert hat. Heute haben wir das mit der Auslagerung schon gehört. Man hat da nichts mehr vorgesehen gehabt. Wenn sich heute Herr Landesrat Darabos herstellt, dann bin ich ihm eigentlich sehr dankbar. Er hat ein paar offene Worte gefunden. Nur eines wird er ja nicht glauben, dass das in Stein gemeißelt ist.

Das hat er schon einmal gesagt, mit Oberwart und mit seiner Prophezeiung, dass das alles so passieren wird. Ich glaube es nicht, denn intern, und da hat der Kollege Steier schon vollkommen Recht, werden schon andere Zahlen kommuniziert und auch diskutiert.

Wenn ich dann höre, dass wir gegen die Angestellten sind, weil wir heute einen Sonderlandtag einberufen haben, im Gegenteil. Ich habe eines klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Im Gegenteil, die Angestellten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten sehr vieles. Aber dass sie dann immer später dran sind, wie andere Bundesländer, da sollte man sich einmal an der Nase nehmen und fragen, warum ist das notwendig, dass man später dran ist. Vielleicht hätte man da auch eine Vorreiterrolle einnehmen können, wie man immer bei Sonntagsreden behauptet. Wir sind Vorreiter, wir sind die Besten in ganz Österreich.

Nicht wir sind gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern ich glaube, dass die Regierung da säumig war, um das schon vorauszusagen und auszubezahlen. Das glaubt der Schnedl, wenn er dagegen war, dann hätte ich das gerne gewusst. Mit welchem Recht hat er eigentlich das zu sagen, dass man das nicht machen sollte? Welche Verantwortung hat er dort drinnen gehabt?

Auch für die Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Ist ihm das zugestanden, oder gibt es da einen Vorstand, einen Aufsichtsrat, und dergleichen mehr, die das entscheiden müssen? Oder hat der Herr Landesrat mit der Regierung das zu entscheiden? Das sind unsere Fragen und ich hoffe, dass wir auch Antworten bekommen.

Denn, Herr Landesrat Darabos, von den Fragen, die wir Ihnen heute gestellt haben, haben Sie eigentlich nicht viele von sich gegeben. (*Abg. Robert Hergovich: Das kommt ja erst! Zu dem kommen wir noch!*) Die kommen erst, aber ich hätte sie jetzt schon eingepackt, Herr Landesrat, weil es ja entscheidend gewesen wäre, (*Zwischenruf der Abg. Ingrid Salamon*) entscheidend gewesen wäre, wenn der Kollege Sagartz...

Frau Kollegin Salamon, (*Abg. Ingrid Salamon: Bitte, Herr Kollege?*) Sie können sich auch zu Wort melden, ist überhaupt kein Problem. Würde nur wissen, wie Sie das handhaben, wenn Sie sich rausstellen und sagen, wie gut als eigentlich das alles funktioniert.

Ja, es funktioniert sehr vieles, aber in dem Bereich ist auch einiges danebengegangen. Es macht ja nichts, ist auch kein Problem, dann sollte man das offen andiskutieren können und es nicht nur andiskutieren können, sondern auch einen Sonderlandtag einberufen können.

Heute hat der Kollege Hergovich gesagt, vor sieben Jahren war Eberau sehr wichtig. Gott sei Dank, auch ich habe damals gesagt, das kann es nicht geben und das darf es nicht geben, dass man so mit der Bevölkerung umgeht und der Herr Landeshauptmann hat das auch vollkommen richtig gemacht.

Aber auch das ist wichtig, dass die Bevölkerung erfährt, wie man mit öffentlichen Geldern umgeht. Was bekommen die wirklich für eine Abfertigung? Ich habe heute noch nicht gehört, warum der Herr Baier, Tourismusobmann, warum der "gegangen worden ist". Was hat der tatsächlich für eine Abfertigung bekommen? Ich vergönne es ihm ja, wenn er einen Vertrag hat, und man setzt ihn an die frische Luft, dann muss er ja auch von etwas leben. Oder wie schaut das aus? Hat man ihm einen Job woanders besorgt und dergleichen mehr?

Warum darf der Landtag das alles nicht wissen? Ich bin jetzt bei der Kollegin Petrik. Wenn sie sagt, Demokratieverständnis und wir dürfen ja hoffentlich eine solche Sondersitzung einberufen, und man soll das auch respektieren, und auch im Landtag die Abgeordneten. Weil ich der Überzeugung bin, wir sind der Landtag, das ist die Regierung. Wir müssen auch der Bevölkerung klarlegen, wir wurden gewählt.

Wir wurden gewählt, manche sind nur besetzt worden oder hingesetzt worden, die sind nicht einmal gewählt worden. Das muss man auch einmal klar gesagt haben. Manche sind nur hingesetzt worden und nicht gewählt worden. Wir sind gewählt worden. Das muss man auch klar und deutlich einmal sagen. Daher glaube ich, dass man auch das als Verantwortung eines Abgeordneten sehen muss.

Da bin ich wieder beim Herrn Kollegen Steier, dass wir einzeln, eigentlich für uns selber hier sitzen und nicht für einen Klub und nicht für eine Partei. Sondern jeder kann selbst frei entscheiden und das soll er auch.

Leider ist das halt - und da gibt es ja den Tassilo, welcher so schön schreibt, der Parteienfilz. Ihr werdet den ja gelesen haben. Er nimmt sich kein Blatt vor den Mund. Der sagt die Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren. Lesen Sie das einmal an einem Sonntag, was der sagt, meine Damen und Herren.

Dort ist es klar und deutlich zum Ausdruck gekommen, da traut sich keiner etwas gegen ihn sagen, weil es genau stimmt. Daher sollten wir uns an die richten, und sagen, nicht die Partei steht im Vordergrund, sondern der Mensch steht im Vordergrund in unserem wunderschönen Land. Da bin ich total d'accord mit dem Landeshauptmann und mit vielen in der Regierung.

Nur, ich habe ein Problem, wenn man nicht Transparenz herrschen lässt. Ich habe ein Problem, wenn man nicht die Wahrheit ans Tageslicht bringt. Legen wir sie her und sagen, der Vertrag vom Schnedl hat so ausgesehen, der Vertrag vom Baier hat so ausgesehen, der Vertrag von allen, die jetzt „geschasst“ geworden sind. Der eine sitzt halt jetzt in Wien. Was hat der für eine Rolle gespielt, was hat der für eine Rolle gespielt? Der hätte das auch wissen müssen, Herr Landeshauptmann.

Der Herr Personalchef hätte das ja wissen müssen, dass da einiges nicht so rennt. Oder war der der Informant von der ganzen Geschichte, dass das nicht so rennt? Ist das auch eine Möglichkeit? Ich stelle das nur in den Raum. Vielleicht ist das so passiert, ich weiß es ja nicht. Wenn es so ist, dann sollte man es sagen. Auch egal, ich habe auch kein Problem damit.

Nur, es gehört die Wahrheit ans Tageslicht, (*Abg. Ingrid Salamon: Wessen Wahrheit?*) und ich glaube, dass wir sehr wohl die Verpflichtung haben, auch das zu erfahren. Wenn ich mich hinstelle, Herr Landesrat, ein bisschen patschert ist halt die Pressekonferenz auch angekommen, muss ich dazu sagen, wo sich die Herren Experten Sporn, Wutzlhofer, Kohlhauser hinsetzen und sagen das, na gut, schön und gut.

Warum hat man nicht eigentlich im Vorfeld das diskutiert, auch mit dem Landtag, auch mit den Klubs, das und das wird passieren? Das und das ist leider passiert, ist eingetreten! Dann hätten wir nicht die Inszenierung, wie Ihr behauptet, wir inszenieren uns nur da. Nein, wir haben eine Verpflichtung, das zu hinterfragen und dazu stehe ich auch.

In diesem Sinne erwarte ich mir jetzt wirklich klare Antworten. Es wäre doch schön, wenn wir wirklich die Wahrheit tatsächlich erfahren, oder ob es die Gerichte entscheiden müssen.

Mit ist lieber, wir erfahren es da, wir können es transportieren in die Bevölkerung hinaus, wo das auch passt. Wo wir immer gesagt haben, auch in der Opposition, wir arbeiten gerne mit, selbstverständlich, aber wir sollten wissen, wo wir mitarbeiten sollen. Ob das überhaupt legitim ist, ob der angestellt ist worden, unter welchem Vertrag ist er angestellt worden?

Welche Verträge gibt es noch, die irgendwo herumschwirren, sei es in der Energie Burgenland, sei es in vielen Dingen, die mehr verdienen als der Landeshauptmann. Ich kann ein Beispiel nur sagen: Simandl. (*Abg. Doris Prohaska: Der Kölly.*) Damals ist nämlich der Zirkus mit dem Simandl losgegangen. Der hat 400.000 verdient und dann hat der Herr Landeshauptmann 240.000 nur bekommen. Also das kann es auch nicht geben.

Daher sollte man auch hier mit offenen Karten spielen und sagen, liebe Freunde, verdient der das tatsächlich? Schauen wir uns die Verträge an! Somit hat man eigentlich eine gute Diskussion gehabt, aber wir wissen auch die Wahrheit, und das ist unser Recht. Der Rechnungshof wird hoffentlich alles aufdecken - und bei dem Antrag werden wir natürlich auch mitstimmen -, weil dort viele Dinge drinnen stehen, die vielleicht im Vertrag vielleicht auch drinnen stehen, was wir gerne gesehen hätten.

Vielleicht kommt der dann ans Tageslicht, aber ich hoffe nicht in drei Jahren oder in vier Jahren, sondern den bräuchten wir so rasch als möglich. Wenn der Rechnungshof zu wenig Personal hat, dann stellen wir ihm gerne eines zur Verfügung. Verzichten wir halt einmal auf eine Landtagsgage, einen Monat oder zwei Monate, und geben ihnen Personal. (*Abg. Robert Hergovich: Sondersitzung können wir einsparen.*)

Vielleicht wäre das ein guter Ansatz, dass man auch Licht in den Tunnel bringt. Das wäre, glaube ich, eine wichtige Entscheidung. (*Beifall bei der LBL*)

**Präsident Christian Illedits:** Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Hergovich, Molnár und Kollegen abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist ein einstimmiger Beschluss.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Hergovich, Molnár und Kollegen ist somit einstimmig angenommen.

### **Dringliche Anfrage des ÖVP-Landtagsklubs an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend KRAGES (Zahl 21 - 655) (Beilage 923)**

**Präsident Christian Illedits:** Es erfolgt nun die Verhandlung der dringlichen Anfrage des ÖVP-Landtagsklubs an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos, Zahl 21 - 655, Beilage 923, und ich erteile hiezuherrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf, MA das Wort zur Begründung.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP):** Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landesrat Darabos! Nicht viele waren überzeugt von Ihnen oder Ihrer Arbeit, als Sie als Landesrat angelobt wurden, so ehrlich dürfen wir sein. *(Zwiesgespräche in den Reihen der SPÖ und FPÖ – Abg. Ingrid Salamon: Das ist ja wirklich!)* Wir haben Ihnen aber viel an Vorschusslorbeeren geschenkt. Wir als ÖVP haben Ihnen viel an Vorschusslorbeeren geschenkt, weil wir der Meinung waren, dass Sie immer fachlich diskutieren und die Sachpolitik in den Vordergrund stellen.

Mit dem Abgang vom Wiener glatten Parkett ist es jetzt nicht unbedingt einfacher im Burgenland für Sie geworden, aber Ihr Ansager, vor allem als Bollwerk in der Regierung gegen die FPÖ zu wirken, hat sich mittlerweile nur mehr an Ihrer Sitzposition gezeigt.

Sie müssen vielmehr der Handlanger sein - von Ihrem Chef, von Ihrer Partei, und in dem Fall auch den Kopf sogar hinhalten. Sie müssen ausbaden, was Ihnen Ihre Einsager vorgelegt haben. Herr Landesrat, wir haben bewusst keinen Untersuchungsausschuss eingesetzt, weil einer für Sie jetzt eh reicht, aber das heißt ja nicht, dass der nicht noch kommen kann.

Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hergovich! Vor allem Sie, der behauptet hat, dieser Sonderlandtag ist nicht wichtig, dieser einstimmige Beschluss beweist ja vielmehr und unterstreicht noch die Dringlichkeit und begründet sie auch. *(Abg. Robert Hergovich: Haben wir Euch wieder rausgerissen.)* Also, vielen Dank, dass wir diesen Beschluss einstimmig fassen konnten.

Heute, bei diesen dringlichen Anfragen, sind wir an dem Punkt angelangt, wo wir „die Vorgehensweisen wie in Nordkorea“ und „das System Niessl“ - also Zitat Peter Rezar - durchleuchten und durchschauen möchten. Zu Beginn möchte ich die Fakten noch einmal zusammenfassen.

Die gesamte Verantwortung in den letzten Jahrzehnten im gesundheitspolitischen Bereich im Burgenland haben und hatten SPÖ-Politiker und Funktionäre inne, im BURGEF, im Regionalen Gesundheitsplan, in der KRAGES und auch in der politischen Verantwortung und im politischen Ressort. *(Abg. Ingrid Salamon: Ja! Darum gibt es die*

positiven Rückmeldungen, die wir heute schon gehört haben.) Da geben Sie mir Recht - scheinbar.

In der KRAGES sind Sie, Herr Landesrat, der Vorsitzende des Aufsichtsrates und auch Eigentümerversorger in der größten ausgegliederten Gesellschaft mit etlichen Millionen. Da geben Sie mir auch Recht. Und um den Einfluss auf die KRAGES als GmbH zu nehmen, bedarf es Beschlüsse der Generalversammlung, um diese von der Regierung auch weiterzutragen in die GmbH, um an den Geschäftsführer auch Aufgaben weiterzutragen.

Das sind Standpunkte. Das sind drei Tatsachen, wo Sie mir, nehme ich an, Recht geben, weil es kein Durchgriffsrecht von einer Regierungssitzung, von einem Regierungsbeschluss, in die GmbH gibt.

Zum letzten, der vierte Punkt, wo Sie mir Recht geben müssen, ist, dass die SPÖ in den letzten Jahren immer über alle Personalangelegenheiten in der KRAGES Bescheid wusste. Die Einstellung vom Schnedl wurde von uns allen nicht nur mitgetragen, sondern von der SPÖ forciert, aber auch das andere, sonstige Personal, Personalchef und wie sie alle heißen, wurden von der SPÖ bewusst vorangetrieben. Es wurde bekannt und natürlich auch genehmigt. Das sind vier Tatsachen, über die wir nicht diskutieren können.

So. Und daraus abgeleitet, ergibt sich auch schon der SPÖ-Krimi, der die Parteipolitik und die Machthabe auf Kosten der Mitarbeiter und der Patienten leider nicht rechtfertigt. Der Geschäftsführer, um das zusammenzufassen, wird kriminalmäßig mit Polizeieinsatz entlassen - durch Anwälte des Landes und nicht von der KRAGES entlassen - und weil der, ... (*Landeshauptmann Hans Niessl: Das stimmt schon wieder nicht!*) Das haben Sie in der letzten Sitzung gesagt. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben das gesagt. – Das stimmt nicht.*)

Herr Landeshauptmann, lesen Sie das Protokoll. Im Protokoll steht ganz klar, dass der Herr Landeshauptmann gesagt hat, die Anwälte des Landes haben den Geschäftsführer der KRAGES entlassen. Das ist jetzt nichts, was ich erfunden habe. (*Landeshauptmann Hans Niessl: Das ist so nicht!*) Das steht im Landtagsprotokoll, gerne nachzulesen, falls es jemand vergessen hat.

Und weil der Rechtsanwalt der KRAGES auch dort anwesend war, aus welchen Gründen auch immer, wir wissen es nicht, wurde der gleich mitentlassen.

Zuvor ist aber noch zu klären - und diese Frage stellen wir auch -, warum der Personalchef Doppler damals gehen musste. Wir wissen auch nicht, in welcher Höhe ihm die Abfertigung bezahlt wurde. Auch wenn er jetzt ein Vertrauter des Landeshauptmannes ist und aus dessen Büro kommt, ist es für uns unklar, wie hoch und warum er diese Abfertigung bekommen hat.

Ein weiterer Punkt, der für uns unklar ist, ein paar Tage vor oder um die Entlassung des Geschäftsführers Schnedls wurde zufällig der Mitarbeiter vom Landeshauptmannbüro, der Herr Funovits, in die KRAGES entsandt, als Prokurist über eine Weisung der Landesregierung.

All diese Fragen sind für uns ungeklärt. Wir wissen es nicht. Darüber lassen Sie uns im Dunkeln, und das ist für uns auch nicht in Ordnung, weil wenn man jetzt einen Wachhund oder einen Aufpasser oder wen auch immer in die KRAGES vom Landeshauptmannbüro entsendet, dann ist es, glaube ich, schon opportun, dem Landtag, der die budgetären Mittel zur Verfügung stellt, darüber Bescheid zu geben. (*Beifall bei der ÖVP*)

Und da bin ich noch gar nicht bei der Frage, ob der Herr Funovits überhaupt bestqualifiziert für diesen Job ist oder ob er einfach nur im Sinne von Herrn Landeshauptmann dort agieren wird und täglich Bericht erstatten wird.

Die große Frage, die sich für uns in der KRAGES auch noch stellt, ist, warum gewisse Entscheidungen ausschließlich durch Weisungen in die GmbH getragen werden. Ich glaube, dass es in einer GmbH notwendig ist, einen Gesellschafterbeschluss zu fassen. Die Eigentümervertreter sind gleich jenen, die in der Landesregierung sitzen.

Aber trotzdem gibt es Schriftstücke, wo der Herr Landeshauptmann, der Herr Darabos in seiner Zuständigkeit, auch der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, warum auch immer, sie zu dritt eine Weisung unterschreiben, was in der KRAGES passieren soll. Das sind offene Fragen, die für mich nicht erklärbar sind.

Was hat das eine mit dem anderen zu tun, wenn man schon immer darüber spricht, dass die GmbH, die ausgegliedert ist, eigentlich kein Auskunftsrecht gegenüber den Abgeordneten hat? Ich frage mich schon, welche Fehler hier passiert sind und warum gerade Weisungen das adäquate Mittel für diese Politik sind.

Aber der Krimi geht ja noch weiter. Man orientiert sich mittlerweile an irgendwelche Spitzelmethoden, weil kurz nach der Entlassung von Herrn Geschäftsführer Schnedl kommt es zu einer Sonderprüfung, zu einer Fragestunde des Verfassungsschutzes in der KRAGES. Es werden Wiener IT-Firmen beauftragt, die den einzigen Auftrag haben, irgendwelche E-Mail-Postfächer von Mitarbeitern zu durchforsten, irgendwelche E-Mails der letzten Jahre durchzusehen, ob man noch irgendein kleines Brösel findet, um das zu rechtfertigen, was da alles passiert ist.

Also, das ist in anderen Systemen der Welt schon öfter passiert, heute noch passiert, aber gerade mit diesem System rühmen wir uns nicht. Ganz im Gegenteil, diese verurteilen wir!

Jetzt sind wir an einem Punkt angelangt, wo die Verteidigungsstrategie der SPÖ mehr als nur bröckelt. Ja, sie fällt in sich zusammen, weil Ihr seid es, die die KRAGES leider beschädigt habt und mit solchen Vorgehensweisen nicht den Charakter eines Politikers zeigen, den man eigentlich erwartet.

Herr Landesrat, weil Sie mich angesprochen haben, wir haben das bei der letzten Sitzung kurz diskutiert, wenn in einer Firma der Chef mit den Mitarbeitern ein Problem hat, dann sucht man in erster Linie das persönliche Gespräch, gibt ihm vielleicht noch eine Chance, und wenn das nicht der Fall ist, na dann wird es zur Entlassung kommen. Das stimmt schon. Da geben wir Ihnen alle Recht.

Aber in dieser speziellen Situation, als Gesellschaft des Landes zu 100 Prozent, mit 150 Millionen Budget, das wir als Landtag zur Verfügung stellen, steht es uns mehr als zu, darüber Bescheid zu wissen, weil das sind mehr als zehn Prozent des Landesbudgets. Und dann zu sagen, ja, lieber Landtag, das ist alles geheim und das ist alles wichtig und wir haben eh Stillschweigen vereinbart, das ist uns eindeutig zu wenig und das sprüht in Wirklichkeit schon nach einem Skandal.

Bei dieser dringlichen Anfrage geht es jetzt natürlich darum, die Machenschaften und das System Niessl zu hinterfragen und nicht um Einzelpersonen oder sonstige Positionen. Man versucht, zähneknirschend irgendwelche Anhaltspunkte zu finden, um die Überreaktion der Entlassung zu finden und leider aber, wie wir jetzt gehört haben, sind alle Erklärungen nur darauf abzuzielen, warum wir jetzt den Sonderlandtag machen.

Ich habe jetzt seit drei Stunden kein einziges Argument inhaltlicher Natur von den Herrn Kollegen Abgeordneten gehört, warum es zu diesen Vorgängen gekommen ist. Der Herr Landesrat hat versucht, sich zu erklären, aber sehr holprig, weil schlüssig ist das trotzdem für uns noch nicht.

Geschätzte Damen und Herren! Das sind leider für uns billige Ausreden, um so eine polizeibekannte Entfernung zu rechtfertigen. (*Abg. Werner Friedl: Der kapiert das einfach nicht.*) Wir haben es schon einmal kurz erwähnt und, Herr Kollege, ich kapiere es wahrscheinlich besser als Sie. Wenn Sie schon so großartig daherreden, (*Abg. Werner Friedl: Du kapierst es nicht.*) stellen Sie sich heraus und versuchen Sie uns, das System zu erklären.

Ich weiß wie das bei Ihnen rennt. Als SPÖ-Abgeordneter müssen Sie sich ducken, müssen nachlaufen, damit ja nichts passiert. Das weiß ich schon. Der große Unterschied zu uns ist halt, dass man eigenverantwortlich, selbstverantwortlich mitdenkt, Ideen einbringt (*Zwiegespräche und Heiterkeit in den Reihen der SPÖ*) und versucht, gute Politik zu machen. Aber bei Ihnen ist das anders. (*Beifall bei der ÖVP*)

Die genauen Entlassungsgründe sind bis heute nicht da. Wir wissen nicht, zu welchem Zeitpunkt Sie in der Regierung, Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat, über die Missstände in der KRAGES Bescheid gewusst haben. Worüber wurden Sie als Aufsichtsrat, als Regierungsmitglied, in Kenntnis gesetzt? War da schon etwas vor Weihnachten?

Gab es das erst zwei Tage nach der eingesetzten Prüfung? Warum wurde ein Regierungsbeschluss erst ein paar Tage nach Beginn der Prüfung gefasst? Das ist ja eine falsche Reihenfolge. Zuerst schickt man irgendwen irgendwohin prüfen und erst im Nachhinein rechtfertigt man das mit einem Regierungsbeschluss. Da sind so viele Fragen offen, die für uns ungeklärt bleiben.

Um das System Niessl noch einmal zu erklären, das war bereits in den Medien: Wie kann es sein, dass ein SPÖ-Aufsichtsrat eine SMS verschickt, wo drinnen steht sinngemäß: „Mach‘ das, was der Landesfürst will, nur dann behältst du deinen Job.“ Das ist das System Niessl und das können wir nicht tolerieren.

Wir wollen Antworten darauf, warum so etwas funktionieren kann. (*Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Niessl*) Bitte, Sie haben heute noch die Gelegenheit dazu. Ich werde aufmerksam zuhören und darauf hoffen.

Geschätzte Damen und Herren! Diese Nervosität zeigt ganz klar, dass die SPÖ in Erklärungsnot ist.

Wir kommen zum nächsten Punkt, wo offene Fragen sind. Das ist der Regionale Gesundheitsplan. Die Basisversorgung ist im aktuellen RSG enthalten. Dieser wird von Experten erarbeitet und - was ja noch viel wichtiger ist und das sollte man sich auch zu Herzen nehmen -, der RSG wird von der Politik vorgegeben.

Im BURGEF sitzen ausschließlich politische Vertreter, Vertreter der Institutionen, die durch die Politik entsendet werden. Wenn ich mir die Anwesenheitsliste einer Sitzung vom BURGEF ansehe, dann hat den Vorsitz der Herr Darabos, der Landesrat Bieler ist dabei, auch der Günter Kovacs sitzt da drinnen, und dieses Gremium hat die Verantwortung, den RSG zu diskutieren, die Gesundheitspolitik im Burgenland vorzugeben.

Und siehe da, in den letzten Monaten wurde immer wieder darauf abgezielt, dass der RSG nicht gescheit fürs Burgenland ist. Aber dann ist ja das ein Eigentor, geschätzte

Damen und Herren. Sie werfen sich selbst vor, die Gesundheitspolitik im Burgenland passt nicht, obwohl sie selbst im BURGEF das vorgeben könnten, weil der Herr Schnedl, glaube ich, ist dort nur Befehlsempfänger, zumindest steht er da jetzt nicht operativ drauf, dass er die Entscheidungsgewalt darüber hätte.

Darüber wollen wir auch Antworten bekommen, Herr Landesrat. Ich bin schon gespannt, wie das ausschauen wird!

Das Krankenhaus Eisenstadt ist einer der nächsten Punkte, wo offene Fragen sind. Die SPÖ hat jahrelang verhindert, dass dort Ärzte oder Personal angestellt werden. Wenn man die Medien in den letzten Jahren verfolgt, und es gibt genug Artikel aus dem Jahr 2015, zufällig im Mai vor der Landtagswahl wurde dort natürlich das Krankenhaus Eisenstadt groß ausgebaut.

Hinter diesen Plänen stehen wir auch, und es ist darum gegangen, die Bettenanzahl auf 420 zu erhöhen, was schlussendlich passiert ist. Aber scheinbar hat die Politik, wer auch immer da zuständig war, darauf vergessen, budgetäre Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Pflegekräfte, die Ärzte und das sonstige Personal anzustellen.

Geschätzte Damen und Herren! Jetzt das irgendjemandem vorzuwerfen, obwohl man vorher selbst darauf vergessen hat, die Überweisungen zu tätigen, all das zeugt von einer Doppelmoral, die wir eigentlich nicht für sinnvoll erachten.

Geschätzte Damen und Herren! Im Krankenhaus Oberwart hätten 250 neue Mitarbeiter eingestellt werden müssen, und man hat darauf vergessen, die budgetären Mittel in Höhe von zirka zehn, zwölf Millionen Euro dafür zur Verfügung zu stellen.

Ich zitiere den Gesamtleiter Robert Maurer von damals: „Drei neue Abteilungen können auf Grund von nicht genehmigten Dienststellen vorerst nicht eröffnet werden.“ Weiters steht im ORF, dass ständig neue Hürden und inakzeptable Eingriffe in die Betriebsführung dazu geführt haben, dass die Eröffnung eines Neubaus nicht von statten gehen hat können.

Geschätzte Damen und Herren! Das zeigt doch eindeutig, dass Sie es nicht mit der Gesundheitspolitik im Burgenland ernst gemeint haben, und auch hier sind Fragen offen, auf die wir hoffentlich heute Antworten bekommen.

Dann komme ich auch schon zum nächsten Punkt. Das ist das Krankenhaus Oberwart. Der Herr Kollege hat es heute schon kurz angesprochen. Es wird in Stein gemeißelt sein, dass das Krankenhaus Oberwart 150 Millionen kosten wird und 2021 eröffnet werden wird.

Das haben wir in den letzten Jahren in allen Zeitungen gelesen. Der Herr Landeshauptmann, der Herr Landesrat Darabos rühmen sich damit, aber - wie wir heute auch schon erfahren haben - jeder weiß, dass es erstens, wahrscheinlich nicht 2021 eröffnet wird und bei weitem über 250 Millionen Euro kosten wird, und das ist nicht ehrlich für den Steuerzahler, das ist auch nicht ehrlich für alle Patienten, die im Südburgenland hier eine neue Anlaufstelle bekommen wollen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Hier bleiben viele Fragen offen. Jetzt komme ich zu einem Punkt, der uns in den letzten Tagen zugetragen wurde. Es geht um die Landeskrankenpflegeschule, die auch in den Bereich der KRAGES und der Gesundheitsversorgung gehören. Man hört im Land, dass es auch in der Schule für Gesundheit und Krankenpflege in Oberwart eine Prüfung gab, dass es dort auch Ungereimtheiten gab und festgestellt wurde, dass man etwas tun muss.

Wir fragen auch deshalb, ob dort die Leiterin der Schule überhaupt die notwendigen Qualifikationen nach geltendem Recht aufweist? Wir fragen uns, warum es in den letzten Jahren eine derart hohe Fluktuation beim Lehrpersonal gab? Man hört auch, dass es persönliche Weisungen hinsichtlich der Abrechnungsmodalitäten für das Lehrpersonal gab. Angeblich wurden auch Zeugnisse im Nachhinein umgeschrieben, weil Klagen gegen das Land im Raum standen.

All das sind Fragen, die für uns ungeklärt sind und wo wir Antworten haben möchten. (*Abg. Manfred Kölly: Habidere!*) Hier öffnen sich neue Missstände und das Mindeste ist doch wohl, dass man hier die Ausbildung auf hohen Stand behält und den AbsolventInnen auch Zukunftsaussichten gibt.

All das veranlasst uns heute, diese dringliche Anfrage zu diskutieren. Diese Fragen an Sie, Herr Landesrat, zu stellen, weil es noch so viele ungeklärte Fragen gibt. Das System, in dem Sie mitspielen müssen, das schlägt leider hier voll zu, es wurde dieses Buch heute schon zitiert, ich möchte es nochmals tun.

Das von Herrn Präsidenten Illedits inszenierte Buch „Demokratino“ von Herrn Brenzina - jetzt ist er nicht da - kann man nachlesen, da drinnen findet man Akteure wie den Leopold, die Doro, oder den Diktatos, und man kann schnell Parallelen zum Burgenland finden, weil nicht nur das Landhaus auf der Vorderseite abgebildet ist, sondern auch der Herr Präsident Illedits auf der zweiten Seite herauslacht, aber es macht wohl keinen Sinn, einen Ordnungsruf zu geben, vielleicht bringt dieses Buch ja eine neue Dynamik in diese Thematik.

Nichtsdestotrotz für Euch gilt es wohl ausschließlich hier, wenn es nach dem Landesrat Rezar geht, nachzulaufen, zu kuschen, nichts zu sagen, weil sonst wird man entfernt. Auch das ist ein sinngemäßes Zitat von Ihrem Kollegen, der in der ersten Reihe sitzt und jeden Tag mit Ihnen in der SPÖ diskutieren darf und kann.

Die Burgenländer haben es sich jedenfalls verdient, in dieser Angelegenheit besser informiert zu werden, eine durchschaubare Politik zu machen und nochmals, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von Rot und Blau, bei den Abgeordneten, es ist unser Recht zu erfahren, was in diesen ausgegliederten Gesellschaften passiert.

Es ist auch unser Recht, wenn auch wir denen das Geld zur Verfügung stellen, darüber Bescheid zu wissen, wer dort angestellt wird, wer welche Verträge unterschreibt, wer wie viel verdient und welche Arbeit sie leisten und nicht erst dann, wenn es zu spät ist. Wir wollen, dass es klar und nachvollziehbar wird. Das ist unser Anspruch an Politik, und deswegen haben wir diese Fragen gestellt.

Herr Landesrat, bitte erklären Sie uns nun diese dubiosen Machenschaften, oder diese dubiosen Dinge, die hier in den letzten Monaten passiert sind, weil wir - und das möchte ich unterstreichen - wollen ausschließlich eine lückenlose Aufklärung dieser Dinge. (*Beifall bei der ÖVP*)

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer** (*der den Vorsitz übernommen hat*): Danke Herr Abgeordneter. Die Begründung ist somit erfolgt.

Ich erteile daher Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos von der Regierungsbank das Wort zur Abgabe seiner Stellungnahme gemäß § 30 Abs. 3 GeOLT.

**Landesrat Mag. Norbert Darabos** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn etwas ein Skandal ist, dann ist das Ihre Wortwahl. (*Abg. Robert Hergovich: Absolut! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ*) „Dubiose Machenschaften“ - irgendwann hört sich der Spaß auf.

Ich werde auch auf die einzelnen Dinge eingehen. *(Abg. Walter Temmel: Transparenz!)* Dem Polizeieinsatz, um sozusagen in der Chronologie fortzufahren, den hat nicht die Landesregierung angeschafft, sondern das hat der Herr Schnedl offensichtlich mit dem Kollegen Duran... *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wie sie in das Haus eingedrungen sind, oder?)* Ins Haus eingedrungen? Fragen Sie die Polizei, ob da ein Verfahren oder so etwas ist.

Ich würde meinen, wenn ich entlassen werde, und ich bin nicht in der Lage, diesen Brief zu empfangen, und es kommt jemand freundlich und möchte einen Brief übergeben *(Abg. Ingrid Salamon: Ruft man die Polizei, selbstverständlich.)* und ich bin zu Hause, dann würde ich keinen Grund sehen, diesen Brief nicht zu übernehmen, oder? Wie sehen Sie das? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: War es der Postler? Nein.)* Es war ein Anwalt. *(Abg. Walter Temmel: Ist das üblich?)*

Wo ist da das Problem? Dass Sie sich da auch noch hinter den Kollegen Schnedl stellen, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Es geht um das System.)* das verstehe ich jetzt überhaupt nicht, muss ich ganz offen sagen, denn es ist jemand gekommen und hat einen Brief freundlich übergeben *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist das für eine Vorgangsweise?)* und ist wieder gegangen. Gut das war es. So, das ist jetzt die eine Geschichte. *(Abg. Walter Temmel: Ist das üblich?)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer** *(das Glockenzeichen gebend):* Am Wort ist der Herr Landesrat.

Bitte.

**Landesrat Mag. Norbert Darabos** (SPÖ): *(fortsetzend)* Zum Herrn Kollegen Funovits, Sie können sich sicher sein, dass der einen hervorragenden Job jetzt als Prokuristen in der KRAGES leistet *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Musst Du ja sagen.)* und den sollte man jetzt nicht anschütten, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich schüttele gar nicht an, ich hinterfrage nur, ob er der Beste ist. – Abg. Ingrid Salamon: Strategie der ÖVP!)* ohne dass man sozusagen seine Tätigkeit auch einschätzen kann.

Der dritte Punkt. Es gibt auch einige, ich werde die Fragen dann auch einzeln beantworten, obwohl ich es nicht müsste, in dem Ausmaß, weil das kann ich natürlich auch schriftlich machen, aber ich mache es trotzdem.

Es gibt auch noch einen weiteren Vorwurf, das habe ich nicht ganz verstanden von Seiten der ÖVP, Sie nehmen jemanden in Schutz, der Daten einer Firma löscht, wenn er gekündigt wird. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wer löscht Daten? Das wissen wir ja gar nicht.)* Das haben Sie ja so angedeutet, dass Sie wissen, forensisch, dass da ... *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich weiß nicht, wer was löscht. – Abg. Klaudia Friedl: Genau, jetzt auf einmal wissen wir nichts.)*

Na gut, ich sage es Ihnen nur, auch das wird Gegenstand der Untersuchungen sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP)* Es wurde von Seiten der ÖVP angesprochen, dass man ihn sozusagen verfolgt hätte, *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)* weil Daten gelöscht worden sind. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich habe nur von Mitarbeitern geredet. Ich habe nichts von löschen gesagt. Das haben Sie gesagt.)*

Also, ehrlich gesagt, das kann ich nicht nachvollziehen, ich habe nichts dagegen, wenn jemand private Daten von seinem Computer löscht, aber dienstliche Daten vom Computer zu löschen, das wird auch Frage möglicherweise der Staatsanwaltschaft sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Weiters weise ich zurück, dass Sie von SPÖ-Aufsichtsräten sprechen. Sie meinen wahrscheinlich den Kollegen Wolner, das ist ein hochdekorierter Herzchirurg, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich weiß nicht, von wem das SMS ist.)* der - ich nehme an, dass das Ihr Verdacht war, warum sagen Sie dann SPÖ-Aufsichtsrat, wenn Sie nicht wissen, von wem es ist? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Also wie heißt der Herr? Wolner, oder wie?)*

Ich weiß es nicht, es könnte sein. Das ist ja die Verdächtigung von Euch gewesen. Aber ehrlich gesagt, einen SPÖ-Aufsichtsrat gibt es nicht in der KRAGES, ganz im Gegenteil, die Aufsichtsratssitzung der KRAGES sind sehr harte Aufsichtsratssitzungen.

Vierter Punkt: RSG, ÖSG. Wir sind derzeit in der Begutachtungsphase des Österreichischen Struktur- und Gesundheitsplanes. In der Begutachtungsphase. Sie haben Recht, der Geschäftsführer der KRAGES und der operative Leiter in der BURGEF haben kein Recht sozusagen, diesen Plan endgültig zu entscheiden, sondern das müssen wir tun.

Nur die Vorschläge, wie sie gemacht worden sind, sind hinterfragenswert gewesen und die sind ja nicht nur hinterfragenswert, sondern man hat auf Grundlage des ÖSG gemeint, den es noch nicht gegeben hat, man muss den RSG so und so verfassen, was sicher den Bürgermeister Steiner auch im negativen Sinne betroffen hätte, aber Sie setzen sich ja für die Leute ein, die für Eisenstadt nicht das Positivste wollen, das ist so. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Von was reden Sie? Das glauben Sie doch nicht selber. Das werden Sie doch nicht einmal selber glauben.)*

Die HNO, das war vom Geschäftsführer der KRAGES vorgeschlagen, das war nicht der Entlassungsgrund, aber es war vorgeschlagen vom Geschäftsführer der KRAGES, die HNO in Eisenstadt zu schließen. Damit hätten wir 166.000 Menschen im Nordburgenland ohne HNO-Versorgung gehabt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wir haben dem ja nicht zugestimmt. Ich wollte das nur kurz sagen, und das ist auch ganz wichtig.

Beim Krankenhaus Oberwart verstehe ich den Zugang überhaupt nicht, ich sage das ehrlich. Sie haben, nicht Sie persönlich, aber zwei Leute sind noch unter uns, haben 2014 mitgestimmt, diese Vorgangsweise so zu wählen, wie sie gewählt wurde und da steht alles drinnen.

Ich kann es genau sagen. 158,5 Millionen Euro plus einer Bauherrenreserve, plus einer Indexanpassung, je nachdem wie lange der Bau dauert, plus Übersiedlungskosten. Das haben Sie mitbeschlossen, und ich verstehe nicht ganz genau, wo Sie da hinauswollen.

Wir stehen dazu, dass wir dieses Krankenhaus bauen, und ich stehe dazu, und ich hoffe, Sie stehen auch noch dazu, was Sie damals in der Regierung mitbeschlossen haben und dass das auch eine gute Entscheidung für die Gesundheitspolitik im Burgenland ist. *(Abg. Walter Temmel: Kostenhöhe!)*

Jetzt zu den einzelnen Fragen. Im Übrigen, die letzte Frage kommt nicht vor in Ihrer Anfrage, was die Krankenpflegeschule betrifft, aber ich werde trotzdem die Fragen, wie Sie sie gestellt haben, auch beantworten. Im Übrigen möchte ich kurz darauf hinweisen, erstens danke für die Vorschusslorbeeren, schade, dass sie offensichtlich nicht erfüllt worden sind, aber mit der Mindestsicherung beispielsweise haben wir einen gemeinsamen Beschluss zustande gebracht.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die ÖVP nicht immer destruktiv, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Selbst Ihr seid konstruktiv.)* sondern auch ab und zu konstruktiv war.

Wir haben im Budget mehr als die Hälfte des Geldes in den Gesundheits-, Sozial-, Arbeitsmarkt und Bildungsbereich gestellt, und auf das sind wir stolz. Politisch stolz! Weil das ist einfach eine wichtige Entscheidung, dass das Burgenland in diesem Bereich, im Sozial- und Gesundheitsbereich, Vorreiter österreichweit ist, auch mit klarer Aussage in Richtung mehr als die Hälfte des Budgets. Wer kann sich mehr wünschen?

Zu den Fragen im Einzelnen. Zur ersten Frage: Ich wurde von der Abteilungsvorständin der für die KRAGES zuständigen Abteilung, das ist die Finanzabteilung, über die bereits veröffentlichten Verfehlungen in Kenntnis gesetzt. Im März des Jahres - und das war auch eine Falschmeldung von Ihrer Seite - hat die Landesregierung einen einstimmigen Beschluss gefasst, diese Prüfung durchzuführen und im Zuge der Einbindung der KRAGES in die Burgenland Holding, um das sozusagen auch umzusetzen. Im Rahmen dieser Sonderprüfung, die als rechtsüblich vorgesehen ist und auch so eingestuft wird, wenn es um Umgründungen von Unternehmen geht, wurde dies einstimmig in der Regierung auch so festgelegt.

Wer hat die Sonderprüfung beauftragt? Die Sonderprüfung wurde durch das Beteiligungsmanagement, durch die Finanzabteilung, empfohlen, und die Landesregierung ist der Empfehlung mittels Beschluss am 7.3.2017 nachgekommen.

Wer wurde damit beauftragt? Die Kanzlei Dax und Partner. Diese hat im Zuge der Prüfung den Steuerberater Kohlhauser und Dr. Alexander Sporn hinzugezogen.

Ich habe sofort auf Empfehlung der Experten gehandelt. Ich kann es Ihnen noch einmal vorlesen, was jetzt nach dem dritten Zwischenbericht hier auch Schwarz auf Weiß nachzulesen ist, und habe auf Grundlage dieser Beschlüsse auch die Entscheidung gefasst, dass man diese Entlassung, so, wie sie jetzt auch daliegt, ausgesprochen hat.

Es gibt keine offenen Forderungen des Landes gegenüber der KRAGES. Es gibt offene Forderungen der KRAGES gegenüber dem Land aufgrund des Budgets, und das ist aber auch für sie nachvollziehbar. Die Handlungen des Geschäftsführers - das ist die fünfte Frage - haben nichts unmittelbar mit der Entlassung zu tun, allerdings ist auch das Vertrauen des Eigentümers, des Landes Burgenland, in die Geschäftsführung erschüttert und hat auch gewisse Auswirkungen, allerdings nicht was seine Entlassung betrifft.

Ich möchte jetzt noch einmal kurz sagen, der Herr Kollege Wolf - ich weiß nicht, ob er nicht zuhört, oder ob er das bewusst sagt - die Gründe für die Entlassung:

Erstens: Der Geschäftsführer hat sich selbst mehrfach Geld ausbezahlt; Auszahlungen, die weder durch seinen Dienstvertrag, noch durch sonstige Vereinbarungen mit dem Eigentümer gedeckt waren.

Zweitens: Die Anwesenheit des Geschäftsführers, seine Urlaubsaufstellungen und Krankenstandzeiten sind auffällig; das ist ebenfalls zu hinterfragen.

Drittens: Im Zuge der Prüfung wurde die Existenz von Verträgen festgestellt, die nicht erklärbar sind und zum Nachteil der Gesellschaft abgeschlossen wurden.

Viertens: Der entlassene Geschäftsführer - und das ist für mich einer der wichtigsten Punkte - hat sich der Einschau durch die Prüfer entgegengestellt und hat die Einschau zu vereiteln versucht. Er hat diese Prüfung nachweislich behindert, indem er auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verboten hat, Unterlagen vorzulegen, und das ist aus mehreren Gründen inakzeptabel.

Das Land, dem 100-prozentigem Eigentümer der KRAGES, obliegt ein uneingeschränktes Einsichtsrecht, und diesem hat er sich widersetzt. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann ist noch die Frage da: Haben Sie den Einsatz der Anwälte bei Schnedls Privathaus veranlasst? Nein, das habe ich nicht, aber es hat einen Beschluss gegeben ihm eben das von Seiten des Landes zu überbringen. (*Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Von wem war der Beschluss?*) Diese Entlassung musste Mag. Schnedl auch kommuniziert werden und aus diesem Grund war es unerlässlich, dass ihm die Entlassungserklärung direkt übergeben wurde.

Da hat es ja auch noch andere Dinge geben, wie Pflegeurlaub, Urlaubsanspruch oder Anmeldung über sechs Wochen. Man wollte sich hier offensichtlich dem entziehen, aber das werden die Gerichte zu überprüfen haben.

Stimmt es, dass die Erhöhung der Gehälter des KRAGES Pflegepersonals aufgrund eines fehlenden Beschlusses verspätet zur Auszahlung kam? Nein, ganz im Gegenteil. Wir haben diese Beschlüsse gefasst und es hat Versuche geben, diese Gehaltsauszahlung mit nicht nachvollziehbaren Argumenten auch zu verhindern. Wir haben es dann aber geschafft, das durchzuführen. Es geht hier immerhin um 250 Euro pro Monat. Das ist nicht wenig, denn, wenn man die Gehälter im Umfeld von 2.000 Euro sieht, dann ist das ein relativ hoher Gehaltsbestandteil, den wir aus guten Gründen auch ausbezahlt haben - auch aufgrund der neuen gesetzlichen Lage, das nämlich das Pflegepersonal auch mehr Aufgaben zu erfüllen hat, als es vor dem neuen Gesetz, das noch vor meiner Amtszeit in Kraft getreten ist, auch zu erfüllen hatte.

Die Frage des RSG und ÖSG habe ich schon beantwortet. Es wurde auch das vor meiner Amtszeit noch das „Joanneum Research“ beauftragt, einen Entwurf des RSG zu erstellen. Das ist auch im April des Jahres 2015 passiert, aber grundsätzlich ist es schwer nachvollziehbar, wenn es noch keinen ÖSG gibt, dass man einen RSG vorher beschließen möchte.

Die Fragen, wer eingebunden war, habe ich schon in der zum regionalen Struktur- und Gesundheitsplan beantwortet. Die Krankenhauskosten habe ich auch schon beantwortet. 158,5 Millionen Euro sind in diesem Regierungsbeschluss des Jahres 2014 involviert oder initiiert. Diese Indexanpassungen sind auch dabei.

Ich gehe davon aus, dass die Eröffnung des Krankenhauses am Beginn der 20er Jahre, ich hoffe 2021, stattfinden kann - wenn es keine Verzögerungen gibt. Grundsätzlich sind wir im Zeitplan. Wir haben einen Generalplaner beauftragt. Wir haben jetzt nach dem Generalplaner, der fleißig plant, einen Generalunternehmer zu beauftragen. Dann können wir, nachdem der Generalunternehmer beauftragt wird, auch zu bauen beginnen. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ich gehe davon aus, dass das Krankenhaus Oberwart auch einen Meilenstein in der burgenländischen Gesundheits- und Sozialpolitik bedeutet und gehe auch davon aus, dass nicht nur der Bürgermeister von Oberwart hier auch mitziehen wird, sondern auch die gesamte Landtagsriege, die hier sitzt, weil es, aus meiner Sicht, eine richtige Entscheidung war, dieses Krankenhaus neu zu bauen. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ*)

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Landesrat. Zu Wort gemeldet ist als Erster bei der Debatte nunmehr der Landtagsabgeordnete Manfred Kölly. (*Abg. Manfred Kölly: Jawohl!*)

Ich weise darauf hin, dass bei der Debatte über diese dringliche Anfrage kein Redner länger als 20 Minuten reden darf. (*Abg. Manfred Kölly: Brauche ich auch nicht.*)

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Manfred Kölly (LBL):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde heute schon sehr viel gesagt und auch dementsprechend diskutiert, sodass ich der Meinung bin, das wir hier wirklich offene und ehrliche Antworten bekommen haben und bekommen werden. Mehr sage ich nicht mehr dazu, um das nicht zu verlängern.

Denn, ich glaube, es macht nur Sinn, wenn wir auch als Opposition wirklich Einsicht in gewisse Verträge bekommen, in gewisse „entsprechende Diskussionen“ die in der Regierung geführt werden. Das wir auch in Regierungsakte beziehungsweise in eine Tagesordnung in der Regierung oder in ausgelagerte Gesellschaften Einsicht bekommen. Solange das nicht echt passieren kann, haben nur wir die Verpflichtung und das Recht, einen Sonderlandtag bei gewissen Dingen einzuberufen.

Ich sage auch klipp und klar, da ja mit der Abfertigung, mit den Bonuszahlungen und dergleichen mehr sehr viel Geld auf dem Spiel steht - wie man auch in der Vergangenheit gesehen hat. Beispielsweise bei der Umfahrung Schützen, wo man sagt, „ja, man darf nichts sagen, Stillschweigen“ und jetzt stellt sich heraus, dass das dem Land viel Geld gekostet hat. Solche Dinge sollte man vermeiden.

Warum sagt man da nicht die Wahrheit? Viele andere, die sich hier wirklich vorher schon mit den Grundstücken umhergeschlagen haben und verkauft haben, sollten oder müssten jetzt einmal erfahren, was tatsächlich gelaufen ist.

Auch wir haben das Recht und die Verpflichtung, dass hier Transparenz herrscht. Daher denke ich, dass es wichtig ist, dass wir jetzt die ehrlichen Antworten auf den Tisch bekommen. Das war es.

In diesem Sinne erwarte ich mir eine wirkliche Offenheit und Ehrlichkeit. Danke.  
*(Beifall bei der LBL und ÖVP)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Günter Kovacs.

Bitte um ihren Redebeitrag.

**Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ):** Danke Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wurde heute schon erwähnt, dass rund 83 Prozent der Burgenländerinnen und Burgenländer mit der Gesundheitspolitik im Burgenland zufrieden sind. Auf das können wir einmal ordentlich stolz sein. Ich möchte deshalb Dir, Herr Landesrat, *(Abg. Gerhard Steier: Hat der Rezar auch gehabt!)* zu diesem Umfrageergebnis gratulieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es muss - besonders an die Oppositionsparteien - ein Anspruch aller Abgeordneten in diesem Hohen Haus sein, das Gesundheitssystem in dieser Qualität weiter auszubauen *(Abg. Manfred Kölly: Sehr gerne!)* und nicht rückzubauen. Daran möchte ich schon auch erinnern.

Es wurde zwar heute schon mehrmals erwähnt, aber wenn die ÖVP vor wenigen Monaten noch gesagt hat, sie möchte Spitäler, Krankenhäuser schließen, ich weiß, dass das jetzt unangenehm ist, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Bitte, sagen Sie es noch einmal. Überhaupt kein Problem!)* dass die ÖVP das gesagt hat, dann hat sie für mich auch in der Gesundheits- und in der Sozialpolitik *(Abg. Manfred Kölly: Ihr habt ja auch gesagt, die BHs werden nicht geschlossen und jetzt wird die BH in Jennersdorf doch geschlossen.)* ihre Kompetenz völlig verwirkt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Unabhängig von dieser Entlassung des KRAGES Geschäftsführers gab es natürlich diese Intention die Schließung der HNO und Herzkatheter Station in Eisenstadt

bis zur Festschreibung der 8 statt 12 Betten bei der HNO. Das ist schon einiges, nämlich, 50 Prozent wären es weniger gewesen. Also von 12 auf 8 zu reduzieren.

Das wäre eine Schwächung gewesen, vor allem meiner Region, unserer Region hier in Eisenstadt und natürlich als Arbeitgeber im Nordburgenland enorm wichtig. 1.100 Arbeitsplätze hängen daran und dieser KRAGES Geschäftsführer hatte das als Vorsitzender des BURGEF, wie vorher schon von Herrn Kollegen Wolf erwähnt wurde, auch betrieben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Direktor des Krankenhauses Eisenstadt, das haben wir heute schon gehört, hat glücklicherweise dann auch verkündet, wer daran quasi im positiven Schuld daran ist, dass die Politik wieder eigentlich die Rahmenbedingungen geschaffen hat, damit im Gesundheitsbereich etwas weitergeht. Damit hat er aber Rot-Blau gemeint, meine Damen und Herren. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das sagst Du jetzt.)*

Der Robert Mauerer hat damit ganz klar Rot-Blau gemeint. Er sagt, danke dem Landeshauptmann, das möchte ich auch sagen, danke dem Herrn Gesundheitslandesrat und Dir auch, Robert Hergovich, dem Klubobmann, unseren Klubobmann, der sich von Beginn an für das Krankenhaus Eisenstadt, für eine HNO, für eine Herzkatheter Untersuchung, sofort eingesetzt hat. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Soweit noch gar kein Vorwurf an die Opposition, aber einen Vorwurf, und der ist leider jetzt nicht im Raum, möchte ich schon der ÖVP, dem ÖVP Obmann Steiner, zukommen lassen, denn er stellt sich hinter einen Mann, der eben diese Schließungen im HNO Bereich vorgesehen hat. Auch die Herzkatheter Untersuchungen in Eisenstadt wären vielleicht nicht mehr möglich gewesen. Für diese Einschnitte war er zu haben. Er hat als Bürgermeister von Eisenstadt nichts dagegen gesagt.

Ich wäre an seiner Stelle schon aufgestanden und hätte gesagt, dass ich das sicher nicht zulasse, dass die Patienten in Eisenstadt nicht mehr behandelt werden können. Aber das ist ja eigentlich nichts Neues. Ich habe mir jetzt einiges herausgesucht und möchte einen kleinen Sidestep machen - damit man auch die Wichtigkeit sieht.

Heute reden wir über einen Geschäftsführer Schnedl und ich möchte einen Sidestep machen, einen Gesundheitssidestep auf Eisenstadt. Damit werde ich heute dem Herrn Parteiobmann Steiner und auch vielleicht den GRÜNEN wahrscheinlich eine Neuigkeit berichten. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Macht Euch doch das in der Gemeinde aus. Nicht hier im Landtag.)*

Frau Mag. Resetar! *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Im Gemeinderat macht's Euch das doch aus.)* Miteinander können wir singen, aber reden kann nur ich.

Den Feinstaubshock in Eisenstadt hat keiner wahrgenommen, auch die GRÜNEN nicht, Frau Kollegin Petrik. Da hat es keine Wortmeldung gegeben. Da geht es um die Gesundheit der Eisenstädterinnen und Eisenstädter, um die Pensionisten, um junge Menschen. Wir hatten vor wenigen Wochen 30 getestete Kommunen in Österreich.

Das Ergebnis war, dass in Eisenstadt, in der Laschoberstraße, das ist unmittelbar beim Kreisverkehr, Frau Mag.a Petrik, Sie kennen das, der höchste Wert in ganz Österreich gemessen wurde. Nicht von irgendwem, sondern... *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Haben wir gesagt! Mehrmals!)* haben Sie gesagt? Haben Sie gesagt? Was haben Sie dagegen unternommen? Das ist ja die andere Frage? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wir haben hier einen Antrag eingebracht!)*

Was hat der Herr Bürgermeister von Eisenstadt dazu gemacht? Einen KRAGES Geschäftsführer, den verteidigen wir. Die Brisanz dabei ist aber, wenn es droht, dass eine HNO geschlossen wird, eine Herzkatheter Untersuchung vielleicht nicht mehr möglich ist und ich in der Stadt schon Probleme habe, dass ich nämlich dann auch noch dort am Kreisverkehr großartig plakatiere „Eisenstadt tut dir gut“ wo ich nicht einmal 50 Meter von der Messstation entfernt bin, wo der höchste Wert von ganz Österreich in puncto Feinstaubbelastung gemessen wurde. Das ist ein Zeugnis. Da kümmert man sich nur darum, denn, wie gesagt, politisches Kleingeld ist wichtig, aber die Gesundheit der Eisenstädterinnen und Eisenstädter, der Burgenländerinnen und Burgenländer, eher nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der Kollege Hergovich hat es vorher einmal erwähnt. Es ist auch unverständlich, dass du dich nicht für die Eisenstädter, für die Patientinnen und Patienten, einsetzt. Wir wollen aber klarerweise das Gesundheitssystem im Burgenland weiterhin stärken und geben, nochmals erwähnt, eine Standortgarantie ab. Das heißt, fünf Krankenanstalten im Burgenland, im Gegensatz, auch an alle Menschen im Burgenland gerichtet, zur ÖVP, die das ja nicht will. Wir bekennen uns ganz klar zum Krankenhaus Eisenstadt. Das ist kein Lippenbekenntnis, sondern durch Investitionen von 60 Millionen Euro belegbar, die das Land und der Orden hier beitragen.

Wir wollen das Krankenhaus Eisenstadt auch weiterhin stärken. Wenn möglich auch durch eine Akutordination entsprechend dem erfolgreichen Pilotprojekt, das ja der Herr Landesrat Darabos in Oberwart eingeführt hat. Das bringt erstens eine bessere Versorgung für die Patientinnen zu Randzeiten, zweitens eine Attraktivierung des Landarztberufes und eine weitere Aufwertung des Krankenhauses Eisenstadt. Ich bin dir, Herr Landesrat Darabos, sehr dankbar, dass Du dich auch dafür einsetzt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Werte Kolleginnen und Kollegen! Da möchte ich gar nicht die anderen Oppositionsparteien, sondern vordergründig die ÖVP ansprechen. Wenn Sie heute nach der vielen Skandalisierung, die Sie heute betrieben haben, vorher der Mag. Wolf, vorher der Herr Mag. Sagartz oder diese Dünnhäutigkeit, die immer wieder von der ÖVP heute zum Tragen kommt, wieder etwas Luft bekommen, dann bitte ich Sie, uns im Sinne der Patientinnen und Patienten, im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer, im Sinne der vielen tausend engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei zu unterstützen und mitzuhelfen, damit wir ein ordentliches Krankenhaus und eine ordentliche Gesundheitsversorgung im Burgenland haben. Dankeschön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Abgeordneter. Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Landtagsabgeordneter Herr Mag. Franz Steindl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Der Herr Abgeordnete Kovacs hat in seiner Rede behauptet, die ÖVP wollte im Wahlkampf Krankenhäuser im Burgenland schießen. Das ist unrichtig. Als ÖVP Landesparteiobmann habe ich mich immer zu den fünf Standorten bekannt.

Wir haben sogar im Jahr 2010 ein Regierungsübereinkommen abgeschlossen, wo wir das dezidiert hineingeschrieben haben. Der Landeshauptmann ist mein Zeuge. Das möchte ich berichtigen.

Das ist mir wichtig. Die ÖVP hat die letzten 15 Jahre meine Person vertreten und ich habe mich immer als ÖVP Burgenland zu den Standorten im Burgenland bekannt. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, die Debatte über die dringliche Anfrage ist somit beendet.

Die Anfrage wird gem. § 29 GeOLT zur schriftlichen Beantwortung an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos übermittelt.

### **Dringliche Anfrage des ÖVP-Landtagsklubs an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend KRAGES (Zahl 21 - 656) (Beilage 924)**

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es erfolgt nun die Verhandlung der dringlichen Anfrage des ÖVP-Landtagsklubs an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl, Zahl 21 - 656, Beilage 924.

Dazu erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA das Wort zur Begründung.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann als Adressat der dringlichen Anfrage! Wir haben heute die Sachverhalte schon von vielen Facetten beleuchtet bekommen, aber eine Frage stellt sich natürlich nach wie vor. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es wurde immer wieder erzählt, auch der Landesrat Darabos hat es ja gerade erwähnt, dass das Land Anwälte ausgeschiedt hat. Jetzt hat es geheißen, es gibt Beschlüsse, die man als Land gefasst hat.

Da ich, wie schon eingangs erwähnt, nicht die Möglichkeit habe, Regierungsakte einzusehen, ja gar nicht weiß, was in der Regierung beschlossen wird, weder die Möglichkeit habe, Prüfberichte einzusehen, noch, Kollege Kölly hat es ja mehrfach erwähnt, Verträge einzusehen, bleibt nur wenig über, nämlich, die eine Sache ist, die Kontrolle durch den Rechnungshof, eine Kontrolle im Nachhinein, das bedeutet, dass es natürlich zeitverzögert passiert und die Thematisierung im Landtag. Genau das müssen wir heute tun. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich möchte das noch einmal betonen, wenn Sie immer wieder verkürzt die Darstellung erwähnen und sagen, ich hätte etwas Falsches gesagt. Sie haben mich heute korrigiert. Ich stehe dazu, denn offensichtlich ist mir ein Fehler unterlaufen. Ich möchte das hier korrigieren. Ich habe Sie als Eigentümerversprecher bezeichnet. Ja, mag sein, dass das offiziell nicht so ist. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Stimmt nicht.)* Ja, dann nehme ich das für meinen Kollegen dementsprechend zurück, *(Landeshauptmann Hans Niessl: Passt schon.)* aber, wo ich auf den Punkt hinkommen möchte ist, dass es zur Chefsache erklärt worden ist. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Stimmt!)* Sehen Sie, da sind wir uns das erste Mal einig. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Eisenstadt – Weg mit der HNO!)* Sie sind ja ohnehin gleich dran, Herr Landeshauptmann. Schenken Sie mir noch zwei, drei Minuten Aufmerksamkeit. Ich bin ja gleich soweit, dann sind Sie am Wort - *(Landeshauptmann Hans Niessl: Ich lasse mir hier sicher nicht Eisenstadt abräumen. – Abg. Manfred Kölly zu Landeshauptmann Hans Niessl: Ziehst Du jetzt nach Eisenstadt?)* kurz - ich weiß, es ist schwierig, anderen zuzuhören, das sehe ich immer selber ein, wenn man nämlich gut in Rage ist und dann möchte man etwas formulieren, dann ist es natürlich auch schwierig, den anderen zuzuhören. Tatsache ist, dass Sie gerade ja selbst gesagt haben, das ist

Chefsache. (*Landeshauptmann Hans Niessl: Natürlich!*) Gut. Genau deshalb stellen wir eine dringliche Anfrage an Sie und möchten wissen, wann Sie über die Missstände in der KRAGES Kenntnis erlangt haben?

Was war der Anlass einer Sonderprüfung, die dann darin geendet hat, dass Vorgänge, die ich heute jetzt schon drei-, viermal erwähnt habe und ich es deshalb nicht wiederholen möchte, in einem Privathaus zustande kommen, die dann in einem Polizeieinsatz enden? Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tatsache ist, dass es heute darum geht, die Vorgangsweise, die Systeme, die dahinter stecken, zu hinterfragen und nicht die Personen. Ich möchte es noch einmal betonen, weil es offensichtlich auf taube Ohren gestoßen ist. Uns geht es nicht darum, was man konkret als berechtigt oder unberechtigt zu der Entlassung von René Schnedl sagen kann. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Uns geht es darum, wie diese Entlassung zustande gekommen ist. Ich möchte es noch einmal betonen, es ist nicht die ÖVP, die vom System Niessl spricht. Es ist nicht die ÖVP, die sagt, wenn man anderer Meinung ist, fliegt man. Das sind ja andere! Ich meine, wenn man da als Opposition still hält und zuschaut, dann gibt man sich selbst auf. Also, ich glaube, dass Sie von uns nicht erwarten können, wenn der Kronzeuge dieser Vorgänge mit Dr. Peter Rezar aus den eigenen Reihen kommt, dass die Opposition das stillschweigend hinnehmen kann. Der heutige einstimmige Beschluss auf Prüfung durch den Landes-Rechnungshof zeigt uns ja, dass wir richtig liegen. Genau das, was wir untersuchen wollen, was wir überprüfen wollen, wurde sogar einstimmig im Landtag angenommen. Für diese Einstimmigkeit danke ich. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ich frage Sie deshalb, wer die Anwälte geschickt hat? Sie haben ja heute gesagt, Sie waren es nicht. Der Herr Kollege Darabos sagt, er war es auch nicht. Es war das Land! Jetzt ist die Frage, wer ist das Land? Wenn ich Sie frage, darf ich dazu den Regierungsbeschluss sehen, dann kriege ich wieder die Antwort, im Gutachten von 2005 und 2014 steht, ich darf dort nicht hineinschauen. Sie erteilen Weisungen. Warum werden Weisungen der Landesregierung erteilt, wenn es um eine ausgegliederte Gesellschaft geht?

Ich möchte es noch einmal betonen: die Politik kann ja nicht so funktionieren, dass wir sagen, Unternehmungen werden ausgelagert, damit sie besser wirtschaften können, damit sie marktkonform agieren und gleichzeitig regiert die Landesregierung hinein? Darum glauben wir, dass die Anwälte auf Geheiß einer Person geschickt wurden, nämlich, aufgrund Ihres Antrages und Ihrer Bestimmung, weil Sie alles zur Chefsache erklären! Hand drauf! (*Landeshauptmann Hans Niessl: Na, so habe ich das nicht gesagt!*) Na, aber den Eindruck Herr Landeshauptmann - der schmeichelt Ihnen ja auch bis zu einem gewissen Grad - den können Sie nicht abstreiten, dass viele und Peter Rezar hat das eben gesagt, viele andere sagen es hinter vorgehaltener Hand - die ÖVPLer und andere Oppositionskräfte sagen es sehr deutlich, dass Sie der bestimmende Faktor in allen Bereichen sind.

Nur, dann bitte, dann reden wir uns nicht ein, dass wir eine BLh gründen, dass wir die KRAGES haben, dass alle ausgelagert sind. Weil wenn dann dort etwas passiert, dann hat das Land damit nichts zu tun. Dann schreien sie: „Haltet den Dieb!“ Dann sagen sie „Sonderprüfung“, noch ein Anwalt, noch ein Anwalt, noch eine Prüfung, ein Wirtschaftstreuhand dazu, Herr Landesrat Sie sind ja bei dieser Pressekonferenz mit drei Bodyguards aufgetreten, (*Abg. Mag. Norbert Darabos: Keine Bodyguards! Das waren Wirtschaftsprüfer.*) Gut mit drei Bodyguards in Form von zwei Anwälten und eines Wirtschaftsprüfers. Aber, es hat den Eindruck erweckt, dass es hier zu vertuschen und zu

verbergen gilt, weil wenn diese Entlassung so eindeutig gewesen wäre, wenn das alles so sang- und klanglos über die Bühne gegangen wäre, wie das ja bei anderen Kündigungen im Land der Fall ist, na bitte es ist ja nicht so, dass bei jeder Kündigung, wenn es Verfehlungen gibt, es einen riesigen Wirbel gibt. Aber, Tatsache ist, dass es hier zu Verfehlungen gekommen ist und für die möchten wir Aufklärung. Ich möchte auch ganz konkret von Ihnen wissen, was der Herr Landesrat Darabos im Rahmen der Landtagssitzung vom 27. April damit gemeint hat, dass die Anwälte seitens des Landes beauftragt wurden?

Wer hat dann die Anwälte schlussendlich zu René Schnedl in sein Privathaus geschickt? Dann möchte ich von Ihnen wissen, wenn schon der RSG laut Ihres Parteisekretärs Auskunft verantwortlich dafür ist und dessen Ausgestaltung, warum dieser Entlassungsgrund gesetzt wurde, da hätte ich gerne gewusst, welche Kompetenz hat Dax, in diesem ganz konkreten Fall René Schnedl? Sehr geehrte Damen und Herren! Diese dringliche Anfrage richtet sich relativ wortident an Landesrat Darabos und Landeshauptmann Niessl und ich sage Ihnen auch warum: Es ist völlig unmöglich, für einen Mandatar dieses Hauses zu durchschauen, wer wo welche Anweisungen gegeben hat. Mit der Geschäftsordnung der Landesregierung hat das alles nichts mehr zu tun, denn das hat nur mehr damit zu tun, dass offensichtlich einige wenige, manche sagen ein Einziger, bestimmt, was passiert. Dann mit aller Deutlichkeit, mit allem Nachdruck - ja fast hätte ich schon gesagt, mit aller Gewalt - das durchsetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genau deshalb gibt es einen Antrag, genau deshalb gibt es Anfragen und genau deshalb sind all diese Vorwürfe mehr als dringlich. Ich fordere im Namen der ÖVP-Fraktion und aller Abgeordneten volle Aufklärung und Transparenz. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Abgeordneter. Die Begründung ist somit erfolgt. Gemäß § 30, Abs. 3 GeOLT erteile ich von der Regierungsbank dem Herrn Landeshauptmann Hans Niessl das Wort zur Abgabe seiner Stellungnahme.

Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe jetzt sehr lange und sehr aufmerksam zugehört. Mir fällt ein Satz ein: „Das Licht ist an, aber nicht alle sind zuhause.“ Insofern hat es also ein paar sehr sachliche Beiträge gegeben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Den Vergleich habe ich jetzt nicht verstanden.)* Na ja, das ist Ihr Problem, wenn Sie es nicht verstehen. Wird schon werden, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr klausuliert!)* würde ich sagen. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Insofern denke ich, dass ich zu einigen Anmerkungen auch etwas sage, bevor ich ein paar Fragen beantworte, die ja der Norbert Darabos sowieso schon beantwortet hat. Zur Landesholding: Können Sie mir Bundesländer sagen, wo es keine ausgelagerten Gesellschaften gibt? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir haben ja Sie gefragt!)* Na, die KRAGES ist schon lange ausgelagert. Das ist ja schon unter Sauerzopf und ich glaube Sipötz durchgeführt worden. *(Abg. Gerhard Steier: 1992!)* Na bitte, das ist ja schon ewig ausgelagert. Es gibt keine Bundesländer, das wollte ich damit nur sagen, wo es keine ausgelagerten Gesellschaften gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Landesholding hat die Aufgabe, nicht dass sie operative Tätigkeiten macht, sondern dass sie schaut, dass die Effizienz zwischen den ausgelagerten Gesellschaften gesteigert wird. Wir werden einen Rechenschaftsbericht legen, wie im Laufe der Jahre Millionen Euro an effizienten Steuergeldern eingespart wurden, um sie wieder zum

Beispiel im Gesundheitsbereich entsprechend investieren zu können. Wir haben in Hans-Peter Rucker einen spitzen Geschäftsführer in der Landesholding. Da gibt es keinen kompetenten Wirtschaftsvertreter im Land, der nicht sagt, der Hans-Peter Rucker ist ein sehr guter Mann ist. *(Abg. Manfred Kölly: Das haben wir schon von vielen Geschäftsführern gehört! Auch über Herrn Schnedl.)*

Ich sage nur, dass der in der Wirtschaft anerkannt ist. Das kann man nicht in Abrede stellen. Wir haben mit dem Präsidenten Gerger einen Aufsichtsrat, der auch ein sehr kompetenter Vertreter ist. Wir haben mit dem Direktor Draxler einen sehr erfahrenen Manager, der ebenfalls im Aufsichtsrat ist und wir werden vielleicht in nächster Zeit noch eine weitere Persönlichkeit dazu bekommen, um hier wirklich höchste Qualität vom Geschäftsführer bis hin zu den Aufsichtsräten auch in der Landesholding zu haben, um die Effizienz zu steigern und eine sehr moderne Einrichtung zu haben, die zu den modernsten in Österreich zählt.

Das, glaube ich, ist einmal eine ganz entscheidende Sache. Es gibt kein Bundesland, das keine ausgelagerten Gesellschaften hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Eine neue Erkenntnis habe ich auch, nämlich, dass ich für die Mitarbeiter in den Regierungsbüros zuständig bin. Wir sind schon so demokratisch, dass sich jeder die Mitarbeiter in den Regierungsbüros selbst aussuchen kann. Also bitte nicht, dass ich auch noch dafür verantwortlich bin, was in den Regierungsbüros passiert. Wir haben in dem ganzen landesnahen Bereich rund 9.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ja, das ist schon eine große Herausforderung, denn genau überall, wo es Probleme gibt, kann man dann natürlich sagen, es ist der Landeshauptmann verantwortlich. So, wie es jetzt auch gemacht wird - das politische Spiel! Ja, wir schauen, dass wir den Landeshauptmann anpatzen können und wir sind die Schönen! Ihr seid überhaupt nicht die Schönen, weil Ihr trägt dazu bei, dass die gesundheitliche Versorgung, wenn das so eingetreten wäre, verschlechtert worden wäre. In Hornstein erklären Sie das Ihren Bürgern, Sie in Pöttsching und Sie in Eisenstadt. Ich hätte mir erwartet, dass Sie mehr Positives beitragen und nicht nur negativ reden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich komme ohnehin noch im Detail dazu, wie ist es zu den Abläufen gekommen ist und damit bin ich auch schon bei den konkreten Fragen: Wir haben in der Regierungsklausur vom 2.2.2017 in Rust über die Eingliederung der KRAGES in die BLh gesprochen. Das ist deswegen sinnvoll, weil wir wieder über die Finanzierungen bessere Konditionen bekommen, über Einkäufe bessere Konditionen bekommen, Beschaffung, Support-Leistungen, und so fort. Also effizienter werden und das Geld für den Gesundheitsbereich, für die Burgenländerinnen und Burgenländer, zur Verfügung stellen können. Wir haben aber auch gesagt, wir wollen wissen, was zu uns kommt und schauen uns das in Form einer Beteiligungsmanagements-Überprüfung an, wie wir das schon x-mal gemacht haben.

Das ist ja die Aufgabe des Beteiligungsmanagements, die Beteiligungen zu überprüfen und das wird auch regelmäßig gemacht, viele Beispiele, wo das schon in der Vergangenheit gemacht wurde, in der Gegenwart und sicherlich auch in der Zukunft gemacht werden muss. Das Beteiligungsmanagement ist ja dazu da, dass man die Beteiligungen überprüft, ob gut gearbeitet wird oder ob es Missstände gibt. Das ist ja ganz etwas Klares, das gibt es in jedem Land! Er tut ja so, als ob die ganze Geschichte einzigartig im Burgenland wäre und von Skandalen redet. Ja, wenn ich 50 Mal Skandale sage, dann ist es noch immer kein Skandal. Wo ist der Skandal, dass die Polizei dort hingekommen ist? Das werden wir noch genau aufklären, warum die Polizei hingekommen ist, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Sehr gut! Genau, das wollen wir!)* weil

wenn eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch ist und die Polizei sagt, da war eigentlich gar nichts, sondern da hat auch einer „Skandal“ gerufen und wir sind hingekommen und es war nichts, na, was sagen Sie denn dann zu Ihrem Skandal? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Na, dann wissen wir es!)*

Na gut, dass ist der Skandal, weil die Polizei gekommen ist? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wissen wir das jetzt?)* Das haben ja nicht wir beauftragt, das hat weder der Norbert Darabos, noch ich beauftragt, sondern der Anwalt hat auch den Auftrag gehabt, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Von wem?)* die Entlassung zu machen und der hat entsprechend gehandelt. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Von wem hat er den Auftrag bekommen? Von wem?)* Ich kann dem doch nicht - na von der KRAGES einen Regierungsakt, dass das zu beauftragen ist. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Also die Regierung?)* Die Regierung hat es beschlossen und im Auftrag der KRAGES hat er das gemacht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dankeschön! Die Frage habe ich schon viermal gestellt. Am Donnerstag hat das aber Niemand gesagt. Jetzt habe ich eine Antwort.)* Wenn der Norbert Darabos sagt, vom Land her, dann hat er wahrscheinlich gemeint, dass die KRAGES eine 100-prozentige Landestochter ist und damit war das das Land.

Aber, es hat die KRAGES beauftragt, um das noch einmal zu sagen. Da kann man jetzt natürlich eine Sonderlandtagssitzung machen. Ich bin ohnehin bei allen, die sagen, das ist wichtig und notwendig, aber wegen der Worte „Der ist vom Land geschickt worden“ und in Wirklichkeit ist er von der KRAGES geschickt worden, also das hätte man natürlich auch relativ einfach klären können und hätte ich Ihnen auch gerne schriftlich gegeben und wir hätten das in einem relativ kurzen Weg auch aus der Welt schaffen können. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann hätten Sie mir wieder gesagt, ich darf hier nicht fragen.)*

Die Regierung hat dann am 7.3.2017, am 2.2.2017 war die Klausur, die Regierungssitzung war am 7.3.2017 und es wurde hier die Abteilung 3 beauftragt, die Prüfung der Gesellschaften KRAGES und BURGEF mit externen Experten hinsichtlich der Eingliederung in die BLh durchzuführen, also was ich vorher gesagt habe. Der Antrag lautete wie folgt: Die Burgenländische Landesregierung beschließt, die Abteilung 3 - Finanzen, Hauptreferat Beteiligungen und Controlling - mit der Prüfung der KRAGES und des BURGEF unter Heranziehung externer Experten zu beauftragen. Ganz eine normale Vorgangsweise. X-mal schon gemacht, vorher war das das Beteiligungsmanagement - muss ich auch sagen - das ist jetzt durch die ganze Strukturreform schon vor einigen Monaten in die Abteilung 3 gewandert. Am 31.3.2017 wurde der Abteilung 3 der Zwischenbericht übermittelt. Ein Prüfteam, das ist bereits gesagt worden, wer es beauftragt hat. Auf Grund des Zwischenberichtes mit folgendem Sachverhalt, und hat Entlassungsgründe angeführt, konkret angeführt, nicht irgendwie schwammig, sondern konkret. Ungerechtfertigte Prämienauszahlung, Wertanpassung des Gehaltes ohne vertragliche Grundlage, Aufsplittung Fixbezug und Überstunden.

Es gab keine Zeitaufzeichnung, aber Überstunden. Ungerechtfertigte Ausbezahlung der Resturlaube. Weigerung Informationen auszuhändigen... *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Seit 1.7...?)* Bitte? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Seit 1.7.?)* Ich habe schon gesagt, wann der Zwischenbericht gekommen ist. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Seit wann hat er das gemacht, diese Bonusauszahlung?)* Das hat es eben in den letzten Monaten oder in den letzten Jahren, das muss man jetzt im Detail, ich habe jetzt Details des Berichtes, das ist so ein Bericht bitte, ja, und der wird noch stärker, weil jetzt ist erst die EDV dran.

Weil es ist ein ganz ein interessanter Hinweis, dass es eine forensische, ich meine jetzt, ich kenne mich da nicht so aus, aber manche werden sich auskennen, was eine forensische Löschung ist. Da braucht man Spezialmethoden und Spezialeinrichtungen, die man in der KRAGES gar nicht hat. Also auch eine interessante Sache und es ist die besondere Herausforderung forensische Löschungen auch wieder zu aktivieren. Ja, sage ich auch nur dazu. Die nächste Frage ist, wann gelöscht wurde. Weil das ist ja auch interessant, die Uhrzeit, der Zeitpunkt und das werden wir auch feststellen. Da deutet auch einiges daraufhin, wann es gelöscht wurde, was ich aber jetzt nicht sagen kann, weil ich das erst schriftlich bekomme, oder die KRAGES schriftlich bekommt und die das dann weitergibt.

Also insofern wird das auch noch eine spannende Sache. Der dicke Bericht könnte noch dicker werden. Interessant, wann die Löschungen erfolgt sind, nämlich vor oder nach der Entlassung. Ich sage nur ein paar problematische Dinge, damit man nicht sagt, jetzt hat er sich die ganze Zeit nicht zu Wort gemeldet und dann sagt er uns auch nichts. (*Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir sind sehr gespannt!*) Na, das passt, ich sage das gerne.

Nächster Punkt, Behinderung der Prüfung durch Weisung an die Mitarbeiter keine Informationen den Prüfern auszuhändigen. Eine 100 Prozent-Tochter des Landes! Das Land sagt, wir wollen wissen was los ist und da gibt es Weisungen und da gibt es Zeugen, da gibt es Notizen, ihr dürft nichts weitergeben. Löschungen am Computer, ihr dürft nichts weitergeben. Dann ist genau das gekommen, was der Norbert Darabos schon einige Male gesagt hat. Es hat eine schriftliche Empfehlung dieser Rechtsanwälte und Wirtschaftstreuhand gegeben.

Jetzt sage ich, der 32 Jahre in der Politik ist, wenn mich ein Wirtschaftstreuhand aufmerksam macht und ein Rechtsanwalt schriftlich aufmerksam macht, dass es Verfehlungen und Entlassungsgründe gegeben hat, ja da muss er handeln. Das geht ja gar nicht anders! (*Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da sind wir voll bei Ihnen! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Ein RSB-Brief hätte gereicht!*) Nein, ich bin ja froh, wenn wir gemeinsame Beschlüsse haben. Ja, natürlich.

Nämlich eine schriftliche unverzügliche Abberufung Schnedls, unverzüglicher Ausspruch der Entlassung. Bestellung eines neuen Geschäftsführers, Abberufung von Schnedl als stellvertretenden Vorsitzenden „Psychosoziale Dienste“ und als Vorsitzenden der „Selbsthilfe-Werkstätten-Betriebe“ und das wird wahrscheinlich noch mehr werden.

Rückforderung der bisher zu Unrecht bezogenen Gehaltsanteile. Wir müssen ja Schaden vom Land fernhalten, Schadenswiedergutmachung steht im Vordergrund. Per Umlaufbeschluss vom 3.4.2017 von der Landesregierung als 100 Prozent-Eigentümer wurde die Entlassung von Schnedl in seiner Funktion eben als KRAGES-Geschäftsführer und ex lege BURGEF-Geschäftsführer auch ausgesprochen und Helm wurde eben damit betraut. Ich bin sehr froh, weil ich bin für volle Transparenz, dass der Rechnungshof prüft und wir wollten ja sofort, genauso wie wir es bei der Energie Burgenland gemacht haben, eine Sonderregierungssitzung, Beauftragung des Rechnungshofes mit der Überprüfung der Vorgänge.

Ob das jetzt der Bundes-Rechnungshof ist oder der Landes-Rechnungshof ist, wer es besser, schneller macht, der soll es machen. Weil wir wollen ja die absolute Transparenz und das zweite ist die Staatsanwaltschaft. Auch genau diese Vorkommnisse sind an die Staatsanwaltschaft bereits weitergeleitet.

Wo gibt es eine größere Transparenz als Rechnungshof und Staatsanwaltschaft? Also insofern, denke ich, dass hier sehr vieles gemacht wurde und dass wir hier auch

richtig gehandelt haben und gar nicht anders handeln konnten als Regierung und als zuständiges Regierungsmitglied. Wenn ich das schriftlich alles bekomme, was da offensichtlich alles vorgefallen ist. *(Abg. Manfred Kölly: Warum bekommen es wir nicht als Abgeordnete?)*

Das Nächste ist auch, jetzt muss ich noch etwas dazu sagen, ein guter Hinweis und das hat auch die Frau Kollegin gesagt. Wenn uns die aufmerksam machen, dann musst du innerhalb weniger, ich will nicht sagen Stunden oder zumindest Tage, sofort reagieren sonst kannst du das nicht mehr machen. Du verlierst dann jeden Arbeitsprozess.

Das ist das Problem, dass du nicht eine Sitzung machen kannst mit den Einladungsfristen, weil dann kannst du das, was die Rechtsanwälte gesagt haben, gar nicht mehr umsetzen. Dann kann man sagen, ihr habt ja da wieder etwas gemacht absichtlich, um genau diese Vorschläge nicht umsetzen zu müssen, weil das vielleicht ja die SPÖ angestellt hat oder eingestellt hat, so meine ich das. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, ich habe es jetzt eh gehört!)* Also insofern ist das vom Arbeitsrecht her auch eine Situation mit der man umgehen muss und mit der eben auch unsere Anwälte gesagt haben, was zu tun ist. Und das auch in schriftlicher Form.

Ich darf auch noch, der Norbert Darabos hat viele Punkte beantwortet. Vielleicht ein Punkt, der natürlich auf mich zutrifft. Ich muss auch dazu sagen, die KRAGES, die hier in der Frage steht, ist ja noch nicht Teil der BLh, die wird erst eingegliedert. Da haben wir Gutachten, damit die Gemeinnützigkeit nicht verloren geht, gemeinnützige GmbH ist die KRAGES, ein besonderer Status, da muss man aufpassen, da gibt es Rechtsgutachten. Also da machen wir ohne... *(Abg. Manfred Kölly: Ob das funktioniert, auf das bin ich gespannt!)*

Ja, haben die Steirer schon vorgezeigt. Also insofern haben wir da schon Vorbilder. Das muss man natürlich kontrollieren. Dass das keine einfache Sache ist, ist natürlich klar. Wenn es einfach wäre, könnten es andere auch machen. Also insofern sind wir da auch sehr, sehr vorsichtig und wie gesagt, da sind auch gute Leute im Aufsichtsrat der BLh, die sich das sehr wohl auch mitanschauen und das auch alles mitverantworten.

Jetzt komme ich zum „System Niessl“. Glaubt irgendwer, dass der Herr Professor Wollner, der im Aufsichtsrat sitzt, oder der Professor Sebesta oder die Betriebsräte sich von mir sagen lassen, was Sie zu tun haben? *(Abg. Manfred Kölly: Ja!)* Ja, gut, das ist ein Irrglaube. *(Abg. Manfred Kölly: Ihr Kollege hat das gesagt!)*

Na, ich sage es nur, ich frage ja die hier Anwesenden, *(Abg. Manfred Kölly: Wie lange ist er noch? Wie lange ist er noch in der SPÖ, der Kollege Rezar? Auf das bin ich gespannt!)* das hat ja mit der KRAGES nichts zu tun jetzt. *(Abg. Manfred Kölly: Oh doch)* Noch einmal, ich frage noch einmal. Sie glauben das? Okay, ist einer da. Aber dann werden Sie einmal mit dem Herrn Professor Wollner und dem Herrn Sebesta reden, ob sich die vorgeben lassen als Professoren, der Professor Wollner war der Chef der Herzchirurgie im Allgemeinen Krankenhaus, *(Abg. Manfred Kölly: Aber warum sagt das dann der Rezar dann?)* europaweit einer der angesehensten Ärzte, und der lässt sich von mir im medizinischen Bereich etwas vorgeben.

Also das glaubt ja nicht einmal irgendwer! Oder der Herr Professor Sebesta, das ist ja denkunmöglich. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Manfred Kölly: Er hat ein rotes Parteibuch! – Abg. Ingrid Salamon: Das ist aber Dein Problem!)* Wer hat ein rotes Parteibuch? Der Wollner? *(Abg. Manfred Kölly: Der Rezar!)*

So und jetzt kommen wir zum eigentlichen Skandal und eigentlich hätte ich mir darüber ... *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das*

*Glockenzeichen*) Eine Sondersitzung, wenn das die Opposition gefordert hätte, dann hätten sie etwas Gescheites gemacht. Nämlich zu sagen, warum die Polizei hingekommen ist, kann mir nur ein Rechtsanwalt sagen. Wenn das der Streitpunkt ist, dann ist das in zwei Minuten geklärt.

Jetzt zum eigentlichen Skandal. Ich habe mit einem Rettungsfahrer gesprochen vor einigen Wochen. Lebensbedrohliche Situation im Seewinkel, im südlichen Seewinkel, Pamhagen, Apetlon. Der Rettungsfahrer fährt hin, ein Patient kommt rein, eben in einer ganz schweren Situation und sie fahren nach Eisenstadt. Rufen an: Wir haben keine Betten. Rufen in Wien an, SMZ und andere: Wir haben keine freien Betten. Sie rufen in Wiener Neustadt an: Wir haben keine freien Betten. Sie fahren in Neusiedl und er sagt, wo soll ich jetzt hinfahren? Nach Wien, nach Eisenstadt, in welche Richtung? Ein halbes Dutzend Telefonate Krems. Und was ist der Grund? Der ÖSG, nämlich der Bund, sieht zwölf Akutbetten vor und es wurden vom BURGEF nur acht genehmigt.

Das ist mit ein Grund, warum 70 Patienten (*Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wer sitzt im BURGEF?*) Warte ein bisschen. (*Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wer beschließt im BURGEF? Wer sitzt denn dort?*) Der Geschäftsführer des BURGEF ... (*Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Nein, nein, nein! Abg. Markus Ulram: Der Kovacs sitzt auch im BURGEF! - Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der Kovacs, der Bieler, der Darabos, die sitzen dort!*) Entschuldigung, dort gibt es einen Geschäftsführer.

Moment, da kann man ja den Direktor Maurer fragen. (*Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der sitzt auch dort, genau!*) Genau deswegen sitzt, entschuldige, wenn aber der Geschäftsführer sagt, ich genehmige euch das nicht, (*Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der hat das nicht zu genehmigen!*) dann könnt ihr es machen. (*Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der macht das.*) Moment, na redet mit ihm, und dann brauchen die um 50 Prozent mehr Betten, dann sage ich, das kann ich mir nicht bieten lassen. Und dazu stehe ich und dazu habe ich auch argumentiert.

Zweiter Punkt: Wir haben eine Präsentation bei mir im Büro gehabt, einmal eine Präsentation. Ich weiß nicht wie lange der da war. Ich sehe bei der Präsentation, in Eisenstadt soll die HNO wegkommen. Ich frage in Eisenstadt den Herrn Direktor Maurer, ist die so schlecht die HNO, das die wegkommt oder sind da so wenig Patienten, ist der Bedarf nicht da?

Ich habe mir dann die Zahlen kommen lassen. Im Jahr 2016 wurden rund 1.700 Patienten stationär behandelt. 1.100 Patienten davon wurden in Eisenstadt operiert und in der Ambulanz waren 9.200 Patienten. Das sind in Summe 11.900 Patienten. Eine derartig gut funktionierende HNO legt er vor, hat schon Gespräche geführt, ohne dass das irgendwer beschlossen hat, dass das wegkommt.

Das ganze Nordburgenland, und da geht es nicht darum, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Spitzmüller, man kann überall das Gleiche machen, sondern es wird nirgendwo etwas gemacht. Nämlich es gibt im gesamten Nordburgenland keine HNO, das heißt, dass der Pamhagener und der Apetloner zwei Stunden nach Wiener Neustadt fahren. Es steht aber in den Vorgaben des Bundes, du musst in der Grundversorgung in einer Stunde das Spital erreichen.

Natürlich, und das ist meine Verantwortung zu sagen, und da habe ich mich auch in entsprechender Form artikuliert, sofort bei der Präsentation, nicht nachher, nicht irgendwann, dass ich gesagt habe, das geht nicht, das ist nicht möglich. Ich bin verantwortlich für die 160.000 Burgenländer, die im Bezirk Neusiedl, Eisenstadt und Mattersburg leben und ich garantiere, dass die HNO von Eisenstadt, solange ich Landeshauptmann bin, nicht wegkommt, 11.900 Patienten. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ*)

Übrigens, irgendwer hat es gesagt, auch im Südburgenland wird es die HNO natürlich geben. Wir werden auch schauen, dass das Burgenland nicht mehr aufgeteilt wird auf Niederösterreich und auf die Steiermark, sondern dass wir einen Burgenlandverbund machen. Die Aufteilung hat es nämlich schon einmal gegeben. Die wollen wir nicht. Wir werden versuchen, hier im Burgenland, sowohl in Eisenstadt als auch in Oberwart eine HNO zu haben.

Jetzt komme ich zum Nächsten. Da habe ich geglaubt ich falle um, ich kriege einen Herzinfarkt, wie die nächste Präsentation gekommen ist. Auch der Herzkatheter soll wegkommen. Gut. Im Jahr 2016 waren 1.055 Patienten am Herzkatheterplatz, 211 davon waren akute Herzinfarkte. Das heißt, beim Herzinfarkt muss man schnell handeln. Je rascher man den Herzkatheter, unter Umständen einen Stent bekommt, umso rascher ist man wieder gesund und umso größer sind natürlich auch die Chancen, dass man das überlebt. Ja, und damit war für mich die Diskussion vorbei, es hat einen halben Abbruch gegeben, weil ich nicht einsehe, dass man schwerstkranke Menschen im Nordburgenland (*Abg. Manfred Kölly: Suizidgefährdet!*) und auch nicht im Südburgenland versorgen kann. Deswegen wird es den Herzkatheter in Eisenstadt geben, nämlich in noch weiter ausgebauter Form.

Es wird ihn auch im Südburgenland geben, damit die Menschen eine wohnortnahe Versorgung in diesen wichtigen Bereichen HNO und Herzkatheter haben. Und da Verhandlungen zu führen, konkret mit dem Direktor Maurer, das ganz einfach wegzutun und wegzugeben, ja liebe Abgeordnete, liebe Regierungsmitglieder, ich kann mir nicht vorstellen, dass es da irgendjemanden gibt der sagt, du hast es nicht gut und richtig gemacht.

Wenn man sagt „System Niessl“, dann habe ich auch kein Problem, weil mir geht es um die Sache. Nämlich dann, wenn ich der Meinung bin, und meine Überzeugung sage ich sowieso meistens, ja, dass das richtig ist im Sinne der Menschen. Nämlich im Sinne der 160.000, die hier im Nordburgenland leben, dann lasse ich das auch nicht zu und unternehme das, damit das auch da bleibt.

Ich gehe davon aus, dass ich hier ebenfalls eine breite Unterstützung erfahre, und wir machen das auch, wir haben das auch in der Regierung beschlossen, auch im Oberwarter Krankenhaus, dass wir das auch für die Menschen im Südburgenland machen, für 130.000 Leute im Südburgenland.

Das sind wir den Burgenländerinnen und Burgenländern schuldig. Das ist die wohnortnahe Versorgung die wir brauchen und das werden wir auch umsetzen. Das ist von mir aus, wenn Sie es so sehen, das „System Niessl“. Das ist kein Desaster, das ist eine moderne Zukunftsmedizin und die beste Versorgung. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ*) Ich möchte es nicht allzu lange machen, 24 Minuten reichen. Ich bin sehr dankbar der Personalvertretung, auch in der KRAGES.

Ich kann Ihnen sagen, der Personalvertreter hält mehr aus als Sie. Also der hat keine Angst, wenn Sie ihm irgendetwas sagen, das möchte ich nur auch festhalten. Ja, ich war selber einmal Personalvertreter. Die Personalvertreter stecken schon etwas ein, aber sie können auch austeilen. Ja. Seine Aussendung ist absolut in Ordnung, (*Abg. Manfred Kölly: Wer hat ihm gesagt, dass er es ausschickt? – Abg. Doris Prohaska: Mensch Kölly! – Abg. Manfred Kölly: Wer hat ihm gesagt, dass er es ausschickt?*) weil er genau hinterleuchtet, na ich sage es ja nur.

Frag ihn. Ja. (*Abg. Manfred Kölly: Ihr habt ihm die Anweisung gegeben! – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Ich bin den Personalvertretern, ich sage es noch einmal, dankbar, weil auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dankbar sind. Ich

bin dem Personalvertreter, auch dem Dr. Martin Ivancsits dankbar, der im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder ist, denn reden Sie einmal mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Kittsee über Eisenstadt bis nach Güssing.

Da hat niemand Verständnis gehabt, die eine gute, sehr gute Arbeit machen und da bin ich schon beim Schluss, mein ganz großer Dank gilt der Personalvertretung. Gilt aber auch den 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die rund um die Uhr arbeiten, die 365 Tage im Jahr im Einsatz sind und die eine hervorragende Qualität im burgenländischen Gesundheitswesen liefern. Unsere Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen zu verbessern, dass man auch diese Qualität in Zukunft bietet.

Dass wir die wohnortnahe Versorgung im HNO-Bereich haben, dass wir die wohnortnahe Versorgung beim Herzkatheter nach einem Herzinfarkt haben und dass wir mehr Akutbetten kriegen und die Leute nicht nach Krems transportieren müssen. Dafür setze ich mich ein. Wenn Sie wollen, ist das das „System Niessl“ und da wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö** *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Landeshauptmann. In der Debatte über die dringliche Anfrage erteile ich nunmehr Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort. Ich möchte jedoch bemerken, dass bei der Debatte über die dringliche Anfrage kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Manfred Kölly** (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Politische Rede vom Herrn Landeshauptmann natürlich wieder einmal mehr. Es ist ja wirklich interessant, wie man mit dieser Sache umgeht. Man stellt sich her und sagt, es ist alles so wunderbar und das „Niessl-System“ ist das Beste, das es überhaupt gibt.

Ich bin schon bei Ihnen, Herr Landeshauptmann. Sie haben alles im Griff. Das ist so wie in meiner Firma. Ich bin Chef und entscheide und ich sage, wann wer entlassen wird und aus und das haben Sie genauso gesagt. Seid mir bitte nicht böse. Genauso ist es abgelaufen. Wenn ich jetzt zum Personal komme, na selbstverständlich. Niemand hat sich da irgendwo geäußert, Herr Landeshauptmann, dass das Personal oder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter irgendwo schlechte Arbeit machen oder irgendwelche anderen „G'schichteln“ machen. Nur, sie wurden benachteiligt jahrelang gegenüber anderen Bundesländern, weil Sie immer andere Bundesländer andiskutieren.

Da hätte sehr wohl der Herr Vertreter der Arbeitnehmer schon längst schreien müssen und sagen, bitte zahlen wir ihnen die Gage oder die Gehälter die ihnen zustehen. Das hat mir gefehlt in der Gewerkschaft. Das hat mir gefehlt bei der Personalvertretung. Ich fahre auch von Bezirk zu Bezirk und von Krankenhaus zu Krankenhaus. Wie Sie sagen, dass die alle so zufrieden sind die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen na ja, tut mir leid, es gibt genug Leute, die sich auch dementsprechend äußern. Ich verstehe das auch und ich sehe das auch richtig. Wenn Sie sagen, dass das und das, Sie lassen sich das nicht bieten und Sie werden anschaffen, dass die Akutbetten erhöht werden und dergleichen mehr, dann bin ich schon bei Ihnen, Herr Landeshauptmann.

Was hat der Schnedl damit zu tun gehabt? Wenn der Schnedl so eine Macht gehabt hat, dass er das abschaffen hätte können, na dann frage ich mich, ist das ein Wunderwuzi gewesen, oder haben Sie mit ihm nicht gut verhandelt oder gute Gespräche geführt? Denn Sie sind der Chef.

Gerade habe ich es gesagt. Wenn ich Chef bin, entscheide ich und das haben Sie auch gemacht. Die Regierung hat von Ihnen einen Umlaufbeschluss bekommen. Ihr habt

das zu machen. Danke. Wiederschauen. Na, wer leicht? Seid mir bitte nicht böse, Herr Landeshauptmann, *(Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Niessl)* ich schätze Sie. Bei aller Wertschätzung, aber das brauchen Sie mir nicht erzählen, dass Sie nicht klar und deutlich gesagt haben, mit dem fahren wir. Der passt nicht in unser Schema, nicht in unser System. Seid mir bitte nicht böse, Frau Salamon. *(Abg. Robert Hergovich: Sind wir Dir nicht!)* Der Herr Tourismusdirektor Baier, von dem höre ich auch nichts. Was hat der gehabt? Was hat der schlecht gemacht? Was ist passiert mit dem? Sagt uns das. Wir wollen nicht mehr wissen, was ist passiert? Das ist das Recht und die Pflicht eines Abgeordneten das zu tun. Ich wiederhole mich zehnmal schon, aber da bin ich total auf der Linie und werde immer auf der Linie bleiben.

Wie Sie sagen, das ist das „System Niessl“. Ich sage, der Kölly wird so lange da stehen und wird sagen, steter Tropfen höhlt den Stein und ich werde immer Recht bekommen. Ich hoffe, dass ich noch lange da stehen kann und positive Signale für die Bevölkerung aussenden kann. Herr Landeshauptmann, Sie machen das. Das weiß ich. Aber nur ich kann nicht hergehen und sagen, ich mache einen Umlaufbeschluss, ich habe angeordnet, Wiederschauen, danke.

Dann ist es einmal so. Dann muss ich dazu stehen. Und wenn der Schnedl, egal wie er heißt, Schnedl oder Dopler, ich wär nur neugierig, was der Dopler für eine Rolle spielt in dieser Sache. Herr Kollege Hergovich, was spielt der Herr Dopler, wenn Sie das so genau wissen? *(Abg. Robert Hergovich: Was fragst Du dauernd mich?)*

Das wissen Sie ja nicht. Genau das ist der Punkt. Sie sind Klubobmann und wissen nicht einmal was der Herr Dopler für eine Rolle spielt in einer öffentlichen, eigentlich in der größten Abteilung des Landes, 100 Prozent-Tochter und Sie wissen das nicht als Klubobmann? Na dann muss ich Ihnen ehrlich sagen, sind Sie auch schwach. Weil das kann es nicht sein, dass ich mich nicht erkundige, was tatsächlich passiert ist. Darf ich in den Vertrag Einsicht nehmen und dergleichen mehr? Dann werden wir beschuldigt weil wir einen Sonderlandtag so quasi, das ist ja ein Witz was da jetzt aufgeführt wird. Das ist eine totale Inszenierung von der SPÖ und FPÖ gewesen, *(Abg. Werner Friedl: Das glaub ich!)* sonst gar nichts.

Wir haben nur sachlich und wirklich mit dieser Klarheit gefordert. Lasst uns Einsicht nehmen. Eines muss ich schon dazu sagen. Dann patzt man den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter a.D. an, dass er nicht für die fünf Spitäler war. Das ist ja schwarz auf weiß. Legt es her, dass er unterschrieben hat. Was ist da für ein Problem? Legt es her, dass er unterschrieben hat. Das wollen wir eigentlich wissen. Mehr nicht. Wenn er sich ans Rednerpult stellt und sagt: „Ich habe das gemacht, Herr Landeshauptmann“, was ist dabei, wenn Ihr uns das vorlegt, Herr Kollege Hergovich?

Legt es her und nicht behaupten, er hat dagegen gestimmt. *(Abg. Robert Hergovich: Das hab ich nicht gesagt!)* Das finde ich nicht für fair. *(Abg. Robert Hergovich: Das hab ich nicht gesagt!)* Sondern wir wollen, und da bin ich beim Landeshauptmann, Transparentheit, Transparentheit, Offenheit und nicht mehr. Ich glaube, das würde Sinn machen. Dann könnten wir uns viele Debatten ersparen. Wirklich Debatten, das was Ihr nicht wollt, weil das hört Ihr nicht gerne. Wir sind jetzt wahrscheinlich schon im Wahlkampf für die Gemeinderatswahl, weil da darf heute ein Herr Kovacs darf über den Herrn Steiner herziehen und dergleichen mehr. Da geht es um andere Dinge. Herr Kovacs, übernehmen Sie einmal Verantwortung. Na, Sie haben keine. Sie sitzen dort drinnen. Sie sitzen ja dort drinnen! *(Abg. Mag. Franz Steindl: Er weiß das gar nicht!)* Was haben Sie bis jetzt gemacht?

Sie haben nicht einmal das Wort einmal verwendet. Ich habe mich eh gekümmert was dort passiert. Er hat ja gar nicht gewusst, dass er dort drinnen sitzt. Das ist ja überhaupt das Beste. Daher noch einmal. Herr Landeshauptmann, ich bin total bei Ihnen. Transparentheit. Ich hoffe, dass Sie in Zukunft auch der Opposition Einsicht gewähren. Was ist dabei? Ich habe einmal gefordert, in den Vertrag Einsicht zu nehmen. Hat es geheißen, ja, Sie haben kein Problem. Bis dato habe ich nie die Chance gehabt. Nein. Das ist ja das Nächste. *(Abg. Walter Temmel: Das ist Transparenz, genau!)*

Das ist das Nächste. Was vergibt man sich, liebe Kollegen, Kolleginnen, was vergibt man sich, wenn man dort wirklich Einsicht bekommt? Dann können wir uns viel ersparen, die Diskussionen.

Dann geht man her und sagt okay, das wurde so vereinbart. Danke und der Herr Schnedl und wie sie alle heißen, Dopler und was weiß der Teufel, haben halt dem Vertrag nicht entsprochen Bonuszahlungen hat er sich ausgezahlt, was eben nicht gerechtfertigt war, das war nicht gerechtfertigt und was weiß ich was der alles verbrochen hat. Aber noch einmal, man kann sich ja auch täuschen in einem Menschen, ist einmal so.

Aber wir als Opposition haben die Verpflichtung auch dort das aufzuzeigen und daher hat es diesen Sonderlandtag gegeben. Es war gut, dass es den gegeben hat. In diesem Sinne glaube ich, dass wir trotzdem alle miteinander arbeiten müssen für das Land Burgenland. Danke. *(Beifall bei der LBL und der ÖVP)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

**Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Nun, ich hätte persönlich nicht gedacht, dass ich eigentlich in meiner Funktion als Mandatar beim Burgenländischen Landtag wiederum sehr rasch zu den Wurzeln meines erlernten und überwiegend ausgeübten Berufes als Arbeitsrechtsjurist zurückkehre.

Aber infolge des Dringlichkeitsantrages in der heute beantragten Sonderlandtagssitzung musste ich vernehmen, dass gerade meine Kenntnisse aus den letzten 20 Jahren als Gerichtsvertreter wichtig sind und gerade bei der Beurteilung dieser heutigen Thematik durchaus wesentlich sein können. Mir ist es deshalb auch wichtig zu erklären, aus der Sicht eines Arbeitsrechtlers, warum der zuständige Landesrat Mag. Norbert Darabos gar nicht anders handeln konnte.

Diese emotionale Thematik hinsichtlich der Entlassung und der Abberufung des Geschäftsführers der KRAGES Burgenland ist ein *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wer waren seine Anwälte?)* Thema, das, wie analog zu anderen gleichgearteten Fällen der Entlassung, natürlich immer objektiv, fachkundig und transparent zu beurteilen ist. Wenn man feststellt, dass die KRAGES seit 1.1.1993 aus der Landesverwaltung ausgegliedert worden ist und das Land also nicht mehr operativ die KRAGES führt, dann gilt, dass ein Geschäftsführer, zuletzt der Herr Mag. Schnedl laut GmbH-Gesetz einem umfassenden Weisungsrecht des Eigentümers, dem Land Burgenland unterliegt.

Das ist der Punkt, den ich auch dem Kollegen Steier mitgeben möchte. Das GmbH-Gesetz sieht nämlich ausdrücklich vor, dass dieses umfassende Weisungsrecht gegenüber dem Eigentümer besteht. Wenn das Land Burgenland unter seiner Aufsicht durch die entsandten Mitglieder der Landesregierung, wie Landesrat Mag. Darabos, Landesrat Bieler oder Landesrat Petschnig bemerkt, dass in einer GmbH etwas falsch läuft, dann ist natürlich die Verpflichtung gegeben, entsprechende Maßnahmen und

Schritte zu setzen. Das Land hat in diesem konkreten Fall gehandelt, wie es jeder andere Unternehmer der ordentlich arbeitet, auch macht, wenn ein Angestellter das Vertrauen missbraucht. Im konkreten Fall haben wir heute gehört, dass laut Prüfberichten, aber auch laut den entsprechenden Mitteilungen, ein Fehlverhalten vorgelegen ist, welches schließlich auch seitens der Prüfer und seitens der Experten dazu geführt hat, dass im Wesentlichen eine Entlassungsempfehlung an den zuständigen Landesrat ergangen ist.

Norbert Darabos als verantwortungsbewusster Vertreter des Eigentümers musste so handeln. Er musste die Entlassung unverzüglich aussprechen und er musste die Abberufung des Geschäftsführers aus formellen Gründen vornehmen. Nach diesen Fakten und nach dem heute Gehörten behaupte ich, das Land musste die fristlose Entlassung unverzüglich aussprechen, damit ein weiterer Schaden durch das Fehlverhalten des Geschäftsführers verhindert worden ist.

Dazu muss man vielleicht ausführen und das ist nicht unwesentlich, dass wir gerade bei der Entlassung eine Unverzüglichkeitsgebot haben und deshalb bei Bekanntwerden der wichtigen Gründe, wie heute bereits mitgeteilt, unverzüglich diese Entlassung auszusprechen war.

Nachdem diese empfangsbedürftig ist und eine empfangsbedürftige Willenserklärung darstellt, ist es notwendig gewesen, wegen der Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung diese so rasch wie möglich durchzuführen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Mittels Rsa-Brief!)*

Wie ich bereits mitgeteilt habe, muss eine empfangsbedürftige Willenserklärung natürlich auf den Empfang gerichtet sein und der Empfang muss raschest möglich gewährleistet werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das möchte ich mir anschauen, was Du sagen würdest, wenn das eine Firma machen würde!)* Wenn jetzt im konkreten Fall der zuständige Landesrat das nicht unverzüglich gemacht hätte, Herr Kollege Steiner, das wissen Sie als Jurist, wäre dieser Anspruch verwirkt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber nicht auf diese Art und Weise!)*

Das bedeutet natürlich, dass dann sämtliche wichtige Entlassungsgründe nicht mehr nachgebracht werden könnten. Deshalb hätten Sie selbst, dem zuständigen Landesrat und den jeweiligen Vertretern wahrscheinlich den Vorwurf gemacht, wenn die Entlassung nicht ausgesprochen worden wäre *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es ist die Frage, wie man es macht. Es ist die Art und Weise. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Wenn das eine Privatfirma macht.)* und die Weiterbeschäftigung gegeben gewesen wäre, dass er durch das Fehlhandeln für den Schaden verantwortlich wäre. Ich glaube deshalb, Norbert Darabos hat die wesentlichen Gründe dargestellt und hat auch unverzüglich gehandelt. Aus meiner Sicht ist deshalb auch noch zu erwähnen, dass diese Empfehlungen der jeweiligen Experten, die beigezogen worden sind, jedenfalls ernst zu nehmen waren, weil ansonsten hätte das bedeutet, dass eventuelle weitere Nachteile nicht nur für die KRAGES, nicht nur für unser Gesundheitssystem, sondern auch für das Land und vor allem seine Menschen entstanden wären, und das will niemand in diesem Raum. Deshalb glaube ich, dass dieser Schritt der Entlassung und Abberufung des Geschäftsführers in der Form, wie er stattgefunden hat, formell und auch inhaltlich richtig war.

Hohes Haus! Ich bin aber auf Grund der Wortmeldungen, insbesondere auf Grund der Wortmeldung von Mag. Wolf nicht sicher, ob es wirklich um diese Entlassung heute gegangen ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sicher! Um was denn sonst?)* Ich bin mir auch nicht sicher, ob es wirklich um den Herrn Geschäftsführer Schnedl beziehungsweise um die Thematik der Entlassung und Abberufung gegangen ist.

Auf Grund der Wortmeldung von Mag. Wolf glaube ich, dass sehr wohl heute versucht worden ist, die Keule auszupacken (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Keule hat der Kollege Rezar ausgepackt.*) und gegenüber dem Landesrat Mag. Darabos und Landeshauptmann Hans Niessl vorzugehen.

Ich glaube deshalb, dass die Situation des abberufenen Geschäftsführers ausgenutzt worden ist, um diese Inszenierung durchzuführen. Dabei stehe ich nicht alleine da, ich bin dort, wo auch der Zentralbetriebsratssvorsitzende der KRAGES steht. Ich glaube, das war eine bewusste Inszenierung, um ein Störfeuer gegen die Spitze unseres Landes im Gesundheitswesen zu richten. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ*)

Ich bin der festen Überzeugung, dass das niemand in unserem Land verdient. Nicht die Mitarbeiter, nicht die Patienten, aber schon gar nicht die Burgenländer und Burgenländerinnen, die sich Hoffnungen machen, dass unser Gesundheitssystem, das mit 83 Prozent positivem Echo gute Werte hat, dass diese Hoffnung machen, dass durch den Neubau des Krankenhauses Oberwart und zusätzliche effiziente Versorgungseinrichtungen noch besser aufgestellt wird und ich bin gegen das Krankjammern dieses Gesundheitssystem, das heute wieder inszeniert worden ist.

Ich glaube, und ich bin fest der Überzeugung, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Christian, hast Du ihm zugehört?*) dass sehr wohl auch der Kollege Rosner als Bürgermeister aus Oberwart es nicht wirklich machen kann, oder nicht wirklich in die Richtung tendieren darf, dass er sagt, ich mache mein Krankenhaus schlecht, (*Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat das denn gemacht aus Deiner Sicht?*) um eventuell dem Herrn Landeshauptmann oder dem Herrn Landesrat eines auszuwischen, das kann nicht die Intention sein. (*Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ist das jetzt der Gemeinderatswahlkampf?*)

Er wird das sicherlich verneinen, und das muss auch unsere gemeinsame Intention sein. Die Intention muss lauten: Wir müssen zukünftig schauen und trachten, dass wir wirklich wieder eine konstruktive Gesprächsbasis finden, zu dieser zurückkehren, das verdienen unsere Burgenländerinnen und Burgenländer, das verdienen die 83 Prozent, die an unser Gesundheitssystem sehr positiv glauben. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ*)

Ich selbst als "praktizierender" Südburgenländer stehe natürlich zu dem Schwerpunktkrankenhaus Oberwart, und ich stehe auch dazu, dass dort ein echtes Gesundheitszentrum entsteht. Störfeuer in diese Richtung sind unverhältnismäßig und würden viel höheren Schaden und höhere Risiken für diese Situation bezwecken. Ich wehre mich dagegen, dass unser Krankenhaus schlechtgemacht wird, ich will ein echtes Gesundheitszentrum entstehen lassen, das sind wir unseren Beschäftigten und das sind wir auch den Burgenländerinnen und Burgenländern schuldig. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ*)

Daher abschließend: Gehen wir den Weg des Miteinanders im Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländer, darum bitte ich Sie. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ*)

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Gerhard Steier:** Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! In aller Kürze. Es sind - und es war auch zu erwarten - Gott sei Dank auch einige Fragen beantwortet worden, dafür sage ich auch Danke. Daher nehme ich jede Art von Verunglimpfung, die auf die Einberufung der heutigen Sonderlandtagssitzung abgestellt war, eigentlich als falsch an. Es kann nicht sein, dass der Mandatar, egal welcher Couleur

er ist, freigestellt wird im Sinne von Verantwortung, indem ihm nicht erklärt wird, nicht dargestellt wird, welche Gründe dafür sprechen, in einer 100-prozentigen Landestochter jemanden zu entlassen.

Ich möchte auch die Gelegenheit wahrnehmen, ohne mich jetzt vor den expeditierten Geschäftsführer Schnedl zu stellen, ihm jetzt als solches so dastehen zu lassen, dass seine Verfehlungen, die dargestellt wurden, mehr als Grundlage gewesen sind, ihn zu entlassen. Es sei dahingestellt in der Handlungsaufgabe der Gesellschafter, dass sie diesen Weg beschritten haben, aber ich möchte für ihn jetzt auch eines festhalten, er wird mit Sicherheit vor dem Arbeitsgericht auch darstellen können, ob die gegebenen Anschuldigungen, die gegen ihn erhoben werden, zu Recht erfolgt sind, und ich möchte im Grunde genommen nicht wissen, wenn das nicht der Fall ist, welche Verantwortung wir dann von der Regierungsseite hören werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sei dahingestellt, dass Verfehlungen begangen worden sind. Im Grunde genommen, Herr Landeshauptmann, nur auf Ihre Darstellungen ein paar Reflexionen. Im Grunde genommen, das sollten Sie hinterfragen, im BURGEF sind zwölf Intensivbetten veranschlagt gewesen, nicht acht, wie Sie gesagt haben, (*Abg. Klaudia Friedl: Er hat zwölf gesagt.*) zwölf sind festgehalten gewesen. Sind wir d'accord, wenn das so ist, wie Sie gesagt haben, dann nehme ich das zurück. Es sind zwölf gewesen.

Auf jeden Fall ist die Situation, und das muss man bei dieser Gelegenheit auch diskutieren dürfen, ist die Situation, und das wissen Sie am besten, weil Sie auch beim Krankenhaus Oberwart in der Darstellung auf den Neubau darauf achten werden - hoffentlich -, die finanziellen Möglichkeiten auch einzuhalten, die veranschlagt sind. Das Gleiche gilt auch für das Gesundheitswesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle und ich nehme niemanden aus, wünschen uns für alle Burgenländerinnen und Burgenländer, dass wir das beste Gesundheitswesen mit den besten Möglichkeiten zur Hand geben. Nur eines, Herr Landeshauptmann, sollten wir auch zur Kenntnis nehmen, Sie wissen es, ich weiß es und alle anderen auch, die finanziellen Möglichkeiten sind laufend eingeschränkt dazu werten. Mit dem vorher angesprochenen Kostendämpfungspfad werden Sie auch von Bundesseite her nicht um den prozentuellen Ansatz wachsen, der ursprünglich veranschlagt ist. Eines noch insgesamt zur Kenntnis gebracht, der Regionalplan Gesundheit in Ableitung vom Österreichischen Regionalplan ist mit Sicherheit von Experten erstellt worden.

Wenn jetzt jemand aufzeigt, dass ich finanzielle Möglichkeiten habe, dann würde ich ihn im Grunde genommen jetzt nicht deswegen verurteilen, weil er das an einem Beispiel bekannt gemacht hat, wo andere Zuträger jetzt die Aussage getroffen haben, er hätte sich für irgendeine Schließung von einer Abteilung eingesetzt.

Sie wissen es ganz genau, und wir haben es insgesamt alle miteinander verfolgen dürfen, dass im Zusammenhang mit der letzten Landtagswahl im Vorfeld des sogenannten Ärztezeitmodells, oder der Ärztezeitarbeitseinschränkung eine Diskussion gelaufen ist, die sich kein politisch Verantwortlicher gewünscht hat und dass in dem Zusammenhang mit den gegebenen Verantwortlichkeiten mehr als Vorwürfe von Ärzteseite an die Politik gestellt worden sind.

Im Burgenland hat es nachträglich eine Einigung gegeben und - wie wir alle wissen - hat es auch eine Einigung in Bezug für die Zulage für das Krankenschwesternwesen gegeben. Im Grunde genommen, Herr Landesrat, und das müssen Sie auch bei der Diskussion sagen, wo Sie sagen, der Geschäftsführer in der KRAGES hätte das Ganze

behindert. Wer hat sich auf die Zulage der Krankenschwestern geeinigt? Ich würde jetzt meinen, Sie sagen, Sie haben sich geeinigt. Wer hat die Verantwortung im Sinne der Auszahlung der Gelder an das Personal? (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Gut. Waren zu dem Zeitpunkt, wo Sie das moniert haben, dass die KRAGES behindert hätte, waren zu dem Zeitpunkt die Beschlüsse in der KRAGES gefasst? Da widerspreche ich Ihnen, das war nämlich nicht der Fall. Das heißt, zu dem Zeitpunkt, wo es erfolgt ist, im März, am 15., dann waren sie beschlossen, aber im Jänner, im Feber hat es diese Beschlüsse nicht gegeben, daher ist der Vorwurf absolut nicht zielgerichtet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend, ich wünsche mir genauso wie jeder andere nicht die heutige Diskussion, sondern den höchsten Einsatz dafür, dass für die Patienten im Sinne der Versorgung alles geleistet wird. Die Möglichkeiten - und das werden Sie auch einmal bekennen müssen - sind nicht mehr so vorhanden, dass wir jeden Tag mit Lottosechsern ausgestattet werden, um alles zu vollziehen.

Das heißt, wir werden Einschränkungen setzen müssen. Die Frage ist, wo wir sie setzen. In Wirklichkeit bei den Kathedern, bei den Herzkatheter, da gebe ich Ihnen vollkommen Recht, dass das nicht der Fall ist, ich gebe Ihnen auch Recht, dass es bei anderen Sachen, bei der HNO nicht der Fall sein sollte, aber in Wirklichkeit - und da haben Sie vorher nicht zugehört - bei den Kathedern haben wir eine Verbundsituation über den Regionalplan mit den niederösterreichischen Krankenhäusern. Im Süden, in Oberwart und in Güssing haben wir keine Station, haben wir im Verbund eine Vereinbarung mit Graz. Daher ist es durchaus legitim, wenn jetzt der Süden aufschreit und sagt, wir brauchen es auch. Sie haben zugesagt, dass es in Oberwart, im neuen Haus, das geben wird. (*Abg. Robert Hergovich: Hat er eh schon dreimal gesagt.*) Ist in Ordnung! Daher nehme ich auch an, dass das der Fall sein wird. Herzlichen Dank. (*Abg. Robert Hergovich: Das ist ein Wahnsinn. Der hört sich so gerne reden. – Beifall bei der ÖVP*)

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Danke. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ):** Ich möchte noch eines unterstreichen. Ich möchte es nicht in die Länge ziehen, aber das sind, glaube ich, ganz wesentliche Dinge, dass wir in der Regierung beschlossen haben, dass sehr wohl der Herzkatheter auch in Oberwart gemacht wird und das in Eisenstadt auch ausgebaut wird, weil es da auch noch Kapazitäten bedarf. Also, das sind so wichtige Dinge bei Herzinfarkt, und das wird nicht weniger, dass das sowohl in Oberwart und wir nicht den Verbund mit der Steiermark machen, sondern dass wir einen Burgenlandverbund machen. Das ist beschlossen. Das wird in Oberwart gemacht. (*Abg. Manfred Kölly: Das wissen wir ja nicht als Abgeordnete.*) Das möchte ich nur - deswegen sage ich es noch einmal - entschuldige, Du warst draußen - (*Abg. Manfred Kölly: Ich höre eh immer mit, beim Fernseher.*) und da habe ich es gesagt. Dann passt es. Hervorragend!

Deswegen sage ich es noch einmal (*Abg. Manfred Kölly: Darum ist es wichtig, dass wir Informationen bekommen.*) und jetzt auch zu der - ich will es nur unterstreichen, - zu der Akut- und zur Grundversorgung, auch da sagt der ÖSG, dass wir für die Akut- und Grundversorgung verantwortlich sind und da sieht der ÖSG-Bundesstelle die zwölf Betten vor, wo nur acht Betten genehmigt wurden.

Das ist evident, weil, sie haben gesagt, du kannst schon zwölf machen, aber zahlen tue ich sie nicht über den BURGEF, und das ist das Problem, dass 70 dann innerhalb von drei Monaten nicht untergebracht werden konnten, das möchte ich auch nochmals

unterstreichen, damit eben diese Situation klar ist, dass wir das aufrüsten müssen und dass sowohl im Süden als auch im Norden der Herzkatheter und die HNO natürlich in entsprechender Qualität zur Verfügung stehen. Das möchte ich noch abschließend betonen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Danke Herr Landeshauptmann.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, die Debatte über die dringliche Anfrage ist somit beendet.

Die Anfrage wird gemäß § 29 GeOLT zur schriftlichen Beantwortung an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl übermittelt.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 18. Mai 2017, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Ich darf mitteilen, dass die Präsidialsitzung heute im Büro des Herrn Präsidenten in 15 Minuten stattfindet.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

**Schluss der Sitzung: 17 Uhr 43 Minuten**